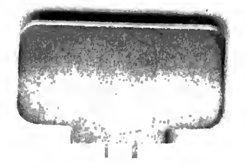
# Vom kommenden Welt-Frieden

EDLER

Kleine MONTANUS Bücher





Kleine Montanusbücher / Band 8



# Vom kommenden Weltfrieden

herausgegeben von Karl Jünger,
eingeleitet von Paul Reichsgraf von und zu Hoensbroech
unter Mitarbeit von Mitgliedern aller Parteien
des Reichstages

1. — 10. Tausend




Der Montanusverlag in Siegen und Leipzig
1918

## Mit Beiträgen von

## Einleitung.

Der Krieg, den Deutschland heuer noch immer wider das vielgestaltige Völkergemenge führt, das sich mit dem stolzen Namen der „Alliierten" nennt, ist nicht der Krieg eines einzelnen, sondern der einer ungeheuren Vielheit: des gesamten deutschen Volkes. Darum hat dieses Volk auch das Recht und die Pflicht, über die Ziele seines Krieges nach außen und innen nachzudenken und sich über sie auszusprechen sowie an ihrer Festlegung und Durchsetzung entscheidend mitzuwirken. Es bedarf dieser Aussprache, um sich seiner inneren Einheit und Gemeinschaft immer stärker noch bewußt zu werden. Es beschränkt aber auch diese Aussprache auf die Erörterung des Wünschenswerten, weil es weiß, daß die anzustrebenden Kriegsziele noch nicht immer die erreichbaren Friedensbedingungen und die Ziele eines Krieges nicht stets im voraus bestimmt begrenzte, sondern oft nach den Verhältnissen auszugestalten sind, wie das Gebot der Stunde es gebeut. Andererseits steht dem Volke aber auch die Förderung und Führung bei der praktischen Durchsetzung der Kriegsziele zu, wenn auch die unmittelbare Entscheidung über Möglichkeit und Maß der Gestaltung bei denen ruht, die kraft ihrer Sachkunde und Stellung das Gewirre dieser Welt übersehen; das ist, um mit Reinhold Seeberg zu sprechen, des Volkes Aufgabe: „der Regierung den Rücken zu decken, ihr den Schild zu halten, ihr das Gewehr zu spannen."

Diesen Gedanken ist das vorliegende Buch, zu dem Parlamentarier aller Parteien beigesteuert haben, entsprungen — diese Gedanken durchsetzen es.

Deutschlands Kriegs- und Friedensziele ergeben sich zumal heute besonders aus zwei Erwägungen. Die erste steht uns allen klar und leuchtend vor der Seele: Im Osten beginnt es zu tagen. Wie einstens der Stern des Heiles im Osten erstand, so kam auch heute von neuem die Freudenbotschaft des Friedens von Sonnenaufgang — ex oriente lux. Siegreich brach der erste Strahl des Friedens durch das Gewölk, das sich noch rings um uns zusammenballt. Im Osten ist der große europäische Krieg, der die Welt in seinen Bann zog, entstanden, im Osten neigt sich nun auch das Völkerdrama zuerst seinem Ende zu. Rußland ist zusammengebrochen und hat bei seinem Sturz Rumänien mit sich in die Tiefe gezogen. Damit ist in den Wall, den die Feinde um uns aufgeworfen haben, Bresche gelegt, der Zweifrontenkrieg zu Ende und das Wunder des siebenjährigen Krieges noch einmal zur Tat geworden. Der Lärm der Waffen ist im Osten verklungen, die Geschütze schweigen, die Toten ruhen, und über ihren Gräbern blüht reich und froh die Pracht des Frühlings. Die Glocken des Friedens haben geläutet, und stolz haben seine Flaggen im Winde geweht, aber immer noch weiter reiten die Boten des Friedens, uns reinen Tisch im Osten zu bereiten. Und nicht lange mehr, so werden Serbien und Montenegro Rußland und Rumänien folgen müssen — was dann?

Einen Frieden haben wir, aber nicht d e n Frieden. Noch fletscht die Bestie des Krieges ihre Zähne, ihre Blutgier ist noch nicht völlig gestillt, doch sie wird müde. In den Herzen der Menschen aber brennt verzehrend die Sehnsucht nach dem Ende des Mordens. Der

Krieg tötet den Krieg. In sich selber schafft er die Werkzeuge zu seiner Vernichtung. Die Menschen starben, aber die Menschheit lebt:

„Hinter uns ein Trümmerfeld,
Wüste, Not und Tod und Bangen —
Aber in die müde Welt
Kommt ein Hoffen schon gegangen."

Doch noch tobt die Kriegswut ungeschwächt in den Ländern des Westens. Noch fand der oberste Kriegsrat in Versailles in den letzten Äußerungen des Reichskanzlers und des österreichisch-ungarischen Ministers des Äußeren „keine tatsächliche Annäherung an die gemäßigten Bedingungen" der Alliierten und hielt es daher für die einzige unmittelbare Aufgabe, „mit der äußersten Kraftanstrengung und in geschlossenster und wirksamster Zusammenarbeit ihre militärischen Bemühungen fortzusetzen, bis deren Druck in den feindlichen Regierungen und Völkern einen Stimmungsumschwung hervorgebracht hat"; noch stellt der englische König „die erfolgreiche Fortsetzung des Krieges gegen den gewissenlosen Angreifer" als sein „erstes Ziel und Bemühen" hin, „um die Anstrengungen der Alliierten fruchtbringend zu gestalten"; noch fordert Lloyd George die „Wiedergutmachung des großen Unrechts von 1871", die Entscheidung über die Staatsangehörigkeit der deutschen Kolonien gemäß den „Wünschen und Interessen der Eingeborenen", die „Selbstregierung auf Grund wirklich demokratischer Grundsätze" für alle österreichisch-ungarischen Nationen, die Lostrennung Arabiens, Armeniens, Mesopotamiens, Syriens und Palästinas von der Türkei sowie die „Internationalisierung" des Bosporus; noch beant-

wortet Clémenceau, der alte „Tiger“ und darin nur der Mund seines im Kriegsrausch fiebernden Landes, obwohl er eine schwere „moralische Krise“ durchs Land gehen sieht, Graf Hertlings Schicksalsfrage vom 25. Februar mit einer Aufpeitschung des französischen Volkes zu einem Kampf „bis ans Ende“ und zum Ausharren bis zur „letzten Viertelstunde“, die Frankreich gehören müsse.

Zum Ohr einer solchen Welt kann deutsche Gemüts- und Denkart keine Brücke schlagen. Wollen wir also den W e l t f r i e d e n — das ist das zweite Moment —, so sind wir g e z w u n g e n, diesen furchtbarsten aller Kriege fortzusetzen. Seit das Schicksal des Weltkrieges mit eherner Hand an unsere Pforten dröhnte und uns jene Probe auf unsere Kraft brachte, die Hellmuth von Moltke voraussagte, jene Prüfung aller Kräfte, bei der jedem nach dem Maß seiner Kraft gegeben wird; seit Sonderwünsche und Sonderbestrebungen hadernder Parteien und ringender Klassen in Selbstüberwindung und Selbsteinordnung sich die Hände reichten und das Bewußtsein von Not und Notwendigkeit ein Volk zusammenschweißte, in dem wieder jener trutzige Geist wach und lebendig ward, wie er in den Reformationsliedern zum Ausdruck kommt — „und wenn die Welt voll Teufel wär'“ —, der Größe der Stunde wert; seit wir in Liebe und Staunen, in Dankbarkeit und Bewunderung vor den Taten unserer Heldensöhne, vor den unvergleichlichen Leistungen von Landwirtschaft und Industrie, Handel Selbstverwaltung und dem stillen Entbehren und Ent- und Bankwesen, Behörden des Staates und der sagen in der Heimat, aber auch in Schmerz und Weh, in Erschütterung und Ergriffenheit vor Leid und Kummer

und an jenen Stätten standen, an denen die deutsche Flagge über den Gräbern deutscher Helden weht; seit wir endlich auch in uns selbst tiefinnerst eine Saite zersprungen fühlen, die nie mehr heilt — auch seit all dem ist nicht nur der Wille, sondern auch die Widerstandskraft unserer Feinde noch nicht erlahmt. Sie hat sich vielmehr auch bei den feindlichen Völkern zu einer fast wahnsinnigen Wut gesteigert, die in wilder Wucht mit den Waffen des Krieges, aber auch mit den friedlicher scheinenden des Handels, der Industrie und des Kredits, ja sogar mit denen des Wortes und des Werbens, die der Wahrheit das Tor verschließen, unentwegt wider den Wall unserer Verteidigung anrennt. Rückschläge sind uns nicht erspart geblieben — auf dem Schlachtfeld, noch mehr in der Heimat: Fehlgriffe, Versäumnisse und Mängel, Unvollkommenheiten und Ungerechtigkeiten sind zu Tage getreten, Klagen sind laut geworden, teils solcher, an denen wirklich die Not nagte, teils aber auch „matter Seelen", wie sie einmal Graf Posadowsky nennt, die angstvoll über teure Wurst und fehlende Butter jammern und ihre kleinen Entbehrungen für große Tragik nehmen. Aber gerade da, wo das Leid erschütternd war, erhob sich oft stets aufs neue wieder emporschnellender Mut, und als Ganzes steht das Volk noch heute ungebrochen und unzerbrechlich, unerschrocken und unerschreckbar, opferfreudig und entschlossen, ernst, aber nicht verzagt, demütig, aber getrost da: ein Volk voll unverwüstlicher Lebens- und innerer Spannkraft. Für ein solches Volk ist es angesichts der Ziele unserer Feinde nicht Übermut, sondern tiefste, innerste Notwendigkeit, die [illegible]altung seiner Geschicke selbst zu leiten und nicht

sich den Anteil an der Welt und dem Wirken in ihr von der Gunst der Gegner zumessen zu lassen — ein Nachlassen wäre Verkleinerung, Erniedrigung, Untergang.

Aber noch eines: Hüten wir uns vor falschen Hoffnungen! Überschätzen wir zunächst nicht die wirtschaftlichen Folgen des Friedensschlusses mit Rußland, mißtrauen wir namentlich der Legende, die bei uns immer noch umgeht, daß alle die Dinge, die Rußland früher ausgeführt hat und nun vier Jahre lang nicht hat ausführen können, noch irgendwo in Rußland, „besonders in den südrussischen Häfen", aufgestapelt liegen müßten, und seien wir überzeugt, daß wahrscheinlich größere, sichtbare oder greifbare Vorräte kaum noch vorhanden sind, geschweige denn geliefert werden können, so daß wir nach wie vor in wirtschaftlicher Hinsicht im wesentlichen auf unsere eigenen Kräfte angewiesen bleiben. Auch das dürfen wir nie vergessen: Richtung und Geist des feindlichen Krieges werden von England bestimmt, das mit einer Entschlossenheit und Zähigkeit ohnegleichen seine Ziele verfolgt, das, rücksichtslos und brutal in seinen Mitteln, durch sein Geld und seine Seeherrschaft seine Verbündeten zu Vasallen herabwürdigt und die Neutralen zu — wenn schon knirschenden — so doch fügsamen Knechten macht, das, wie schon Cavour wußte, alle seine Kriege mit ungenügenden Mitteln begann, nach erlittenem Ungemach und Mißgeschick aber, statt mutlos zu werden, seine Kräfte nur noch verdoppelte und vervielfachte. Wohl wußten wir, als wir in den Krieg mit England eintraten, daß wir in einen Kampf mit dem größten Machtgebiet der Welt zogen, nicht aber,

daß wir mit dem stärksten Machtwillen kämpften, den die Erde kennt. Daher auch unsere Illusionen, von denen der Glaube, daß unsere U-Boote in einigen Monaten den Hunger für uns ins Feld rufen könnten, ja wohl die stärkste war. Auch bezüglich Amerikas haben wir uns manchen Täuschungen hingegeben — jenes Amerikas, das im Namen der Menschlichkeit zu kämpfen vorgab, das sein formales Recht, unseren Feinden Munition zu liefern, peinlich wahrte, indes es sein Menschenrecht, unsere Nichtkämpfer zu versorgen, kampflos preisgab, jenes Landes, das im Namen der Demokratie und Freiheit zu handeln erklärte, während es doch der mächtigste Kriegshelfer des zaristischen Rußlands war und für Hilferufe der russischen Demokratie taube Ohren hatte. So wird sich wohl auch noch der amerikanische Sturm entladen müssen, bevor wir erwarten dürfen, daß das Ungewitter auch im Westen dem Schein der Friedenssonne weichen wird.

All dem gegenüber sind unsere Ziele klar. Ein Wort begreift sie: Sicherung.

Sicherung nach außen und innen: Sicherung des Bedarfs dessen, was wir für unser Leben brauchen, und Neuaufbau d. i. Gleichberechtigung aller politischen und wirtschaftlichen Richtungen.

Das schließt in sich: die Gewähr eines dauerhaften Friedens und die Gewähr einer gesicherten nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Weiterentwicklung im Innern — ein freier Geist im freien Körper.

Das ergibt: eine reale Machtpolitik und eine ideale Kulturpolitik.

Das wird Deutschland auch als Weltmacht sein lassen: ein Hort und Hüter des Weltfriedens.

Das wird der Welt dieses Ringens letztes Ziel bringen: die Arbeitsgemeinschaft aller Völker . . . .

Von der Grenzwacht her weht eine erquickende, reinigende und stärkende Luft in die Gefilde der Heimat. Ein Blütenduft neuer triebkräftiger Ideale wogt herüber, der tausendfältige reiche Früchte kündet. Das Unwürdige, Kleinliche und Erbärmliche welkt, das Mäkeln und Nörgeln, das Aufrechnen und Ausspielen des einen Standes gegen den anderen fällt, gegenseitiges Vertrauen und kameradschaftliche Hilfsbereitschaft, Genügsamkeit, Standhaftigkeit und Heimatliebe, Einigkeit, Mut und Treue blühen neu empor . . . .

Möge das Schicksal, das uns hindurch geleitet „durch soviel Angst und Plagen, durch Zittern und durch Zagen, durch Krieg und große Schrecken, die alle Welt bedecken" (Paul Gerhardt), mit seinem Hammerschlag den Stahl deutschen Willens nur noch fester und härter schmieden, und, wenn es zu seiner Stunde diesem Kriege Richtung, Ziel und Ende setzt, Erfüllung werden lassen, was der Dichter singt:

„Vom Ärmelmeer zum Mittelmeer
Geht deutsch ein Weg durch Gräbersaum,
Heut' zieh'n wir ihn mit Schwert und Speer
Und morgen wie im Frühlingstraum.
Und jedes Grab ein Blumenbeet,
Und schimmernd auf den Kreuzen steht:
Und jeder Schmerz ein Jubelschrei,
Der Weg ist frei! — Der Weg ist frei!"

Im Felde. Karl Jünger.

## Zum Geleit.

Das vorliegende Buch enthält vielerlei Ansichten vieler Personen, aber alle finden sich in dem Einen: in der Sorge, unser Volk und Vaterland aus dem furchtbarsten aller Kriege so hervorgehen zu sehen, daß seine national-politische und wirtschaftliche Zukunft gesichert und groß dasteht. Das „Wie" dieses einen Zieles ist annoch verschieden, und die Verschiedenheit spiegelt sich wider in den Beiträgen.

Und doch, auch das „Wie" wird, dessen bin ich gewiß, ein einheitliches werden. Der Gang der Ereignisse, die Wut unserer Feinde, die sich immer klarer abzeichnenden militärisch-politischen Notwendigkeiten: dies Alles wird Alle, die deutsch fühlen und deutsch wollen, auf einen Weg drängen, zu einer Erkenntnis führen: Deutschland muß größer werden in Ost und West, seine Grenzen müssen sich weiten, denn nur ein größeres Deutschland trägt die Gewähr in sich, geschützt zu sein gegen Wiederholung so furchtbarer Dinge und befähigt zu werden, zum Heile Europas und der Welt, ein starker Völkerführer zu sein, weltwirtschaftlich und kulturell, während eines, durch Menschenalter dauernden segensreichen, wahrhaft deutschen Friedens.

Wir sind nicht und wollen nicht sein Eroberer. Fleckenlos steht die tausendjährige deutsche Geschichte in dieser Beziehung da. Aber wir sind und wollen sein ein starkes, großes Volk, ein stolzes Reich, unter Kaiser, Königen und Fürsten. Und um zu bleiben, was wir sind, ist notwendig — das hat eine Welt von Todfeinden

uns gelehrt —, daß das deutsche Interesse, der deutsche Standpunkt allein maßgebend werden. Nicht im Sinne der Ungerechtigkeit gegen Andere, sondern im Sinne berechtigter, pflichtmäßiger Selbsterhaltung.

Deutsches Wesen hat sich auf allen Gebieten der Kulturentwicklung so fruchtbar erwiesen, daß seine Erhaltung, seine Vertiefung, seine Festigung, seine Ausbreitung eine Wohltat ist für die gesamte Menschheit.

Lassen wir dies Bewußtsein in uns lebendig werden. In ihm finden wir die Kraft, von der Welt zu fordern, was uns gebührt. Die Millionen, die ihr kostbares Leben für Deutschland dahingegeben, die ungeheuren Opfer, die wir selbst gebracht haben und bringen, sind ernste, nie verstummende Mahner: sei ein Deutscher, tue von dir alles Undeutsche, zeige der Welt, was echtes Deutschtum zu leisten im Stande ist. Aber sei auch ein Mann, wenn es gilt, Deutschlands Belange zu vertreten; zeige die harte Hand dem Feinde gegenüber.

Das ist der Geist, aus dem das größere Deutschland geboren wird, von dem es beseelt sein muß.

**Paul Reichsgraf von und zu Hoensbroech**
Berlin-Lichterfelde.

## Dr. Bruno Ablaß
Mitglied des Reichstags.

Wenn irgendwo es klug und von der Vorsicht geboten gewesen ist, in dem ungeheuren Weltkriege Zurückhaltung zu üben bei der Beurteilung großer und einschneidender Fragen der äußeren Politik unseres Vaterlandes, dann war es der Fall bei der Erörterung der Kriegsziele, die Deutschland erreichen soll. Nirgends klafft ein größerer Zwiespalt in der Auffassung der in betracht kommenden Volksteile als in dieser Frage. Auf der einen Seite stehen politische Kreise, die gewaltigen Gebietszuwachs für das deutsche Reich aus dem riesenhaften Ringen ersehnen und meinen, daß alle blutigen Opfer vergebens gebracht sind, wenn nicht die Grenzen Deutschlands weit hinaus in das Feindesland vorgeschoben werden. Auf der anderen Seite wird der Gedanke mit Zähigkeit vertreten, daß jeder Gebietszuwachs als ein Unglück für den Weiterbestand des Reiches abgelehnt werden muß, weil die Angliederung fremder Volksteile im Wege der Gewalt die innere Geschlossenheit des nationalen Bestandes gefährden und einen Grund für weitere Auslandsverwicklungen durch Aufpeitschung des Revanchegedankens abgeben müsse.

Zwischen diesen beiden Polen bewegen sich die Bestrebungen anderer, die ohne jede Bindung verlangen, daß im Friedensvertrag das Reich sich militärische Stützpunkte oder Interessengebiete sichern und nötigenfalls seinen Hoheitsbereich so weit auszugestalten habe, als geschichtlich oder national ihm verwandte oder im Hinblick auf seinen Bestand schlechtweg unentbehrliche Gebietsteile in Frage stehen, wobei über die Art des Umfanges und des Gebrauches etwaiger Vertrags- oder

Hoheitsrechte die Erörterung noch offen zu lassen sei. Diesen Bestrebungen dürfte im allgemeinen der Friede entsprechen, wie er nunmehr mit Rußland geschlossen ist. Eine ganz besondere Beurteilung erheischt die Frage, wie hoch die Bedeutung unseres Kolonialbesitzes einzuschätzen sei, und welche Opfer zu seiner Wiedergewinnung gebracht werden sollen. Endlich begegnet die Notwendigkeit und der Umfang etwaiger Kriegsentschädigungen großen Schwierigkeiten. Wohin man blickt, stößt man auf Zweifelsfragen, besonders wenn man erwägt, daß das Deutsche Reich nicht allein und selbständig zu Werke gehen kann, sondern auf die Wünsche und vor allem auf die politische Lage seiner Bundesgenossen weitgehende Rücksicht zu nehmen hat. Hier laufen unzählige Fäden in der Hand der verantwortlichen Staatsmänner zusammen. Diese Fäden dürfen nicht mit ungeschickter Hand verwirrt, sondern müssen zunächst kunstvoll auseinandergehalten und dann sorgfältig zusammengefaßt werden, damit ein festes Gewebe entsteht, nicht ein verknoteter Knäuel. Besonders gewissenhaft muß bei dieser Arbeit darauf geachtet werden, daß das deutsche Reich moralische Eroberungen macht bei denjenigen von unseren Feinden unterdrückten Volksstämmen, deren Befreiung uns am Herzen liegt, ohne daß wir sie widerwillig in ein anderes Staatengefüge eingliedern wollen. In dieser Hinsicht berechtigen z. B. unsere Beziehungen zu den von Rußland abgetrennten Randstaaten zu den besten Hoffnungen. Je näher wir dem Weltfrieden kommen, umsomehr zeigt sich, daß alle diejenigen, die früher das leidenschaftlichste Interesse an der Besprechung der Friedensziele zeigten, doch vor der Verantwortung

zurückschrecken, die ein allzu rücksichtsloses Draufgängertum ihnen auferlegt. Und so läßt sich die merkwürdige Tatsache feststellen, daß viele, die der Regierung schwere Vorwürfe über ihre Zurückhaltung in der Preisgabe ihrer Kriegsziele machten, jetzt, wo sie mehr denn je reden dürfen, selbst verstummen. In der Tat ist nichts leichter, als sich kraftvoll zu gebährden, solange man nicht für die Folgen seiner Handlungs- und Denkweise einzustehen hat. Gering wird die Zahl derer sein, die den Krieg durch ungemessenes Fordern künstlich verlängern wollen, selbst wenn es nur auf kurze Zeit wäre. Denn in dieser Hinsicht sprechen die furchtbaren Tatsachen dieses entsetzlichen Krieges eine zu dröhnende Sprache.

Wann aber wird der Zeitpunkt gekommen sein, in dem alles das aufgedeckt werden soll, was an Werten für das Deutsche Reich aus diesem fürchterlichsten aller Kriege gewonnen werden soll? Eine bestimmte Antwort darauf kann auch heute noch nicht gegeben werden. Das letzte Wort sprechen unsere Waffen. Erst muß feststehen, wer der Sieger und wer der Besiegte ist, und in welchem Umfange es beide sind, oder ob, wie Schwachmütige meinen, es in diesem Kampfe weder Sieger noch Besiegte gibt. Nichts hat bei vielen unserer Feinde den Willen zum Durchhalten mehr geschwächt, als die Erkenntnis, daß vieles von dem, was als unumstößliche politische Notwendigkeit für die Beendigung des Krieges hingestellt wurde, vor der rauhen Gewalt der nackten Tatsachen dahingeschmolzen ist wie der Schnee in der Frühlingssonne, so daß Mutlosigkeit an die Stelle eroberungslüsterner Gier getreten ist. Als ich in Rußland bei Beginn des Krieges in der

Kriegsgefangenschaft weilte, da wurden auf den Straßen europäische Landkarten verteilt, welche die endgültige Gestaltung des Staatenwesens nach dem Kriege darstellten. Auf diesen Karten stießen im Herzen des ehemaligen Deutschen Reichs Frankreich und Rußland mit ihren Grenzen zusammen. Es ist nicht schwer einzusehen, daß eine Abstandnahme von solchen ausschweifenden Plänen volkspsychologisch gewaltige Rückschläge zeitigen muß.

Und darum: Geduld! Kommt Zeit, kommt Rat. Nichts wird versäumt, wenn wir uns jetzt, wo die Kanonen noch brüllen, noch Schweigen auferlegen. Das ist kein Zeichen der Schwäche, sondern des Mutes ohne Überhebung. Vertrauen wir auf unsere gerechte Sache. Der Sieg muß uns doch bleiben. Dann aber wird die Stunde gekommen sein, in der wir dem aufhorchenden Weltall verkünden, was wir an Sicherungen und Entschädigungen zu beanspruchen haben, damit uns und unseren Kindern die Wiederkehr gleicher Erschütterungen erspart bleibe, die wir jetzt hochgemut, wenn auch mit blutendem Herzen ertragen müssen.

---

**W. Bacmeister**

Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses.

Vielleicht ist es der beste historische Beweis für das Fehlen jeglicher Schuld am Weltkrieg auf deutscher Seite, daß man von einem deutschen Kriegsziel, das der Welt klar vor Augen stände, auch heute, nach fast vierjährigem Ringen, noch nicht sprechen kann. Es ist bisher ausschließlich der Verteidigungsgedanke gewesen, der zwar nicht die Maßnahmen

der deutschen Heeresleitung, aber doch die deutsche Kriegspolitik völlig beherrscht hat.

Wer nun aber die Vernichtung des Feindes als den Zweck der Kriegführung ansieht, von dem entfernt sich der Verteidigungsgedanke ganz von selbst.

Kriegsziele bilden sich in den Köpfen. Das beste Beispiel ist Belgien. Wer hätte vor dem Weltkrieg in Deutschland daran gedacht, den Besitz der flandrischen Küste als einen nicht nur wünschenswerten, sondern als einen notwendigen Besitz des Deutschen Reiches zu bezeichnen? Nachdem sie in deutsche Hand gefallen war, nachdem sie begonnen hatte, ihre Rolle im Krieg gegen England zu spielen, wuchs schnell die Erkenntnis für ihre Bedeutung.

Erst der Krieg selbst hat weiteste Schichten des deutschen Volkes gelehrt, über die Lage Deutschlands im Kreise der europäischen Völker nachzudenken. Wie die Stärken, so sind auch die Schwächen der deutschen Stellung so klar vor unsere Augen getreten, daß gar mancher sich wundern mag, wie er früher so vieles gänzlich verkennen konnte.

Es sei einmal an einiges erinnert: Wie wäre wohl der Krieg gegen England verlaufen, wenn wir die großen Auslandskreuzer besessen hätten, nach denen Tirpitz und der Flottenverein stets verlangten? Acht oder zwölf große, schnell fahrende Panzerkreuzer, wie etwa der „Derfflinger", denen nur wenige englische Schiffe gewachsen sind, hätten den britischen Handel von allen Ozeanen hinwegfegen können. Sie wären, viel schneller fahrend und stärker bestückt, der gesamten Flotte Englands,

soweit sie auf fremden Meeren schwamm, weit überlegen gewesen.

Ein anderes Beispiel: Wie wäre wohl der gewaltige deutsche Vorstoß gegen Paris verlaufen, wenn er nicht erst über die mächtigen Festungen Lüttich und Namur hätte hinwegschreiten müssen, wenn nicht große deutsche Heeresteile zur Sicherung der Flanke nach Antwerpen und Flandern hin hätten abgezweigt werden müssen! Das gibt zu denken, was uns Lüttich, Namur und Antwerpen in feindlicher Hand bedeuten.

Ein drittes Beispiel: Hätten wir in Deutschland mit einer völligen wirtschaftlichen Abschließung durch England gerechnet, so würde uns die schwache Seite unserer Stellung vorher ganz klar gewesen sein. Nicht nur, daß wir dann vermutlich unsere Wirtschaftspolitik in bezug auf die Futtermittel anders eingerichtet, daß wir uns noch ganz anders mit Vorräten aller Art eingedeckt, daß wir die Stickstoffabrikation (an Stelle des ausbleibenden Salpeters) schon vor dem Krieg großzügig organisiert hätten, wir hätten dazu auch den Grundfehler unseres wirtschaftlichen Aufbaues, der im Mangel an Bauernland liegt, klar erkannt.

Das ist nur einiges. Wir sagen es nicht, um anzuklagen. Wir sagen es, um darzutun, wie dieser Krieg uns das Bild unserer eigenen Lage klärt und wie so ganz naturgemäß bei vielen Weiterschauenden, aber auch in den breiten Volksschichten deutsche Kriegsziele entstehen mußten, die an die Stelle des reinen Verteidigungsgedankens traten. „So wie diesmal darf es uns nicht wieder gehen". Das ist wohl der volkstümliche Ausdruck für das, was in zahllosen deutschen Köpfen jetzt lebendig ist. Und die Mittel,

die in Zukunft verhindern sollen, daß es uns wieder so geht, kann man als die deutschen Kriegsziele bezeichnen. Sie haben sich gebildet an Hand der Erfahrungen, die uns dieser Krieg gegeben hat. —

Gerade die Kreise, denen man die schlimmsten Annexionsabsichten nachsagt, und denen wir nahestehen, lehnen die Umgestaltung Deutschlands vom Nationalstaat zum Nationalitätenstaat mit aller Energie ab. Die Zukunftsnotwendigkeiten des Deutschtums ganz allein sind uns bei Aufstellung der Kriegsziele richtunggebend, und diese Zukunftsnotwendigkeiten würden uns nicht gesichert erscheinen, wenn sich das jetzt noch fast rein deutsche Vaterland mit großen fremden Volksmassen derart belasten ließe, daß sie Einfluß auf die Geschicke des Landes zu nehmen imstande wären. Andererseits muß aber nach unserer Meinung das Interesse des Deutschtums ohne jede Rücksicht auf die Interessen fremder Völker gewahrt werden; wenn militärische und wirtschaftspolitische Notwendigkeiten vorliegen, muß Deutschlands Macht auch dort begründet werden, wo bisher fremde Völker allein zu bestimmen hatten. Die Schwierigkeiten, die dadurch erwachsen können, müssen als unvermeidbar in Kauf genommen werden.

Unter diesen Gesichtspunkten gesehen, ergibt sich das deutsche Kriegsziel im Westen aus den Erfahrungen des Krieges heraus von selbst. Es darf nicht sein, daß das belgische Aufmarschgebiet mit seinen Festungen von unseren Truppen noch einmal erobert werden muß. Die belgische Maas- und Sambre-Linie muß im deutschen militärischen Machtbereich liegen. Nicht minder wichtig

mit Rücksicht auf die britische Politik ist die Notwendigkeit, die flandrische Küste in deutscher Hand zu behalten. Sie hat sich schon während dieses Krieges als ein bedeutsamer Stützpunkt für unsere leichten Seestreitkräfte erwiesen: sie wird, da das Dreieck Ostende—Brügge—Zeebrügge leicht als Hafengebiet auszubauen ist, und die Einfahrt von Ostende heute schon für 5000-Tonnen-Schiffe zugänglich ist, in späteren Kriegen viel stärkeren Seestreitkräften Stützpunkt sein können und dadurch die Bedeutung einer strategischen Seitenstellung zur deutschen Bucht gewinnen. Während bisher die deutschen Kriegsschiffe stets nur einen Weg für Aus- und Einfahrt zur Verfügung hatten, werden sie später, nach dem marinetechnischen Ausbau, seitlich ausweichen, eine Flankenbedrohung britischer Streitkräfte in der südlichen Nordsee hervorrufen können. Gewiß wäre es wünschenswert, noch näher an die Kanalküste heranzukommen. Aber wenn die weitergehenden Wünsche nicht erfüllt werden können, so darf das kein Grund sein, die Bedeutung der flandrischen Stellung herabzusetzen. Daß in Verbindung mit dem Problem dieser Stellung Antwerpen in deutschem Machtbereich bleiben muß, liegt auf der Hand. Zwar hat Antwerpen keinen in Kriegszeiten freien Ausgang zur Nordsee, weil die Scheldemündung in holländischem Besitz ist. Aber ein solcher Ausgang läßt sich künstlich schaffen. Für die deutsche Machtstellung in Antwerpen spricht weiter aber auch die Tatsache, daß es schon vor dem Kriege einer der großen Häfen für Einfuhr und Ausfuhr des industriellen deutschen Westens gewesen ist und dies nach dem Kriege in noch verstärktem Maße werden dürfte.

Sollen Maas und Sambre sowie flandrische Küste mit Antwerpen im deutschen Machtbereich liegen, so können diese beiden großen Machtgruppen natürlich nicht wie isolierte Inseln in fremdem Herrschaftsbereich liegen. Sie müssen Verbindung mit der Heimat und untereinander haben. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, das belgische Gebiet, mit Ausnahme des Südens, und vor allem die belgischen Eisenbahnen und Kanäle fest in der Hand zu halten.

Hinzu tritt noch die Kohlen- und Eisenfrage. Wir wissen heute alle, daß diese beiden Stoffe die industriellen Träger der modernen Kriegführung sind. Die deutsche Kohlenförderung und die Eisenerzeugung haben uns die Führung des Weltkrieges überhaupt ermöglicht. Zudem ist die Kohle vor allem zu einem wirtschaftlichen Kampfmittel ersten Ranges geworden, das uns bei manchen Gefechten auf neutralem Boden hervorragende Dienste geleistet hat. Es ist deshalb eine Pflicht jeder weitschauenden Politik, die deutsche Verfügung über Kohlenvorräte und Eisenerzeugung nach Möglichkeit zu erweitern. Die belgische Kohlenförderung mit ihren über 20 Millionen Tonnen bedeutet einen Machtfaktor, den kein selbstbewußter, die Gefahren der Zukunft klar erfassender Staat wieder aus der Hand geben darf. Somit müßte der deutsche Machtbereich bis in das Becken von Charleroi, also bis an die französische Nordostgrenze, ausgedehnt werden.

Noch ein wichtiger Umstand spricht für die deutsche Machtgeltung auf belgischem Gebiet: die geographische Lage des größten deutschen Industriegebiets

in Verbindung mit der Weiterentwicklung der Luftwaffe. Die Ruhr, das Herz der deutschen Kriegsindustrie, liegt kaum hundert Kilometer von der Grenze nach Belgien entfernt. Wenn der Wunsch des führenden britischen Ingenieurblattes sich auch nur insoweit erfüllt hätte, daß der Feind bis in die Gegend von Duisburg—Essen—Bochum—Dortmund vorgedrungen wäre, dann hätte man längst über das ganze Deutsche Reich nach Belieben verfügt. Wer sagt uns denn, wie England den Krieg der Zukunft wird vorzubereiten wissen, ob es sich dann scheuen wird, durch Holland zu marschieren geradezu auf das industrie-wirtschaftliche Zentrum Deutschlands? Und wer hat eine klare Vorstellung von den Entwickelungsmöglichkeiten der Luftwaffen? Wer an diese Fragen denkt, wird in tiefster Sorge um die spätere Zukunft erkennen, daß das deutsche Volk jede Gelegenheit ergreifen muß, seine Westmarken ganz anders zu sichern, als sie bisher gesichert waren, und, wenn irgend möglich, die Basis eines feindlichen Angriffs hinauszurücken. Gewiß, es wird schwer, vielleicht fast unmöglich sein, einen Zustand herbeizuführen, der der deutschen Industrie und ihrer Arbeit im Kriege für alle Zeiten alle Sicherheit gewährt. Aber alle gegebenen Möglichkeiten müssen ausgewertet werden, wollen wir uns nicht an Kindern und Kindeskindern versündigen.

So aber, wie wir die Basis eines feindlichen Angriffs durch die deutsche Machtgeltung in Belgien nach Westen verschieben, so verlegen wir natürlich dadurch auch die Basis deutscher Luftoperationen gegen Nordwesten und Westen zu unseren Gunsten. Wie Belgien Aufmarschgebiet für Frankreich, der kontinentale

Brückenkopf für England ist, so ist es für uns Aufmarschgebiet gegen Frankreich, Sprungbrett gegen England. Das alles ist so klar durch die Jahrhunderte der Geschichte, namentlich aber auch durch die Erfahrungen des Weltkriegs erwiesen, daß, wer überhaupt noch mit zukünftigen Kriegen rechnet, über die Bedeutung einer deutschen Machtstellung in Belgien nicht im Zweifel sein kann.

Es ist die Frage, wie sich eine solche deutsche Machtstellung gestalten läßt. Daß die durch sie zu schaffenden „realen Garantien" nicht durch Verträge mit einem belgischen Staatswesen herzustellen sind, sollte nach den geheimen belgisch-englischen und belgisch-französischen Abmachungen jedermann klar sein. Daß anderenfalls eine Einverleibung Belgiens in das Deutsche Reich bei gleichen Rechten und Pflichten mit den Belangen des Reiches unvereinbar ist, bedarf keines Beweises. Es muß also ein Weg gefunden werden — und es gibt solche Wege —, auf dem dem belgischen Volke die Freiheit der inneren Selbstverwaltung belassen, die Macht über die auswärtige Politik, über die Wirtschaftspolitik und die Verkehrspolitik aber in deutsche Hand überführt wird. Der in Frage kommende Weg muß zugleich zu dem Ziel führen, den vlämischen Teil des Landes, weil germanisch, näher an das Deutsche Reich heranzuführen, als den wallonischen. Und wo militärische Interessen es gebieten, darf endlich vor dem kühnen Gedanken des Aussiedelns von Teilen wallonischer Bevölkerung nach Frankreich nicht zurückgeschreckt werden.

Es erscheint fast ausgeschlossen, daß eine Wieder-

Herstellung des belgischen Königtums mit einer solchen Mehrung der deutschen Belange vereinbar sein könnte. Denn ein solches Königtum würde ganz naturgemäß zum Mittelpunkt einer belgisch-englisch-französischen Agitation zur Wiedererlangung völliger Freiheit für Belgien werden. Eine wirklich sichere deutsche Machtstellung neben einem belgischen Königtum ist ein schwer zu denkender Gedanke.

Wer vor den Schwierigkeiten, die die Lösung der belgischen Frage mit sich bringen muß, zurückschreckt, vergißt, daß es sich um deutsche Lebensnotwendigkeiten handelt, die alles andere überwiegen müssen. Er vergißt aber auch, daß die belgische Bevölkerung kein geschlossenes, einheitliches Volk darstellt, und daß sie bis in die 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts sich fast nie völliger staatlicher Selbständigkeit erfreut, dabei aber stets dann zufrieden gelebt hat, wenn man sie in ihren Traditionen, Gebräuchen und in religiöser Freiheit leben ließ.

Wer sein deutsches Vaterland wirklich im Westen mit „realen Garantien" umgeben will, der wird sich durch Schlagworte wie „Freiheit der kleinen Völker" nicht irre machen lassen, sondern fester an der Forderung festhalten, die die wirtschaftlichen Verbände und die bürgerlichen Parteien des Reichstags etwa dahin formuliert haben, daß Belgien militärisch, politisch und wirtschaftlich fest in deutscher Hand verbleiben muß.

Die deutschen Kriegsziele im Westen können mit der Herstellung der deutschen Machtgrundlagen in Belgien nicht als erreicht gelten. Allerdings gibt eine deutsche Beherrschung der Maas- und Sambre-

Linie uns gegenüber Nordfrankreich eine so vorteilhafte Stellung, daß ihr Besitz manches anderes entbehrlich macht. So mag man die Verbesserung unserer Grenze im Süden nicht mehr als eine unbedingte Lebensnotwendigkeit, um derentwillen der Krieg verlängert werden muß, betrachten, falls die deutsche Stellung gegenüber dem Norden von Frankreich überragend stark wird.

Was aber unter allen Umständen notwendig bleibt, das ist eine Verbesserung der Grenze am nördlichen Lothringen und bei Luxemburg. Dafür sprechen zwei Gründe, deren Wucht sich niemand entziehen kann. Zunächst können wir gerade angesichts der technischen und wirtschaftlichen Erfahrungen in diesem Krieg unmöglich auf die Manganerzschätze des Beckens von Briey verzichten. Wir haben uns diesmal der Industrie nicht nur der Feinde, sondern auch Amerikas gegenübergesehen, und wir haben auf unsere eigenen Rohstoffe zu Zwecken der Kriegführung in einem Maße zurückgreifen müssen, wie es früher nicht geahnt wurde. Wir wissen heute, was das Eisenerz für den Kriegsfall bedeutet, und daß der Verlust der riesigen Lager von Briey Frankreichs Kriegslust erheblich eindämmen müßte.

Dazu kommt aber noch ein anderer gewichtiger Grund. Die Gewinnung der „Minette" und ihre Verarbeitung in den Hochöfen bildet die Grundlage jeder deutschen Kriegführung.

Bei Besprechung des belgischen Problems haben wir bereits auf die grundlegende Bedeutung der Küste im Krieg hingewiesen. Was also für das belgische

Becken von Charleroi gilt, muß ebenso für das französische von Valenciennes gelten, wo auf verhältnismäßig wenig ausgedehntem Gebiet etwa 20 Millionen Tonnen Kohle, das heißt die Hälfte der französischen Produktion, gefördert werden. Die industrielle Machterweiterung Deutschlands, die industrielle Schwächung Frankreichs erfordert, daß dieses Becken ebenfalls in deutscher Hand bleibt, und angesichts der Menschenarmut des verblutenden Frankreichs sollte man vor einer Aussiedelung der französischen Bevölkerung nicht zurückschrecken. Da wir gegebenenfalls an Frankreich große und wertvolle Gebiete zurückzugeben bereit sind, kann man nicht behaupten, daß die bisherige militärische Entwicklung der Dinge das Durchsetzen dieser zweifellos maßvollen Kriegsziele gegen Frankreich als illusorisch erscheinen lassen. Im Gegenteil, wenn die Aushungerung Deutschlands nicht gelingt, liegen die Dinge doch so, daß Frankreich weit mehr zurück erhält, als es von der militärischen Lage erwarten kann, so daß der deutsche Blick auch mit gutem Recht noch auf den Hafen des alten vlämisch-germanischen Vorpostens Dünkirchen gerichtet bleiben darf, der wegen seiner tieferen Einfahrt große Vorzüge vor dem von Ostende aufweist.

Daß wir die reichen nordfranzösischen Departements, die wir jetzt besetzt halten, bei einer Andauer der für uns günstigen militärischen Lage zum Zwecke eines kolonialen Ausgleichs benutzen sollten, bedarf ja keiner besonderen Hervorhebung. Doch kommen wir damit schon auf das Gebiet des Wünschenswerten, da zwar ein stattliches Kolonialreich, nicht aber die Gestalt

dieses Kolonialreiches für Deutschland zu den Lebensnotwendigkeiten gehört.

Im Osten sind ja nun die Würfel gefallen, und man kann sich auch wohl mit dem dort geschlossenen Frieden abfinden, weil die deutschen Lebensnotwendigkeiten in ihm im allgemeinen berücksichtigt sind. Die weitere Entwicklung unseres Verhältnisses zu den neugebildeten Grenzstaaten ist vor allem unter dem Gesichtswinkel zu betrachten, daß dieser Krieg uns mit aller Klarheit die Notwendigkeit einer Verbreiterung der deutschen landwirtschaftlichen Basis offenbar gemacht hat. Eine solche Verbreiterung ist um so mehr notwendig, weil die Verfügung über die belgisch-nordfranzösischen Kohlenlager und die Erze von Briey sowie über Antwerpen die industrielle Tätigkeit des deutschen Westens mächtig wird anwachsen lassen, so daß ein gesundes Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft neu wird hergestellt werden müssen. Nach der Errichtung des polnischen Königreichs kann der deutsche Blick hierfür nur noch auf das alte deutsche Kulturland der Ostseeprovinzen und auf Teile von Litauen gerichtet bleiben. Die dünn besiedelten landwirtschaftlich überaus zukunftsreichen Ostseeprovinzen sind das gegebene Gebiet, deutsche Bauernsiedelung zu betreiben, vor allem die aus Rußland zurückkehrenden deutschen Bauern dem Deutschen Reiche zu gewinnen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die lettisch-bäuerlichen Elemente äußerst geneigt sind, sich der deutschen bäuerlichen Kultur anzuschließen. Daraus ergibt sich, in welcher Richtung sich in Zukunft eine zielbewußte und geschickte Politik im Osten zu bewegen hätte.

Neben den territorialen, strategischen und wirtschaftlichen Kriegszielen, die wir als Aufgabe der deutschen Politik darzustellen gesucht haben, steht im Vordergrund die Wahrung des jetzt vorhandenen deutsch-österreichisch-ungarisch-bulgarischen Bündnisses und unserer Stellung im Orient. Über die Bedeutung dieser Stellung ist man sich heute in Deutschland so ziemlich allerwärts klar. Sie ist nicht nur das Sicherheitsventil für den Fall einer nochmaligen wirtschaftlichen Absperrung Deutschlands, nicht nur das Mittel zu einer umfangreichen wirtschaftlichen Betätigung Deutschlands, wie das Anatolische- und Bagdadbahnsystem zeigen, sondern auch einer der Wege, auf denen wir die britische Weltmacht militärisch einigermaßen in Schach zu halten imstande sind. Zwar sind wir nicht geneigt, den weiten Weg der Bedrohung Englands über die Halbinsel Sinai (Suezkanal) und über Persien-Afghanistan (Indien) dem nahen über die flandrische Küste vorzuziehen. Im Gegenteil! Aber da wir den weiten Weit gehen können unter Wahrung und Festigung wichtiger deutscher politischer und unter Ausdehnung großer wirtschaftlicher Belange, so wäre es überaus kurzsichtig, diesen Weg außer Acht zu lassen, weil man den über die flandrische Küste unter allen Umständen für notwendig hält. Hier muß es ganz besonders heißen: Nicht „entweder oder", sondern „sowohl als auch".

Da das deutsch-türkische Bündnis den größten Teil seines Wertes verlieren würde, wenn die territoriale Verbindung zwischen beiden Staaten von Feindeshand beliebig unterbrochen werden könnte, kann uns die Gestaltung der Dinge auf dem Balkan nicht gleichgültig sein. Wie wir das lebendigste Interesse daran haben,

den österreichisch-ungarischen Bundesgenossen so stark wie möglich zu halten, natürlich unter zuverlässigster Sicherung des namentlich militärisch auszugestaltenden Bündnisses, so haben wir das gleiche Interesse daran, daß nicht Rußland, sondern Österreich-Ungarn auf dem Balkan Vormacht ist. Daß dieses Interesse gewahrt sei, wenn ein verkleinertes, aber unabhängiges Serbien sich zwischen Ungarn und Bulgarien einschiebt, kann nach den Erfahrungen der Geschichte nur ein Utopist behaupten. Die serbische Irredenta nach Kroatien und Slawonien hin sollte doch als warnender Faktor erscheinen.

Das deutsche Interesse geht in diesen Fragen auch mit Bezug auf die Adriafrage gegenüber Italien völlig Hand in Hand mit dem der Habsburgischen Lande, und wir haben wahrlich keinen Anlaß, der Phrase von der Freiheit der kleinen Völker zuliebe der österreichisch-ungarischen Machtstellung auf dem Balkan irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten. Im Gegenteil, je fester wir sie stützen, um so besser für unsere gesamte Orientpolitik.

Im Zusammenhang mit diesen Dingen ist dafür Sorge zu tragen, daß der Donauwasserweg die bedeutsamste Hochstraße des Wirtschaftsverkehrs zwischen dem Block der europäischen Mittelmächte und dem Orient wird.

Die Orientfrage leitet uns ungezwungen zu der Kolonialfrage hinübeu. Bis tief in die Kreise der sozialdemokratischen Partei hinein ist sich das deutsche Volk heute über Bedeutung und Notwendigkeit eines großen Kolonialreiches einig. Ja, es macht sich sogar die merkwürdige Erscheinung geltend, daß um die anderen Kriegsziele besorgte politische Kreise ein zu starkes Vorschieben des kolonialen Zieles fürchten zu

müssen glauben, derart, daß man Bedenken trägt gegen die Erfüllung großer kolonialer Wünsche auf Kosten der europäischen Stellung Deutschlands gegenüber England. Diese Besorgnisse sind in die Worte gefaßt worden: „Wir wollen mit unserem Kolonialreich nicht bei England zur Miete wohnen". Das soll heißen, daß wir die Macht besitzen müssen, das Kolonialreich auch gegen die Seemacht Englands zu schützen, daß wir also vor allem eine genügend starke, auf Seegeltung gestützte Stellung in Europa haben müssen. Man will also nicht etwa eine so wertvolle Position wie die an der flandrischen Küste für ein Kolonialreich opfern, das bei einer neuerlichen Absperrung Deutschlands wiederum durch England gefährdet sein würde. Die Anhänger der entgegengesetzten Anschauung glauben an der Hand des Beispiels von Ostafrika darauf hinweisen zu sollen, daß ein ausgedehntes, gerüstetes Kolonialreich sich selbst zu verteidigen in der Lage sei. Ein vom Atlantischen bis zum Indischen Ozean reichendes deutsch-afrikanisches Kolonialreich werde, wenn es auf alle Möglichkeiten rechtzeitig gerüstet werde, sich über die Dauer eines neuen europäischen Krieges zu halten wissen.

Da wir das keineswegs für ausgeschlossen halten, lehnen wir die Schaffung eines großen Kolonialreichs ohne die Schaffung der europäischen Garantien keineswegs ab. Aber wir müssen doch zugleich dabei bleiben, daß die europäische Stellung Deutschlands das bedeutsamste Fundament der ganzen deutschen Machtstellung darstellt, und daß demgemäß die Kriegsziele in Europa, die als Lebensnotwendigkeiten des Reiches erkannt sind, nicht etwa aus Bequemlichkeit gegen ein

großes Kolonialreich verhandelt werden dürfen. Auch hier muß es heißen: Sowohl als auch, nicht aber „entweder, oder“.

Damit würde in großem Rahmen das Bild der Kriegsziele gegeben sein, wie es großen, national weiterdenkenden Kreisen unseres Volkes vorschwebt.

Diejenigen aber, die sich am liebsten bescheiden möchten, die dem Frieden von morgen zu Liebe die Augen vor dem Übermorgen verschließen, seien nochmals auf die Frage hingewiesen, was denn aus dem deutschen Volke werden soll, das, ohne verbreiterte wirtschaftliche Grundlagen zu besitzen, in den Frieden eintritt mit einer finanziellen Neubelastung von allein 10 Milliarden Mark jährlich im Reiche, ganz abgesehen von den Bundesstaaten und von den Gemeinden. Es ist selbstverständlich, daß wir die Pflicht haben, Ausschau nach geldlicher Kriegsentschädigung zu halten. Aber wenn uns schon die Energie und der Wille fehlen, das unserer Machtstellung Notwendige zu erringen, dann wird das noch mehr der Fall sein in der finanziellen Frage gegenüber Gegnern, die wirtschaftlich schwer erschüttert in den Frieden eintreten werden. Die beste Grundlage für eine Wiederaufrichtung unserer Reichsfinanzen liegt in einer tragfähigen Volkswirtschaft. Eine Verbreiterung der landwirtschaftlichen Basis im Osten, der industriellen Basis im Westen und unseres Welthandelsverkehrs durch die Angliederung Antwerpens erscheint uns die einzige Möglichkeit, die Tragfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft bis zu den Höchstleistungen zu steigern, die notwendig sein werden, um die zu-

künftigen finanziellen Lasten des Reiches ohne innere Zersetzung aufzubringen.

Nach dem Frieden mit Rußland und Rumänien sind wir auf dem Wege zum Weltfrieden. Ist er durch einen friedlichen „Ausgleich der bestehenden Gegensätze" zu erreichen? Nein, und nochmals nein!

Es gibt eben Gegensätze, die bleiben werden, solange die jetzt am Krieg beteiligten Staaten in ihrer alten Struktur beharren. Solch ein Gegensatz war der zwischen Rußland und Mitteleuropa wegen des Balkans und des Orients. Seitdem Rußland, in seiner Struktur verändert, eine veränderte auswärtige Politik betreibt, ist dieser Gegensatz verschwunden. Ein anderer dieser Gegensätze, dessen Unausgleichbarkeit auf der Hand liegt, ist der zwischen Deutschland und Frankreich wegen der elsaß-lothringischen Frage. Er wird erst dann verschwinden, wenn vor dem Bewußtsein der Bevölkerung eines der beiden Länder die dauernde Unfähigkeit ganz klar geworden ist, dem Standpunkt des anderen Landes wirksam entgegenzutreten. Das zu erreichen wird nie anders, als auf dem Wege der Kriegführung möglich sein. Ganz gleich liegen die Dinge bei dem österreichisch-italienischen Gegensatz wegen der italienischen Irredenta auf österreichischem Boden. Der sacro egoismo des italienischen Volkes wird erst dann schweigen, wenn er kein gewaltsames Mittel mehr sieht, sich durchzusetzen. Und der vielleicht tragischste Gegensatz ist der zwischen England und Deutschland wegen der Fragen, die sich um das Wort von der Freiheit der Meere gruppieren, wo sich, wie wir früher nachzuweisen suchten,

eine Lebensnotwendigkeit Deutschlands und eine solche Englands unausgleichbar gegenüberstehen.

Es mag von viel Gemüt zeugen, wenn man sich gegenüber diesen Gegensätzen blind stellt und die logischen Folgerungen aus den harten Tatsachen zu ziehen sich weigert. Nüchterne Erwägung aber führt zu der Erkenntnis, daß in den aufgezeigten Gegensätzen die wahren Ursachen des Krieges liegen, daß aus ihnen die Kriegsziele der Entente folgerichtig hervorgewachsen sind, und daß jene Gegensätze ihre Rolle als Kriegsursache erst dann ausgespielt haben werden, wenn entweder die Kriegsziele der Entente erreicht, das heißt, wenn Deutschland und Österreich-Ungarn völlig niedergeworfen sind, so daß sie Krieg nicht mehr führen können, oder wenn die Entente sich der Unerreichbarkeit ihrer Kriegsziele klar bewußt wird, das heißt, wenn sie den Krieg innerlich als verloren betrachtet. In beiden Fällen käme der Friede durch die Macht des Schwertes und der Kriegführung im allgemeinen, eben weil eine der Parteien den Krieg verloren hätte.

Reden von Staatsmännern und Parlamentariern werden an diesem harten Tatbestand nichts ändern. Sie sind vielleicht imstande, die Volksstimmung in den feindlichen Ländern zu beeinflussen, und von diesem Gesichtspunkte aus werden die Reden in Berlin, Paris, Rom und vor allem in Washington wohl auch im allgemeinen gehalten. Sehr unwahrscheinlich aber dünkt uns, daß irgendeine starke Staatsleitung sich durch Volksstimmungen zu einem Frieden zwingen ließe, solange ein solcher Friede nicht den Ausgleich der Gegen-

säße in *ihrem* Sinne brächte, wenn nicht die militärische und sonstige Lage ihres Landes gleichzeitig dazu raten, wenn sie also nicht den Krieg als verloren betrachten muß. Wie paradox es klingt, es ist doch so: Ein Verständigungsfriede ohne klaren Kriegsausgang bedeutet letzten Endes die Aufrechterhaltung der alten Gegensätze, also der *Kriegsursachen*, bedeutet somit den Waffenstillstand, nicht den wahren Frieden.

In dem Augenblick, da die englische Regierung von einer Fortführung des Krieges eine Gefährdung des englischen Reiches befürchtet, wird sie friedenswillig sein. Sie hat dann den Krieg so gut wie verloren. Sie wird uns das nicht eingestehen, sondern den Weg der Zwiegespräche zwischen den Staatsmännern gehen. Und *dann* werden diese Zwiegespräche „Nutzen und Erfolg" haben. Warum? Weil die Macht des Schwertes entschieden hat.

---

**Wilhelm Blos**

Mitglied des Reichstags.

Die grundlegende Voraussetzung für uns alle ist, daß Deutschland in dem Weltkriege Sieger bleibt oder wenigstens nicht unterliegt. Denn wenn dieses für die gesamte Menschheitskultur mehr als furchtbare Unglück eintreten sollte, so würde ein Tohu=Wabohu entstehen, aus dem es für uns keine Rettung mehr geben könnte. Die feindlichen Mächte haben sich heute schon dahin geeinigt, die handelspolitische Absperrung, resp. Aushungerungspolitik gegen Deutschland auch nach dem Kriege fortbestehen zu lassen. Die Niederlage Deutschlands würde dessen Zerstückelung, die Vernichtung seiner Industrie und seines Handels bringen.

Aber wir haben die feste Zuversicht, daß Deutschland in diesem Kampfe nicht unterliegen wird.

Junker und Bourgeois, Bürger und Bauern kämpfen mit den Arbeitern zusammen für diesen nächsten gemeinsamen Zweck. Nach dem Kriege werden sich die Klasseninteressen wieder trennen. Jede Klasse wird auf ihren Vorteil bedacht sein. Ob die von diesem Krieg eingeläutete Epoche auch einen neuen Aufstieg der Arbeiterklasse bringen wird, das wird wesentlich von der Arbeiterklasse selbst abhängen. Versteht sie die Situation richtig zu erfassen und läßt sie die ihr von der welthistorischen Entwicklung gebotene Gelegenheit zu neuem Vorwärtsdringen nicht ungenutzt verstreichen, dann haben alle die verschiedenartigen kämpfenden Elemente auch für sie im Marxschen Sinne die Sturmglocke geläutet.

Nach dem Kriege müssen die unübersehbaren Mengen der Werte, die zerstört worden, wiederhergestellt oder ersetzt werden. Das kann nur geschehen, durch die Arbeit des Gedankens und der Hände, welche die Arbeiterklasse leistet. Dies wird dazu beitragen, daß die Arbeiterklasse sich ihrer Bedeutung immer mehr bewußt wird. Und darum ist auch anzunehmen, daß sie bei den nach dem Kriege kommenden Entscheidungen ihre Interessen zu wahren verstehen wird.

Nach dem Kriege wird auf dem Reich und den Einzelstaaten eine Schuldenlast ruhen, wie sie bisher nur in ausschweifenden Phantasien existiert hat. Wenn kein offener oder verschleierter Staatsbankerott kommen soll, so müssen eben die Mittel beschafft werden, um solcher Kalamität vorzubeugen. Desgleichen sind enorme Mittel notwendig, um die Schäden auszubessern, die

der Krieg angerichtet, die Wunden, soweit es möglich, zu heilen, die er geschlagen hat.

Die Weisheit der bisherigen Steuerpolitik ist völlig erschöpft. Sie hat ihre natürliche Grenze gefunden. Der Masse des Volkes kann man nicht nehmen, was sie nicht hat. Aber auch die stärkste Besteuerung des beweglichen und unbeweglichen Besitzes würde kläglich zurückbleiben hinter den Riesensummen, die erforderlich sind, um den „Krach" zu vermeiden.

Der Regierung wird nichts übrig bleiben, als den Weg der Monopole zu beschreiten, das heißt eine Anzahl von Industriezweigen und Handelsbetrieben zu verstaatlichen. Auf diesem Wege allein können die Summen beschafft werden, die zur Überwindung der finanziellen Krisis notwendig sind.

Und damit wird die neue Aera des Staatssozialismus eingeleitet sein. Oder, wenn man lieber will, des Staatsmonopolismus. Der Name tut wenig oder nichts zur Sache.

Es kann sich aber offenbar nur um einen relativen, nicht um einen absoluten Staatssozialismus handeln, der die Verstaatlichung einzelner und bedeutender, vielleicht der bedeutendsten Zweige der Industrie und des Handels darstellt. Denn sämtliche Produktionsmittel mit einem Male zu verstaatlichen, geht unter den heutigen Umständen nicht an.

Dann handelt es sich aber nicht nur darum, die eventuell aus dem Staatssozialismus entspringenden Gefahren abzuwehren. Es muß mit allem Nachdruck und mit der erforderlichen Geschicklichkeit auch dahin gewirkt werden, daß eine solche wirtschaftliche Umgestaltung zu einem weiteren Aufstieg der

Arbeiterklasse führt. Dies zu erreichen, ist möglich. Der Staatssozialismus ist für uns nicht Selbstzweck. Aber er soll und kann uns ein Mittel werden zur Vorbereitung einer höheren Form der Produktion.

Sowie die Finanzpolitik des Staates mit den allgemeinen politischen und sozialen Zuständen in engem Zusammenhang steht, so leidet umgekehrt das ganze Produktionswesen darunter, wenn die Staatsfinanzen in Verwirrung geraten. Die Arbeiterklasse hat sonach das größte Interesse daran, daß die durch den Krieg verwirrten Finanzverhältnisse nach dessen Beendigung sobald als möglich wieder geordnet werden. Daß der Staat dabei ein Klassenstaat und der Proletarier in der Abhängigkeit vom Kapitalismus bleibt, muß mit in Kauf genommen werden, solange es nicht gelingt, sich den Aufstieg zu einer höheren Produktionsstufe zu bahnen. Der Proletarier muß ohne Pause für seinen Unterhalt sorgen, und darum muß mit aller Energie dafür gewirkt werden, daß er seine Arbeitskraft möglichst vorteilhaft verkaufen kann.

Wenn die Sozialdemokratie aus diesen und anderen Gründen sich entschließt, an der Ordnung der Finanzverhältnisse mitzuarbeiten, so erinnert sie sich zunächst an das feierliche Versprechen des Reichskanzlers, wonach die künftige „Neuorientierung" auf Grund der Gleichberechtigung aller politischen und wirtschaftlichen Richtungen vor sich gehen soll.

Das Geschlecht, welches in den gewaltigsten aller Kriege hinausgezogen ist und so tapfer gegen eine Welt von Feinden gekämpft hat, wird gestählt und gehärtet zurückkehren. Mit Energie und Ungestüm wird

es die Rechte fordern, die ihm in Aussicht gestellt worden sind, und wird mit der Zähigkeit, mit der es die Schützengräben verteidigt hat, auf seinen Forderungen bestehen, wenn diesen, wie zu erwarten, Schwierigkeiten gemacht werden. In der Erfüllung seiner Forderungen wird es die Anerkennung erblicken, welche die von ihm so tapfer verteidigte Heimat ihm schuldet.

Die unerläßliche Bedingung für unsere Mitarbeit, insbesondere für unsere Zustimmung zu den Monopolen aber ist die Einführung des Koalitionsrechts für sämtliche deutschen Arbeiter inner- und außerhalb der Staatsbetriebe.

In dem drangvollen Moment des Kriegsausbruchs der Regierung diese Forderung als Pistole auf die Brust zu setzen, hielten wir nicht für angebracht. Aber wenn die Waffen wieder ruhen, dann ist die Zeit für sie gekommen.

Gelingt es der Sozialdemokratie, diese Ziele zu erreichen, so schafft sie sich damit sowohl in der politischen Welt überhaupt wie im Parlament eine neue günstige Position, weitaus günstiger als jemals bisher. Für die gesamte Arbeiterklasse ist die Bahn zu einem neuen Aufstieg eröffnet.

Zugleich ist damit ein neuer Angelpunkt gewonnen für die Demokratisierung der öffentlichen Einrichtungen, soweit das innerhalb der gegenwärtigen Form von Staat und Gesellschaft möglich, namentlich für die Beseitigung der reaktionären Wahlsysteme in den Einzelstaaten.

So wird dann der Staatssozialismus im Laufe der Gesamtentwicklung Vorbereitung und Durchgang zum demokratischen Sozialismus der Zukunft ....

Das aus den Zeitverhältnissen und aus der historischen Notwendigkeit erwachsene dominierende Interesse von ehemals war die Emanzipation des Bürgertums. Das Interesse von heute ist die Emanzipation der Arbeiterklasse. Aus dem Sturm und Donner des Weltkrieges heraus richtet sich an die Arbeiterklasse die Mahnung, fortzuschreiten auf dem von ihr historisch gewiesen erkannten Weg. Das dieser Bewegung zugrunde liegende Interesse ist von weit höherer kultureller Bedeutung, als einst die Emanzipation des Bürgertums. Darum kann diese Bewegung, trotz innerer und äußerer Schwierigkeiten, auch nicht stille stehen, bis sie ihr Ziel erreicht hat.

---

## Dr. Eduard David

Mitglied des Reichstags.

Noch immer rast der Kriegsorkan über die Völker dahin. Die Blutsopfer und die Zerstörungen sind ganz ungeheuer. Da ist es verständlich, daß in den Tiefen des Volkes sich die Frage erhebt: Wann kommt der Friede? Damit hängt aber die weitere Frage zusammen:

**Wo liegen die Hindernisse des Friedensschlusses?**

Während die Völker in allen Staaten sich nach dem Frieden sehnen, fehlt es an der Friedensbereitschaft bei den Staatslenkern. Der deutsche Reichskanzler zwar hat sich wiederholt bereit erklärt, in Friedensverhandlungen einzutreten. Das Echo aber, das diese Er-

klärung im Ausland gefunden hat, war nicht erfreulich. Die Antworten aus Frankreich und England waren durchaus abweisend. Die Staatsmänner des feindlichen Auslands erklärten: wir wollen keinen „deutschen" Frieden, sie sprachen von den deutschen Friedensintrigen und stellten es so dar, als ob Deutschland militärisch und wirtschaftlich am Ende sei. Sie wollen immer noch den „deutschen Militarismus" zerschmettern. Und Poincaré verkündet, daß unter allen Umständen zunächst Elsaß-Lothringen erobert werden müsse. Leider stimmen diesen Erklärungen die französischen Sozialisten, die im Ministerium vertreten sind, zu. Ebenso verhält sich die englische Arbeiterpartei. Sie will mit ihrer Regierung die wirtschaftliche Niederringung Deutschlands erreichen. Auch Vandervelde, der sozialistische Führer Belgiens, widersetzt sich heute noch allen Friedensbemühungen. An diesen harten Tatsachen kommt man bei Beurteilung der Lage nicht vorbei. Die französischen Sozialisten sind nicht einmal bereit, mit den deutschen Sozialdemokraten in eine Vorbesprechung einzutreten. Woraus leiten sie das Recht zu dieser Haltung ab? Haben wir eine andere Stellung eingenommen als sie?

Als der Krieg trotz unserer Friedensbestrebungen ausgebrochen war, als die russische Dampfwalze sich über unsere Ostprovinz wälzte, und als die Franzosen vom Westen gegen uns anrückten, da erklärten wir, daß es unsere Aufgabe sei, die Niederlage von unserem Land fern zu halten. Dazu waren wir berechtigt, auch als Glieder der Internationale, die stets das Recht der Verteidigung des eigenen Landes rückhaltslos anerkannt hat. Bebel, Vollmar, Jaurès haben noch auf dem

Stuttgarter Internationalen Kongreß die damaligen Theorien Hervés von der Vaterlandslosigkeit des Proletariats schroff abgewiesen. Jaurès sprach das Wort vom Schatzkästlein, das die Nationen darstellen. Wie wir, so haben die französischen Sozialisten sich zur Verteidigung ihres Landes bekannt, sie haben darüber hinaus ihre Vertreter ins Ministerium gesandt, und Albert Thomas ist sogar Munitionsminister geworden. Freilich sagen die französischen Sozialisten, sie seien in einer anderen Lage als wir. Ihr Land sei überfallen worden, Deutschland habe den Überfall vollführt, Frankreich befinde sich in der Verteidigung. Zuerst müßten wir daher pater peccavi sagen, ehe sie mit uns zusammenzukommen bereit seien. Für die Frage, ob das richtig ist, ist

**das Schicksal Jaurès**

nicht ohne Bedeutung. Jaurès wußte, daß in Petersburg die Hauptgefahr lag, und er forderte daher in seinen zwei letzten Lebenstagen, daß die französische Regierung einen entscheidenden Druck auf die russische Regierung ausübe zur Vermeidung des Krieges. Marcel Cachin, der Pariser sozialistische Deputierte, hat uns in der schwarzumränderten historischen Nummer der „Humanité" vom 1. August 1914 die dokumentarischen Belege für die Auffassungen und Bemühungen Jaurès gebracht. Er berichtet über zwei wichtige Unterredungen, die Jaurès an seinem Todestage hatte. Die erste fand zwischen Jaurès und dem Minister Malvy statt. Jaurès fragte nach dem Stande des von Grey gemachten Konferenzvorschlages. Der Minister antwortete, die französische Regierung unterstütze die englische nach bestem Vermögen bei dem Bemühen, die

Verhandlungen trotz der Schwere der Ereignisse fortzusetzen. Das genügte aber Jaurès nicht. Er verlangte zu wissen, ob das auch mit dem ganzen, der furchtbaren Situation gerecht werdenden Ernst und Nachdruck geschehe. Wörtlich heißt es da:

„Jaurès wies den Minister darauf hin, wie groß, wie ungeheuer die Verantwortlichkeit des französischen Ministeriums sein würde, wenn es die zwingende Notwendigkeit verkenne, die es verpflichte, auf Rußland einen entscheidenden Druck auszuüben, der allein den Frieden retten könne. Es genügt nicht, fügte er hinzu, die Unterhandlungen mit Rußland ohne besondere Energie fortzusetzen. Es ist nötig, eine feste, entschlossene Sprache zu führen.... Wenn dieser Druck nicht entschlossen und mit aller Kraft ausgeübt wird, dann ist das, was eintritt, nicht mehr gut zu machen und die Verantwortung, die unsere Regierung trifft, wird entsetzlich sein. Es wird sich klar zeigen, daß unser Land statt energisch für seine eigenen Interessen zu wirken, der Vasall Rußlands ist, das es aus selbstsüchtigen Gründen von seiner Bahn abdrängt."

Über die Aufnahme, die diese Vorstellungen im Ministerium des Äußern fanden, sagt der Bericht:

„Der Minister hörte diese feurige Beschwörung des edlen, des klugen und hellsichtigen Franzosen an und versicherte ihn seines guten Willens. Aber der Ton klang nicht danach. Es war offensichtlich, daß Herr Malvy sich nicht, wie Jaurès verlangte, Rechenschaft ablegte über die äußerste

Dringlichkeit, die zwingende Notwendigkeit des Schrittes, um den es sich handelte."

So also faßte Jaurès und mit ihm Marcel Cachin die Antwort des Vertreters der französischen Regierung auf. Jaurès konnte sich dabei nicht beruhigen. Er begab sich zum Ministerpräsidenten Viviani. Aber der „konnte ihn nicht empfangen" und ließ sich durch den Unterstaatssekretär Abel Ferry vertreten. Von neuem setzte Jaurès seine ganze Beredsamkeit daran, die französische Regierung zu einem rücksichtslosen Druck auf Rußland zu bestimmen. Ferrys Antwort lautete: „Wie sehr bedaure ich, Herr Jaurès, daß Sie nicht in unserer Mitte sitzen, um uns mit Ihren Ratschlägen zu unterstützen." — Das war der ganze Erfolg!

Darauf faßte dann Jaurès den Entschluß, an die Öffentlichkeit zu appellieren. Cachin schreibt darüber: „Unser armer Freund wollte nun selbst für die Leser der heutigen Nummer der „Humanité" den Standpunkt darlegen, den er vor den ohnmächtigen oder verblendeten Ministern („devant les ministres impuissants ou avouglès") vertreten hatte.

Ehe Jaurès seinen Entschluß ausführte, besprach er sich mit seinen Freunden und nahm einen Imbiß in einem Restaurant. Hier traf ihn die Kugel des Mörders. **Jaurès ist gestorben im Bewußtsein einer schweren Mitschuld der französischen Regierung am Ausbruch des Krieges.** Bis heute harrt der Mörder noch seiner Aburteilung. Kann man angesichts dieser Vorgänge die Dinge nicht auch erheblich anders ansehen, als es die

französischen Sozialisten heute tun? Jaurès wußte freilich noch nicht alles, er wußte nur von einer Teilmobilisierung Rußlands, er wußte nicht, daß Rußland bereits die allgemeine Mobilisierung angeordnet hatte, die den Krieg zur Tatsache machte. In Frankreich hat man diese Tatsache bisher verschwiegen, weil sie sich mit der Behauptung nicht verträgt, daß Deutschland den Krieg frivol an Frankreich und Rußland erklärt habe.

Heute steht die Frage so: Was können wir tun, um die Gegner zum Frieden bereit zu machen?

**Wir kämpfen nur noch um die Bereitschaft der Gegner zum Frieden.**

Der Widerstand der Gegner gegen den Frieden ist in der Hauptsache zweifach verankert. Der erste Hoffnungsanker der Gegner ist, daß sie uns durch wirtschaftliche Not, durch den Hunger der Frauen, Kinder, Greise zermürben werden. Wir spüren nun die Wirkung der englischen Absperrung gewiß sehr deutlich. Es fehlen uns Millionen Tonnen Futtermittel, es fehlen auch tierische und pflanzliche Fette. Aber so schlimm, wie es geworden ist, hätte es nicht zu werden brauchen, wenn rechtzeitig eine durchgreifende Organisation eingesetzt hätte. Vaterlandsverräterische Wucherer haben die Zeit, in der die Männer des Volkes unsere Grenzen verteidigen, unsere Existenz — auch die dieser Wucherer — schützen, dazu benützt, sich schamlos zu bereichern. Es wird die Zeit kommen, in der wir Abrechnung halten werden. Die Regierung hat zwar

Maßnahmen dagegen getroffen, und wir erkennen auch an, daß die Organisation der Nahrungsmittelversorgung nicht leicht ist. Aber wir wissen auch, daß die Maßnahmen der Regierung viel zu sehr diktiert waren von der Rücksicht auf die Produzenten. Die Verteilung sollte vollkommener sein, die Preise, die von den breiten Massen kaum noch zu erschwingen sind, mußten diese Höhe nicht erreichen. Hier muß energisch eingegriffen werden, und wäre es mit militärischer Gewalt. Wir brauchen bei aller Einschränkung nicht zu verhungern, wenn die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden.

Die zweite Hoffnung der Gegner, ist die auf die deutsche Revolution. Diese Hoffnung haben wir nicht erfüllt und werden wir nicht erfüllen. Noch heute klammert man sich im Ausland an diese Hoffnung und mutet uns ernstlich zu, daß wir unserem Lande und unseren Feldgrauen in den Rücken fallen, während die Sozialisten im Ausland für sich einen solchen Gedanken weit von sich abweisen. Es wäre Verbrechen und Wahnsinn, wollten wir den Erwartungen der Franzosen und Engländer entsprechen. In diesem Ringen ist das Volk verloren, das seine Geschlossenheit preisgibt. So sind die Hoffnungen der Gegner sämtlich zuschanden geworden.

Müssen die Gegner einsehen, daß die deutschen Fronten nicht zu durchbrechen sind, daß auch alle ihre anderen Hoffnungen in sich zusammenfallen, so kann die Friedensströmung mächtig gefördert werden, wenn in den gegnerischen Ländern bekannt wird, daß Deutschland ihre Lebensinteressen

nicht antasten will. Darum muß ein ernstes Wort gesprochen werden mit den

**Annexionsfanatikern und Phantasten,**

durch deren Treiben nur die Kriegslust der Gegner aufgepeitscht wird. Die Staatsmänner der feindlichen Mächte freilich, für die persönlich alles auf dem Spiele steht, werden sich dem Frieden auch dann noch widersetzen, wenn ihr letzter Hoffnungsanker entschwunden ist. Aber auf die Stimmung der feindlichen Völker kommt es uns an. Und diese wird dem Frieden geneigt sein, wenn die Völker sehen, daß wir sie nicht zerschmettern wollen. Deutschland ist gewiß stark, weit stärker, als man vor dem Kriege annahm. Aber auch unsere Kraft hat eine Grenze. Es ist eine verhängnisvolle Auffassung, zu glauben, daß wir den Krieg mit der ganzen Welt beliebig lange führen und die ganze Welt erobern könnten. Wir geben uns hinsichtlich der in Aussicht gestellten

**Neuorentierung**

keinen Illusionen hin. Wir wissen, daß uns auf dem Gebiet der inneren Reformen nichts geschenkt wird. Aber wir brauchen von unserem Parteistandpunkt aus auch nicht schwarz in die Zukunft zu sehen. Warten wir einmal ab, ob man noch den Mut haben wird, uns als Staatsbürger minderen Rechts zu behandeln. Die Millionen Männer in den Schützengräben haben sich den Anspruch auf Gleichberechtigung mit ihrem Blute erkämpft. Unsere Kampfposition wird eine gute sein nach diesem Kriege, wenn wir uns nicht selbst zersplittern. Die Schützengrabengeneration wird man von der Mitentscheidung im Staatsleben nicht ausschalten können.

Für jetzt aber gilt es auszuharren in dem Krieg, der ein Verteidigungskrieg ist. Er ist es heute mehr als je. Noch halten die Gegner an ihren phantastischen Plänen der Aufteilung Deutschlands fest. Wenn diese Pläne in Erfüllung gingen, dürften wir uns auf besonders freundliche Behandlung nicht einrichten. Die politische und wirtschaftliche Ohnmacht wäre uns beschieden, eine große Kriegskostenlast käme hinzu. Die städtische Industriearbeiterschaft wäre es, die die schwerste Last zu tragen hätte. Eine solche Arbeiterschaft wäre nicht in der Lage zu weiterem Aufstieg. Darum kämpfen wir für territoriale Unversehrtheit, die politische Unabhängigkeit Deutschlands und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit des deutschen Volkes. Wir wollen keinen Frieden um jeden Preis. Wir haben in Deutschland zugleich eine Arbeiterkultur zu verteidigen, die wir weiter heben wollen. Wir kämpfen, bis die Gegner zu einem Frieden bereit sind, der uns die Entwicklungsfreiheit gewährleistet. Trotz aller Kriegserfahrungen streben wir eine engere Rechts-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft der Völker an. Wir wissen, daß wir davon noch weit entfernt sind. Aber wir wissen auch, daß alle, die diesen Krieg durchgekämpft haben, von der Kriegsromantik geheilt sind. Sie sind reif geworden für das Ideal eines dauernden Friedens. Es wäre ja auch zum verzweifeln, wenn die Menschheit nicht über den Zustand hinwegkäme, von Zeit zu Zeit ein großes Blutbad anzurichten. Darum halten wir fest an der Hoffnung auf einen dauernden Frieden. Und wenn die Stunde gekommen ist, in der die Friedensglocken läuten, in der Millionen Frauenherzen

aufschluchzen, in der auch Männeraugen feucht werden, dann wollen wir uns geloben, dauernd wahr zu machen das Wort des großen Idealisten:

**Friede auf Erden!**

Inzwischen ist ja nun der Friede im Osten geschlossen. Ist er auch kein Verständigungsfriede wie wir ihn erstrebt haben, trägt er auch die Gefahr künftiger Kriege in seinem Schoße, so stimmen wir ihm dennoch zu, weil wir sonst unzweifelhaft den Krieg nur verlängern würden, dessen Endergebnis dann noch viel weniger ein Verständigungsfriede, sondern ein potenzierter Gewaltfriede nach der einen oder anderen Seite hin sein würde, dem gegenüber wir machtlos wären. Aber wir verlangen, daß die deutsche Regierung diesen Frieden nicht als ein Blümchen Rührmichnichtan betrachten darf, daß insbesondere eine Verständigung mit dem Westen nicht an der von deutscher Seite gestellten Bedingung scheitern darf, daß im Osten alles so bleibt, wie es in Brest-Litowsk vereinbart ist. Zudem ist auch keine russische Regierung denkbar, die diesem Vertrag ehrlich, d. h. innerlich zustimmt.

Im einzelnen ist zu bemerken, daß bei der Abgrenzung der Ukraine bezüglich des Cholmer Bezirks die dortige Bevölkerung erst hätte gehört werden müssen. Die Lösung der Polenfrage überlassen wir am besten den Polen selbst. Jedenfalls muß alles geschehen, um zu verhüten, daß die deutsch-polnische Verständigung nicht zusammenbricht.

Bei der Durchführung des Selbstbestimmungsrechts verlangen wir, daß es offen und ehrlich zugeht. Auch

den Schein muß man meiden. Das verlangt unser Ansehen im Ausland, auch das Ansehen des Reichstags, der seine Auffassung am 19. Juli ausgesprochen hat. Die Vertretungen in Polen, Litauen und Kurland reichen nicht aus, aber man kann an sie anknüpfen und sie ausbauen, so daß sie sich aus allen Parteien des Landes zusammensetzen. Sie müssen sich ergänzen, um als Vorinstanz gelten zu können, dann entscheidet endgültig eine konstituierende Versammlung. Geht es bei der Wahl der letztern

**ehrlich demokratisch**

zu, so ist ihre Abstimmung besser als ein direktes Referendum. Die übrigen Fragen lassen sich dann verhältnismäßig leicht lösen. Die Grenzfestsetzung müssen Deutschland und Rußland im Einverständnis vornehmen. Den einheimischen Vertretungen muß sehr bald die Verwaltung übertragen werden. Durch Verständigung läßt sich etwas schaffen, das besser ist, als alle strategischen Grenzsicherungen. Die beste Sicherung sind gute politische Verhältnisse. Die von der annexionistischen Presse empfohlene Politik dagegen wäre verhängnisvoll.

**Man sollte mit der Geheimdiplomatie endgültig aufräumen.** Der Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker wird von den Alldeutschen wütend als eine weltfremde Doktrin bekämpft; tatsächlich ist er eminent praktisch, denn sonst bleibt nur ein Gewaltfriede, der aussichtslos ist und nie dauernd sein würde. Der Grundsatz ist auch ein ethischer, das sollte man anerkennen. Endlich bleibt er die einzige Garantie, daß der Friedensschluß in Rußland respektiert wird,

mögen die Verhältnisse dort kommen, wie sie wollen, denn die Bevölkerungen sind die letzte Instanz. **Damit erreichen wir die Auflösung der uns umschließenden Koalition für alle Zeiten.**

---

**Edmund Fischer**

Mitglied des Reichstags.

Nach diesem schrecklichsten aller Kriege kann nur ein Weltfrieden in Frage kommen, der nicht den Keim für neue Konflikte in sich trägt, der die Verständigung mit allen andern Völkern ermöglicht und für die Zukunft Kriege verhindert. Jeder zukünftige Krieg würde wieder ein Weltkrieg sein, wie der gegenwärtige. Das deutsche Volk und die Menschheit überhaupt vor solchen furchtbaren Katastrophen zu bewahren, muß deshalb das erste und wichtigste Friedensziel sein.

Ein dauernder Frieden läßt sich aber nur erreichen, wenn keine am Kriege beteiligte Großmacht gedemütigt, durch Gebietverlust zur Revanche getrieben wird. Deshalb muß der Frieden geschlossen werden auf der Grundlage der internationalen Gerechtigkeit, ohne Annexionen.

Geht nach dem Kriege das Wettrüsten wieder in der alten Weise weiter, dann werden die an sich schon erschreckend großen Lasten, die der Krieg verursacht hat, noch unerträglicher, es wird dann aber auch wieder in einer nicht sehr fernen Zeit eintreten, was bisher geschehen ist: Haben die Rüstungen eine bestimmte Höhe erreicht, dann tritt der latente Kriegszustand ein, bis plötzlich, aus irgend einem vielleicht recht kleinen Anlaß, die Kanonen gewissermaßen von selbst

losgehen. Der kommende Frieden muß deshalb auch die Verständigung über eine allgemeine Abrüstung und die Schaffung eines Zwangsschiedsgerichts bringen.

Die Abrüstung ist nur möglich geworden, weil die furchtbaren Erfahrungen dieses Weltkrieges die Geneigtheit, diesen Weg zu betreten, in allen Ländern wecken werden. Den Staat, der nicht zur Abrüstung bereit ist, dazu zu zwingen, ist das einzige Kriegsziel, das eine Fortsetzung des Krieges rechtfertigen könnte, das die weiteren Opfer wert ist.

Die wirtschaftlichen Fragen werden keine großen Schwierigkeiten beim Friedensschluß bereiten. Ein jedes Gemeinwesen ist heute auf die anderen angewiesen, und alle am Kriege beteiligten Länder werden nach Friedensschluß wieder miteinander in Handelsverbindungen treten müssen. Eine Beschränkung des internationalen Handels — von den Zöllen abgesehen — gab es bisher nicht und kann es auch in Zukunft nicht geben. Die „Freiheit der Meere“ ist ein Schlagwort, das für die Friedenszeit keinerlei Bedeutung hat. Die Schiffahrt auf den Meeren ist bisher durch keine Schranken beeinträchtigt worden und kann nicht beschränkt werden. Die Aufhebung des Seebeuterechtes kommt nur für die Kriegszeit in Betracht. Ein Weltkrieg setzt aber auch die besten Gesetze des internationalen Rechts außer Kraft, wie der gegenwärtige Krieg zeigt. Alle diese Fragen können nach dem Kriege auf einer Haager Konferenz nur dann zum Besten Deutschlands geregelt werden, wenn das Kriegsende nicht neuen Anlaß gibt zum gegenseitigen Haß, zur unversöhnlichen Feindschaft.

Verständigung — das ist das Losungswort für die Erreichung eines guten Friedens. Sie ist nur möglich auf der Grundlage: Keine Annexionen, Abrüstung!

---

**Johannes Fischer** (Heilbronn)
Mitglied des württembergischen Landtages.

Lloyd George und Wilson haben neuerdings wieder in großen Äußerungen sich bemüht, ihren Kriegswillen mit sittlichen Zwecken zu verbrämen und damit auch auf das deutsche Volk einzuwirken. Uns kommt es in diesem Augenblick vor allen Dingen darauf an, auszusprechen, daß vom Arbeiterstandpunkt aus unser Verteidigungskrieg sich vor allen Dingen als ein Kampf um sittliche Ziele darstellt. Gerade wenn mit diesem Krieg allgemeine Menschheitsziele gefördert werden sollen, dann spielt Deutschland und die Art, wie es aus dem Ringen hervorgeht, dabei eine ausschlaggebende Rolle. Was Deutschland nach der sozialen und kulturellen Seite aus seinem Land und seinem Volk gemacht hat, das ist nicht nur eine deutsche Angelegenheit, sondern geht die ganze, bewußt aufwärts strebende Menschheit an.

Gerade wir Arbeiter wissen, was das für den einzelnen Beteiligten zu bedeuten hat. Ich schreibe dies als einer, der in einer ländlichen Volksschule der schwäbischen Alb begann und dann über Handwerkslehre und Wanderschaft, Gewerkschafts- und politische Arbeit hinweg sich bewußt seinen Anteil an dem neuen Deutschland zu sichern suchte. Darum kenne ich die Lebensbereicherung, die denen in den Engstuben der Arbeit zuwächst, wenn man ihnen den Geist

beschwingt, den Blick weitet, den Verstand stählt, daß sie vom Einzelnen den Weg zum Volk und Staat, von der Einzelarbeit den Weg zur Volksleistung finden können. Und darin hat Deutschland mehr getan als alle unsere Feinde, und es will weiter diesen Weg gehen.

Aber — und das ist das Entscheidende — das ist nicht nur eine Frage des sittlichen Willens, der sozialen Verantwortlichkeit, sondern auch des materiellen, wirtschaftlichen Unterbaues und der Gestaltung unserer staatlichen Macht. Der französisch-englisch-amerikanische Standpunkt: „soll ich meines Bruders Hüter sein?" schien auch vielen in Deutschland der bequemere Weg; aber Deutschland als Volk und als staatliche Macht hat sich nicht dabei beruhigt, sondern hat eine soziale Verantwortlichkeit des Einzelnen und der Gemeinschaft immer mehr entwickelt, aus der heraus der Staat Recht und Pflicht herleitete, sich um die Wohlfahrt aller Volksgenossen zu kümmern.

Begreifen die Wilson und Lloyd George nicht, wie die Beteiligung, die Mitarbeit, die Mitverantwortung der Arbeiter an einem Volkstum solcher Art gerade sie im innersten erfaßt, ihrem Leben einen größeren Zuschnitt und Hintergrund gibt? Darum hängen wir mit unerschütterlicher Treue an einem Volk und seinem Staat, das die Herausarbeitung eines solchen Menschentums für alle seine Glieder sich als höchstes Ziel seines staatlichen und wirtschaftlichen Schaffens gesteckt hat. Darum nehmen wir stolz und entschlossen unser Stück Verantwortung auf uns, und die Feinde sollen es erleben: dieses hohe

Gut ist denen besonders teuer, die durch ihr Volk und ihren Staat erst diesen Adel erlangen konnten — den deutschen Arbeitern!

---

## Gustav Hoch

Mitglied des Reichstags.

Niemand kann darüber im Zweifel sein, daß das deutsche Volk einmütig seine ganze Kraft einsetzt, um sein Land und dessen Unabhängigkeit zu verteidigen, und daß es dies mit um so größerer Tatkraft und Opferfreudigkeit tut, je länger sich der Krieg hinzieht. Dasselbe gilt auch für alle anderen Völker. So stehen sich in diesem Kriege gewaltige Völkergruppen gegenüber, die, mit allen Mitteln unserer Zeit ausgerüstet, in der Verteidigung ihres Landes unbesiegbar sind. Der Krieg wird, nach seinem bisherigen Verlauf zu urteilen, nicht mit dem unbedingten Siege auf der einen Seite und der völligen Niederlage auf der anderen Seite enden; sondern er wird nur allen beteiligten Völkern um so mehr Opfer auferlegen, je länger er dauert.

Hieraus ergibt sich eine neue Aufgabe für die Sozialdemokratie: Sie hat nicht nur, wie bisher, dahin zu wirken, daß auch das arbeitende Volk mit seiner ganzen Kraft den Kampf für den Schutz und die Unabhängigkeit des Vaterlandes führt; sie hat nicht nur wie bisher im allgemeinen zum Frieden zu mahnen; sondern sie hat auch das arbeitende Volk aller Länder davon zu überzeugen, daß die Zeit zum Abschluß eines wirklich segensreichen Friedens gekommen ist.

Aber dürfen wir schon jetzt auf diese Frage eingehen? Werden nicht unsere Gegner die Aussprache über den Frieden als einen Hilferuf nach dem Frieden auslegen? Wird dies nicht den Mut und die Siegeshoffnung der Gegner steigern, den Kampfeseifer und die Ausdauer des eigenen Volkes verringern und dadurch den Abschluß des Friedens erst recht hinausschieben und überdies unsere Stellung gegenüber den Feinden erschweren?

Dieses Bedenken ist unbegründet. Eine genaue Kenntnis der wirklichen Stimmung bei dem Gegner hat für jede Regierung eine so große Bedeutung, daß sie keine Mühe und keine Kosten scheut, um sich darüber gründlich zu unterrichten. Sie benutzt jede Möglichkeit, die militärische, politische und wirtschaftliche Entwicklung in den andern Ländern zu erforschen, und bildet sich hieraus ein eigenes Urteil. Durch die mehr oder weniger überlegten Worte eines Redners oder einer Zeitung läßt sich keine Regierung täuschen. Selbst bei der großen Masse der Zeitungsleser büßen diese Mittel ihre Wirkung immer mehr ein. Wer von uns nimmt es noch ernst, wenn er die Versicherung dieses oder jenes Ministers oder einer Zeitung aus gegnerischem Lager hört, daß der Krieg bis zur völligen Niederwerfung der Deutschen geführt werde? Deshalb wäre es ein für uns durchaus ungefährliches Spiel mit Worten, wenn ein gegnerisches Blatt unsere Erörterung der Friedensfrage als ein Zeichen der Schwäche auslegte. Die Taten unseres Volkes, das unermüdliche Bestreben des ganzen Volkes, alle seine Kräfte für die Verteidigung seines Landes einzusetzen, unsere Kriegsmaßnahmen an den Grenzen und im Innern

unseres Landes: sie machen alle Verdrehungskünste der Gegner zunichte.

Hätten wir nicht so viel Selbstbewußtsein, um uns hierauf zu verlassen; würden wir wirklich vor jeder Entstellung unseres Verhaltens Furcht haben, dann müßten wir ratlos alles über uns ergehen lassen. Denn wer die Erörterung der Friedensfrage als ein Zeichen der Schwäche hinstellt, der würde das Schweigen über diese wichtige und dringende Frage ebenso auslegen.

Schließlich aber ist das, was die Gegner aus einer Besprechung der Friedensfrage erfahren können, keinem aufmerksamen Menschen des In- und Auslandes unbekannt; die Hoffnungen und Meinungsverschiedenheiten, die bei uns in dieser Frage bestehen, sind nicht etwas Besonderes, sondern zeigen sich in allen Ländern. Daß ein segensreicher Friede möglichst bald erreicht werde, danach sehnt sich das arbeitende Volk in allen Ländern. Ebenso erstreben in allen Ländern die Großkapitalisten einen Frieden, der ihnen möglichst große und reiche Bezirke zur Ausbeutung ausliefert, während weite Kreise des arbeitenden Volkes in einem solchen Frieden nur den Vorboten neuer, um so schrecklicherer Kriege erblicken. Ob wir über diese Wünsche und Meinungen sprechen oder schweigen, die Gegner werden weder durch das eine noch durch das andere getäuscht. Daher haben wir keinen Grund, aus Furcht vor den Gegnern das zurückzuhalten, was wir glauben, mit Rücksicht auf uns selbst, auf unser eigenes Volk sagen zu müssen.

Und unserm Volke sind wir Klarheit über den von uns zu erstrebenden Frieden

schuldig. Sie wird die Opferfreudigkeit und Tatkraft unseres Volkes in der Verteidigung unseres Landes nicht nur nicht schwächen, sondern bis aufs äußerste steigern. Denn davon kann keine Rede sein, daß das deutsche Volk den Krieg gedankenlos führt; daß es, ohne weiter zu denken, sein ganzes Sinnen und Trachten einzig und allein darauf richtet, den Feinden möglichst viel zu schaden. Nein, das Ziel des Kampfes, der zu erstrebende Frieden beschäftigt unser Volk stets und überall.

Uns, die wir daheim sind, ebenso wie unseren Brüdern und Söhnen auf dem Marsche und in dem Schützengraben drängt sich immer wieder die Frage auf, weshalb noch weiter in den furchtbaren Kämpfen, weshalb kann noch nicht Frieden gemacht werden?

Wehe uns, wenn der Gedanke aufkommen könnte, daß der Krieg mit allen seinen Schrecken nur deshalb fortgesetzt werde, damit schließlich doch noch die Großkapitalisten einen Vorteil erlangen, ihnen neue Bezirke zur Ausbeutung ausgeliefert werden. Das wäre in Wahrheit eine große Gefahr für uns; das könnte in der Tat die Ausdauer unseres Volkes lähmen.

Wie wichtig, ja unbedingt notwendig ist es daher, daß wir unserm Volke nachweisen: jene kapitalistischen Eroberungen können und dürfen gar nicht in Betracht kommen; sondern der Krieg dient nur dem Schutze unseres eigenen Landes; die Opfer, die er erfordert, werden nur unserer eigenen Unabhängigkeit wegen gebracht; der Frieden wird geschlossen, sobald er auf dem Boden der Freiheit und Gleichberechtigung möglich ist.

Dieser Nachweis kann nur in voller Öffentlichkeit geschehen, durch Rede und Gegenrede, durch Gründe und Gegengründe. Sie sind die einzig für alle Völker wirksame Widerlegung der törichten Vermutungen und Gerüchte, die am Biertisch oder daheim zwischen den vier Wänden entstehen, weiter und weiter verbreitet werden und immer mehr Gläubige finden, zumal es auch bei uns nicht an Eroberungsschwärmern fehlt, die Stimmung für ihre Forderungen zu machen suchen.

Man hat als erste Grundforderung des Weltkrieges bessere geographische Grenzen für das Deutsche Reich und seine Verbündeten verlangt. Die Grenzen allein können aber niemals einen genügenden Schutz gewähren. Nehmen wir den Gegner zur Verbesserung der Grenze das eine Stück, dann bleiben noch immer genug andere Stellen, die für uns nicht günstig sind. Wo gibt es auf diesem Wege einen Abschluß?

Die natürliche Beschaffenheit der Grenze hat auch garnicht mehr die große Bedeutung für die Sicherheit des Landes, die man ihr beilegt. Die Kämpfe im Westen zeigen, daß eine geschickte Verteidigung mit den neuen gewaltigen Verteidigungsmitteln überall, selbst an scheinbar ungünstigen Stellen, dem Gegner fast unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg stellen kann.

Aus diesem Grunde waren unsere jetzigen so ungünstigen Grenzen nicht entscheidend für den Ausbruch des Krieges. Frankreich und Rußland hätten es nicht zu einem Kriege kommen lassen können, wenn nicht England sich auf ihre Seite geschlagen hätte.

Ebenso werden wir in der Zukunft unter allen Umständen — außer mit unseren nächsten Nachbarn — mit den anderen Völkern zu rechnen haben. Wie wir auch immer die Grenzen verbessern würden, je mehr Völker sich gegen uns vereinigen, um so größer ist die Gefahr eines für uns bedenklichen Krieges. Daher müssen wir bei dem Abschluß des Friedens darauf bedacht sein, uns in der Welt auf die Dauer Vertrauen und Achtung zu erringen.

Das ist unmöglich, wenn wir ohne Rücksicht auf Menschenblut und Menschengut dem unerreichbaren Ziele nachjagen, alle Völker, die uns gefährlich werden können, so zu schwächen, daß sie gegen uns ohnmächtig sind. Nein, wir müssen vielmehr dieselbe Freiheit und Gleichberechtigung, die wir für uns selbst beanspruchen, allen andern Völkern zugestehen. Ein solcher Frieden ist keine Niederlage, keine Demütigung irgendeines Volkes, da jedem Volke seine Unabhängigkeit unangetastet bleibt und es nach seinen Versicherungen den Krieg nur um dieses Zieles willen führt. Ein solcher Frieden ist der Sieg aller Völker; denn sie alle haben die wirklichen oder vermeintlichen Gefahren abgewendet, die ihre Unabhängigkeit bedrohten.

Wenn wir uns auf eine solche Friedensforderung beschränken, dann sind wir — wie alle anderen Völker — in den jetzigen Grenzen stark genug, das Vaterland und seine Unabhängigkeit zu verteidigen, wie es der jetzige Krieg deutlich der ganzen Welt zeigt. Ja noch mehr! Dann werden nach dem Abschluß des Friedens die Völker sich sehr bald wieder im friedlichen Wettbewerb für die Wohlfahrt

und Gesittung der ganzen Menschheit zusammenfinden, die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse werden sich günstiger entwickeln, die körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte des arbeitenden Volkes werden erstarken, jedes Volk wird tatkräftiger und opferfreudiger die Freiheit seines Landes verteidigen, und wir können dann darauf rechnen, daß ein Krieg wie der jetzige nicht mehr möglich ist.

Unsere Eroberungsschwärmer erstreben aber ganz besonders einen größeren Kolonialbesitz, einen maßgebenden Einfluß des Reiches auf die wichtigsten in absehbarer Zeit zu erschließenden Ausbeutungsgebiete. Wem würden diese Errungenschaften nützen? Nur einigen wenigen Großkapitalisten; die große Masse des arbeitenden Volkes würde wie bisher so auch in Zukunft mehr Schaden als Nutzen von derartigen Erfolgen haben. Wir müßten große Geldmittel aufwenden, wieder und wieder Vernichtungsfeldzüge gegen die Einheimischen unternehmen und hätten davon bei weitem nicht den Nutzen, wie wenn wir diese Arbeit und diese Geldmittel aufwenden würden, um im eigenen Lande die Arbeits- und Lebensverhältnisse des arbeitenden Volkes zu verbessern, Kunst und Wissenschaft, Gewerbe und Handel zu fördern.

Die Zeit ist glücklicherweise vorüber, da weitere Kreise der Bevölkerung sich durch die Unterwerfung „wilder" Völker bereichern konnten. Wo wirklich etwas zu holen ist, sind auch die „wilden" Völker allmählich in den Strudel des Kapitalismus hineingezogen; auch bei ihnen bildet sich eine kapitalistische Oberschicht, und sie strebt danach, selbst den Profit aus der Aus-

beutung ihres Landes zu erlangen, sich von der fremden Herrschaft freizumachen.

Dieser Entwicklung müssen wir Rechnung tragen, uns von der gefährlichen und für das arbeitende Volk in jeder Beziehung schädlichen Bahn der Kolonialerwerbungen fernhalten. Dann werden wir einen um so größeren Erfolg mit der Forderung haben, daß auf dem Weltmarkte der friedliche Wettbewerb in gleicher Weise für alle Völker gesichert werde.

Wer sich aber über alle diese Erfahrungen hinwegsetzt, der möge einen Blick darauf werfen, wie sich die Verhältnisse dann gestalten müssen, wenn der Krieg nach den Wünschen der Eroberungsschwärmer verlaufen, wenn er unsere Gegner völlig zu Boden schlagen und uns große Eroberungen einbringen würde. Dann wäre es unvermeidlich, daß wir nach der Beendigung des Krieges unsere Waffengewalt möglichst stark wieder aufrichten, um den gedemütigten Völkern und den anderen Völkern, die unsere Macht fürchten, zu zeigen, daß wir unsere Eroberungen uns auf die Dauer erhalten wollen und können. Die anderen Völker werden sich jedoch nicht ins Hintertreffen drängen lassen: sie bauen um so eifriger ihre Rüstungen aus und zwingen uns dadurch zu immer neuen Vermehrungen unseres Landheeres, unserer Flotte und unserer Luftschiffe. So würde nach dem Kriege das Wettrüsten der Völker von neuem beginnen, aber ein viel schlimmeres Wettrüsten als vor dem Kriege: die Verteidigungsmittel sind durch den Krieg zerstört oder veraltet; die Erfahrungen des Krieges zwingen zu neuen Erfindungen, zu viel größeren Ausgaben als vordem. Der Militarismus erfordert immer

gewaltigere Summen, die nur durch eine um so schlimmere Herrschaft des Großkapitals, durch eine um so rücksichtslosere Ausbeutung des arbeitenden Volkes aufgebracht werden könnten. Und das nach einem so furchtbaren Kriege, nach dem Verlust so vieler unserer kräftigsten und leistungsfähigsten Männer, nach der Verwüstung so weiter Bezirke, nach der Vernichtung so vieler Vermögen, nach der denkbar schlimmsten Erschütterung unseres ganzen Wirtschaftslebens: zu einer Zeit, da eine Unmasse von Geld und Arbeit notwendig wäre, um wenigstens einige der schlimmsten Wunden zu heilen, die der Krieg geschlagen hat!

Die Lasten des Militarismus waren bereits *vor* dem Kriege unerträglich geworden — wie sollen die Völker *nach* dem Krieg noch *viel größere* Lasten des Militarismus ertragen?

Allerdings drängt der Kapitalismus auf seiner jetzigen Höhe immer stärker zur Sicherung der Auslandsmärkte mit Waffengewalt, also zum Imperialismus und zu immer schlimmerem Militarismus. Aber auch der Imperialismus ist doch nur *eine Stufe* der Entwicklung. Auch er muß sich schließlich sein eigenes Grab graben und hat es getan: er hat einen *entscheidenden* Kampf der Völker gegeneinander um die Auslandsmärkte *unmöglich*, die Lasten des Militarismus *unerträglich* gemacht. Der Imperialismus muß abgelöst werden durch die *höhere* Stufe der Entwicklung: das *Über*einander der großkapitalistischen Gruppen auf dem Weltmarkte muß weichen ihrem *Neben*einander; der freie friedliche Wettbewerb für *alle* Völker muß durchgeführt werden.

Dann können wir auch auf einen entscheidenden Erfolg der Bestrebungen rechnen, die alle Streitfragen zwischen den Regierungen in letzter Linie durch ein Schiedsgericht erledigen wollen. Dann muß auch ein Ende des unerträglichen Wettrüstens, eine Verständigung über die Abrüstung zu erreichen sein. Dann erst ist freie Bahn geschaffen für den entscheidenden Einfluß des arbeitenden Volkes auf unser wirtschaftliches und politisches Leben.

Ein dauernder segensreicher Frieden ist demnach nur unter den Bedingungen möglich:

keine Eroberungen,

keine Vergewaltigung irgendeines Volkes,

freier Wettbewerb aller Völker im Ausland,

Vereinbarungen über die friedliche Regelung der Streitfragen zwischen den Regierungen,

planmäßige Einschränkung der Rüstungen.

Ein solcher Frieden entspricht so sehr dem Nutzen der großen Masse des Volkes in allen Ländern, daß er möglich sein muß, schon jetzt möglich sein muß.

Wer dies erkannt hat, wird mit uns verlangen, daß nicht der Krieg zwecklos weiter und weiter getrieben wird; daß nicht die furchtbaren Folgen des Krieges mehr und mehr vergrößert werden, und schließlich doch kein anderer Frieden zustandekommt als der, den wir schon jetzt erreichen müßten, wenn nur endlich mit ernsthaften Friedensverhandlungen begonnen würde.

Dies hängt jedoch nicht von dem guten Willen des deutschen Volkes allein ab. Nein, bei dem

arbeitenden Volke aller Länder muß die Erkenntnis durchdringen, daß es jetzt endlich an der Zeit ist, Frieden zu machen auf der von uns vorgeschlagenen Grundlage. In diesem Sinne zu wirken, das arbeitende Volk im eigenen Lande aufzuklären und auch bei unseren ausländischen Gesinnungsgenossen, wo wir immer nur die Gelegenheit dazu haben, die Anregung zu geben: das ist die besondere Aufgabe der Sozialdemokratie.

---

**Wilhelm Graf zu Hoensbroech**
Mitglied des Preußischen Herrenhauses.

Was wird das vor uns liegende Jahr bringen? Ende des Kampfes? Das steht in Gottes Hand. Daß es neue Opfer von uns verlangt, das ist wohl nicht zweifelhaft. Sind wir bereit, auch diese Opfer weiter zu bringen? Ein millionenfaches Ja soll unserem Kaiser in diesen Tagen entgegenschallen. Was nützten alle Opfer der Vergangenheit, wenn wir die Zukunft nicht hätten? Der Kampf ist in ein anderes Stadium getreten. Es handelt sich nicht mehr um die Abwehr der Feinde von unseren Grenzen, — das ist längst erreicht, — es handelt sich jetzt um die politische und wirtschaftliche Sicherstellung Deutschlands durch unsere weiteren militärischen Erfolge. Im Westen steht unser Heer tief in Feindesland wie eine eherne Mauer, und vergeblich mühen sich Franzosen und Engländer aller Farben, vom tiefsten Schwarz bis zum reinen Weiß, ihr Land wiederzugewinnen. Der hartnäckigste Feind wird England sein. Es kämpft um mehr wie seine Bundesgenossen. England, der große Regisseur in diesem Weltendrama, kämpft mehr wie die Anderen

um seine Weltstellung und seine Existenz. Das in dieser Zeit doppelt perfide Albion glaubte die Rollen besonders schlau verteilt zu haben, um ohne eigene Opfer das wirtschaftsstarke Deutschland aus dem Wege zu räumen. Frankreich fiel auf den chauvinistischen Gimpelfang herein. Rußland sollte Österreich zertrümmern und dadurch Herr des Balkans werden. Der lockende Besitz von Konstantinopel wurde ihm von Ferne gezeigt. Die deutsche Flotte war nach Churchills und Greys Plan inzwischen längst vernichtet. Was ist aus diesen englischen Luftschlössern geworden! Belgien, Serbien, Gallipoli, Montenegro und vielleicht demnächst Saloniki und Albanien geben die Antwort; und zur See weicht man dem Kampfe aus und führt Krieg mit dem höhnischen Zynismus à la Baralong. Die Welt muß von diesem Vampyr, wie Graf Reventlow England treffend bezeichnet, befreit werden, erst dann wird für Deutschland die Zeit kommen, in der es seine Kräfte frei entfalten kann, erst dann wird Deutschland die Stellung in der Welt genießen, welche ihm Vergangenheit und Geschichte zuweisen. Deutschland ist niemals der Unterdrücker der Schwächeren gewesen. Im Gegenteil; oft hat sich der deutsche Edelsinn und deutsche Großmut nicht im Einklang mit den realen Erfordernissen befunden. Hierin liegt eine Gefahr, vor der wir uns, unseren Feinden gegenüber, hüten müssen. Nicht das Vertragen, sondern das Besiegen muß unsere Losung sein. Nur auf der Macht, die wir uns in diesem Kriege erringen, darf sich das spätere Verhältnis zu unseren Gegnern aufbauen. Die Macht allein gibt das sichere Fundament, auf dem der Neubau unserer späteren Beziehungen errichtet werden

kann. Alle anderen Versuche, einen tragfähigen Boden zu gewinnen, sind trügerisch und würden uns Verhältnisse schaffen, die den Keim neuer Verwicklung enthielten. Die ungeheuren Opfer, die Deutschland bringt, erfordern einen unbedingt sicheren Schutz gegen die Wiederkehr solcher Katastrophen. Welches die Bedingungen hierzu sind, darüber zu reden ist mir versagt. Nur das darf ich aussprechen: „Dort wo unsere Helden ruhen, dort wo unsere Fahnen wehen", dort ist das Land', welches durch Ströme von Blut an Deutschlands Schicksal geschmiedet ist. Es kann daher nur eine Antwort auf die Frage geben: sollen die Stätten unseres Ruhmes, sollen die Gräber unserer Lieben wieder den Fuß des Feindes fühlen?

Es wird häufig das Wort „Durchhalten" gebraucht. An und für sich ein schöner Begriff, nur muß er den richtigen Inhalt bekommen, sonst sinkt er auf das Niveau des Schlagwortes hinab. Nicht durchhalten, bis unseren Feinden die Erkenntnis kommt, daß sie die Partie verloren haben, und sie sich durch einen milden Frieden retten möchten, nein, durchhalten, bis wir sie, insbesondere England, zu Boden gerungen haben, und wir ihnen als unbestrittene Sieger den Frieden diktieren können. Dann brauchen wir auch keine Friedenskommissionäre, als welche sich so gern unsere lieben Freunde von der Menschlichkeit in Amerika herandrängen möchten. Werden wir dies Ziel England gegenüber erreichen können? Das stolze England ist vom Gläubiger zum Schuldner herabgesunken. Der Islam ist gegen seinen Unterdrücker aufgestanden. In Persien, Indien und Ägypten brennt es. Sollen wir

da dem Strafgericht der göttlichen Vorsehung in den Arm fallen?

Nein, wir sind zu Mitvollstreckern dieses Strafgerichtes berufen. Darum durchhalten, bis sich dieses Gericht vollzogen hat. Ich möchte aber auch noch auf ein Anderes hinweisen. Wir müssen das Pflichtbewußtsein hinübernehmen in die kommende Friedenszeit, wir müssen uns bewußt bleiben, daß wir einem Staat angehören, in dem Autorität und Unterordnung das oberste Gesetz bleiben muß. Nur auf diesem Boden kann die Freiheit erhalten und gefördert werden, die das berechtigte Gut des deutschen Volkes ist. Der Krieg hat eine bewunderungswerte Einheit unseres Volkes geschaffen. Mit dem Zauberstab der Autorität schuf unser Kaiser diese Einheit und schöpfte aus ihr die Kraft zu den herrlichen Erfolgen in Feindesland und in der Heimat. Wenn jemals, so hat es diese große Zeit bewiesen, daß von der Einheit die Autorität unzertrennlich ist. Wollen wir daher die Einheit festhalten, so müssen wir die Autorität schützen und uns zu ihr bekennen. Wer wollte hierbei erstreben, daß nunmehr alle Streitfragen beseitigt werden müßten! Nichts von Alledem. Die Streitfragen werden nicht verschwinden können. Aber der Streit muß veredelt werden und Formen annehmen, die getragen sind vom Gefühl der gemeinsamen Zusammengehörigkeit und wahrer Vaterlandsliebe. Dann wird das Verstehen leichter, und die Schärfen fallen fort, die leider in früheren Jahren so häufig zutage traten. Mögen die einzelnen Parteien und Berufe ihre berechtigten Sonderwünsche weiter verfolgen. Nur in einem Punkt muß Einheit herrschen: alle Forderungen müssen im

Einklang stehen mit den nationalen Erfordernissen, und alle müssen sich beugen vor der Autorität, die uns Gott gesetzt hat.

---

Dr. **Ernst Müller**-Meiningen
Mitglied des Reichstags.

Für den Weltfrieden dürfen wir — nach Ausschaltung Rußlands — heute nur allgemeine Gesichtspunkte aufstellen, Einzelforderungen für Belgien, für Frankreich, die Kolonien müssen wir noch zurückstellen. Jedenfalls: wir wollen keine Eroberungen um ihretwegen, sondern lediglich um der dauernden Sicherung willen gegen künftige Überfälle und „Einkreisungen", und wir brauchen Ärmelfreiheit für unsere Arbeit, — nicht auf papierner, sondern auf realer Grundlage. Denn Verträge haben heute kaum Papierwert! Alles Andere folgt aus diesen beiden Urzielen von selbst: die „Freiheit der Meere", die Sicherung möglichster Unabhängigkeit von ausländischer Zufuhr und anderes mehr.

Unsere neuen Nachbarstaaten im Osten müssen uns Siedelungsland zur Stärkung unserer Volkskraft liefern.

Dem entsprechen die Friedensziele im Innern. Ihr höchstes Ziel muß sein die Erhaltung des Zusammengehörigkeitsgefühls des deutschen Volkes, also vor allem Betätigung des ungeheuren Maßes von Vertrauen, das dieses Volk nach seinen Leistungen verdient, in Verwaltung und Gesetzgebung.

Ziel muß sein eine klare Bestimmung der Politik durch das Volk, das die Riesenleiden und Folgen dieser Politik, vor allem der äußeren, zu

tragen hat; Beseitigung einer absichtlich dunklen Augurenpolitik, um die Vorrechte einzelner Kasten zu konservieren!

Überhaupt: weg mit allem Mandarinen- und Cliquenwesen, wie dem „Ebenbürtigkeits“schwindel einer verflossenen Zeit! Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung, auf bester Erziehungsgrundlage aufgebaut, verträgt keine „gelben Westen“ und Pfauenfedern mehr!

---

**Liz. Reinhard Mumm**

Mitglied des Reichstags.

Maßgebend für die Festsetzung der Friedensbedingungen kann nur das dauernde Bedürfnis des deutschen Volkes und die jeweilige militärische Lage sein. Dies letztere bedingt, daß die verantwortlichen Stellen nur mit großer Zurückhaltung sich äußern können. Das Ziel als ganzes steht aber fest. Wir sind nach dem Wort unseres Kaisers entschlossen „ohne Wanken in heroischen Taten und Leiden auszuharren, bis der Friede kommt — ein Friede, der uns die notwendigen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Sicherheiten für die Zukunft bietet und die Bedingungen erfüllt, zur ungehemmten Entfaltung unserer schaffenden Kräfte in der Heimat und auf dem freien Meere.“ Wir müssen nach dem Wort des Königs von Bayern kämpfen, „bis wir Grenzen haben, die es unsern Gegnern verleiden, uns wieder zu überfallen“. Unsere Feinde von heute dürfen hinfort nach der Erklärung unserer Reichsregierung vom 9. Dezember 1915 „weder im Osten noch im Westen über Einfalltore verfügen, durch die

sie uns von morgen ab aufs neue und schärfer als bisher bedrohen. Je länger und je verbitterter sie diesen Krieg gegen uns führen, um so mehr wachsen die Garantien, die für uns notwendig sind."

Wir bedürfen danach zunächst des freien Landes zur Kolonisation. Ein groß Teil unserer sozialen Schwierigkeiten rührt daher, daß wir auf demselben Boden aus einem 40 Millionen-Volk der Reichsgründung zu dem 70 Millionen-Volk der Gegenwart geworden sind. Unsere Gemütskräfte vertrocknen, wenn wir einseitig wie bisher verstädtischen. Die Geburtenziffer würde dann unaufhaltsam weiter sinken. — Für die Rückwanderer deutschen Blutes hätten wir keinen Raum. Siedelungsland liegt vor unseren Toren im Osten, und der Friede mit Rußland eröffnet es uns.

Wir bedürfen der freien See. Nur dann kommen wir aus dem „Nassen Dreieck" heraus, wenn Ostende unsere Seefestung ist. Das Land zwischen uns und Ostende ist altgermanisch, nur die Bildung eines Königreichs Flandern sichert den Flamen die Zukunft ihrer Sprache und Kultur. Heute sind sie die Kulis der Wallonen. Das Kunstgebilde Belgien muß in seine natürlichen Teile zerlegt werden.

Unsere Industrie bleibt ungesichert, solange sie der eigenen Rohprodukte entbehrt. Nur wenn wir mit dem kleinen französischen Grenzstrich von Briey und Longwy, an dem übrigens nicht nur die Arbeitgeber ein Interesse haben, die wichtigsten Eisenerzläger der Erde und außerdem Mittelafrika zu eigen haben, haben wir die Rohprodukte in eigener Wirtschaft. Es handelt sich hier nicht um Stehlen, sondern um das älteste Recht der Erde, das Eroberungsrecht.

Das sind mit wenig Worten Kriegsziele, die, wie mir scheint, durch ihre innere Überzeugungskraft die Zustimmung des ganzen deutschen Volkes erwarten dürfen. Wir sind es den Gefallenen, wie der Zukunft unseres Volkes schuldig, einen Frieden zu fordern, der der gebrachten Opfer wert ist. Unsere Verantwortung vor Gott fordert von uns, den Sieg auszunutzen, um Sicherheit gegen die Wiederkehr solchen Krieges zu schaffen. Wir warten mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes „mit ruhiger Entschlossenheit und im Vertrauen auf Gott die Stunde ab, die Friedensverhandlungen ermöglicht, bei denen für die Dauer die militärischen, wie wirtschaftlichen, finanziellen Interessen Deutschlands im ganzen Umfang und mit allen Mitteln einschließlich der dazu erforderlichen Gebietserwerbungen, gewahrt werden müssen."

---

**Rudolf Oeser**

Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses.

Der dauernde Wert der Friedensabmachungen ist nach wirtschaftlichen, nicht nach territorialen Gesichtspunkten zu beurteilen. Der Friedensschluß würde auch dann, wenn alle Wünsche auf Ländererwerb in Erfüllung gehen, für uns den Beginn des Abstiegs bedeuten, sobald unsere weltwirtschaftliche Großmachtstellung Schaden erleidet. Denn kein Geländegewinn vermag uns das zu geben, was für die Fortführung unseres Daseins, so wie es sich bis zum August 1914 gestaltet hatte, unbedingt erforderlich ist. Kurland, Polen, Belgien usw. sind für unsere wirklichen Bedürfnisse unzureichend — wir brauchen das gewaltige Hinterland des ganzen Erdteils als Lieferanten und

Abnehmer, um leben zu können. Auch „Mitteleuropa“, gegen das an sich nichts gesagt zu werden braucht, genügt für unser reichgestaltetes Wirtschaftsleben in keiner Hinsicht. Die wirkliche Gefahr eines „Verzichtfriedens“ kann nur dann für uns entstehen, wenn unsere Unterhändler in diesen eigentlichen und entscheidenden Kernfragen des Friedens versagen sollten. Sie umschließen Sieg und Niederlage, Aufstieg und Abstieg.

Aber während sich über die Geländefragen eine geradezu wilde und wütende Erregung kundgibt, die von Wichtigerem ablenkt, die es schlechthin zum Kennzeichen vaterländischer Gesinnung machen möchte, ob sich der einzelne für diese oder jene Angliederung erklärt, schweigt man sich über die wirklichen Lebensbedingungen des wachsenden Reiches uninteressiert aus; sie gelten vielfach für „langweilig“ und werden gleichgültig zur Seite geschoben. Das Verständnis für diese in allererster Linie lebenswichtigen Friedensbedingungen ist noch gering, es muß erst geweckt werden. Eine wirklich weitgehende und zusammenhängende Erörterung der wirtschaftlichen Friedensforderungen ist, wenn man von einzelnen Fachverbänden absieht, überhaupt noch nicht erfolgt. Man überläßt das anscheinend den dafür verantwortlichen Stellen, ohne die Gewähr zu haben, ob diese, dem Wirtschaftsleben naturgemäß Fernstehenden dafür das volle, auf die Beherrschung der Materie gestützte Verständnis bereits besitzen. Die Verhandlungen mit Rußland haben bisher eine ausreichende Gewähr dafür noch nicht gegeben.

Der deutsche Außenhandel hatte vor dem Kriege dem Werte nach 25 Milliarden Mark ergeben. 1870 wertete er zum Vergleiche 4,2 Milliarden, 1890

6,5 Milliarden. Die Steigerung ist demnach rapid, und wir wissen, daß dieser beispiellose Aufschwung eine der Kriegsursachen ist, insoweit er den Neid und die Furcht Englands erregte. Aber die nackte Zahl an sich ergibt noch nicht das rechte Bild von diesem gewaltigen Warenstrome, der sich ununterbrochen über unsere Grenzen ergeht, einströmend oder hinausbrausend, alles deutsche Land befruchtend. Deutschland ist zur Hauptsache — im Gegensatz zu England — nicht Handels-, sondern Verarbeitungsgebiet. Wir führen Rohstoffe und Nahrungsmittel ein, aber Arbeit in Gestalt von Fertigwaren aus. 1901 betrug unsere Ausfuhr an Fertigwaren 2,9 Milliarden Mark, 1913 6,3 Milliarden, zu denen noch für 1,1 Milliarden Halbfabrikate und für 1 Milliarde Nahrungsmittel kamen. Es gibt keinen industriellen, aber auch keinen landwirtschaftlichen Betrieb, der nicht direkt oder indirekt am Außenhandel beteiligt ist — dies ist schlechthin der Gradmesser unserer wirtschaftlichen Ausgestaltung. Deshalb ist seine unbeeinträchtigte Wiederherstellung eine Angelegenheit, die uns alle berührt, nicht allein den Arbeiter und Fabrikanten, nicht bloß das Transportgewerbe, sondern die Gesamtheit; ohne ihn würde in der Tat jeder Deutsche „ärmer sein als vorher".

Die industriell wenig entwickelten Staaten sind nun keineswegs, wie viele annehmen, unsere besten und aussichtsvollsten Abnehmer, vielmehr steigt das Bedürfnis nach unseren erstklassigen, soliden und preiswerten Waren gerade mit der größeren Spezialisierung der eigenen Industrie. Von jenen 21 Milliarden entfielen nicht weniger als 13,5 auf Europa und 4,5 auf Amerika. Asien, Afrika und Australien sind nur

mit dem Rest von knapp 3 Milliarden beteiligt. Die uns feindlichen Staaten, wie Großbritannien mit seinen Kolonien, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien, Belgien und Rußland sind hingegen für unseren Außenhandel mindestens so wichtig, wie unsere Bundesgenossen, ihre wirtschaftliche Bedeutung für uns multipliziert sich durch ihre größere Anzahl. Es ist, als besäßen wir eine Hypothek auf sie, die durch den Friedensschluß wieder in ihrem vollen Werte hergestellt werden muß.

Nun hat dieser Krieg unter der berechnenden Führung Englands, das uns in der richtigen Abschätzung dieser Dinge noch überlegen ist, zugleich die Formen eines gigantischen Wirtschaftskampfes angenommen, in dem England so oder so Sieger bleiben will. Wie eine Boa constrictor mit gewaltiger Muskelkraft ringelt sich England, bereitwillig unterstützt durch seine Bundesgenossen, um unsere Wirtschaft, um sie zu erdrücken. Man muß sich die dadurch hervorgerufene Situation nüchtern und ohne Wehleidigkeit klar machen. Was wir an Verlusten zu buchen haben, ist weitaus größer, als den meisten zum Bewußtsein kommt. Ausländische Niederlassungen besitzen wir heute so gut wie nicht mehr, und sobald der Friede die Tore der Festung öffnet, in die uns die Riesenblockade eingesperrt hat, müssen wir erst wieder Pioniere unserer wirtschaftlichen Interessen in die Welt senden, die inmitten einer aufgehetzten und voreingenommenen Bevölkerung unter Mühen und Kosten, vielleicht auch unter Gefahren, für den deutschen Außenhandel den neuen Grund legen. Ihr Eigentum ist zerstört, ihre Geschäftsbücher und Korrespondenzen sind vernichtet, ihre Kunden stehen in

schwarzen Listen. Die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz stellen sich ihnen entgegen, der Einkauf der uns unentbehrlichen Rohstoffe ist durch vielerlei Abmachungen, durch feindliche Syndikatsbildung und durch reichlichen Vorkauf beschränkt usw.

Unter diesen Verhältnissen die sichere Basis für eine ungehemmte Weiterentwicklung unserer Gütererzeugung und unseres Güterabsatzes herzustellen, ist also die Aufgabe der Friedensverhandlungen und, wie nicht nachdrücklich genug betont werden kann, ihre vornehmste Aufgabe, gerade im Hinblick auf die Entwicklungsnotwendigkeiten des Reiches. Hierfür bieten die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz und die übrigen wirtschaftlichen Maßnahmen der Feinde insofern eine feste Grundlage, als es gilt, sie restlos außer Wirksamkeit zu setzen. Der Kampf um die Meistbegünstigung muß unter diesen Umständen verstummen. Wir brauchen sie, unbedingt und in ihrem weitesten Umfange. Ihre Fassung muß zugleich alle jene Schikanen in der Verzollung auszuschließen suchen, über die unser Ausfuhrhandel mit Recht in wachsendem Maße geklagt hat und in denen besonders Frankreich sich erfindungsreich erwies. Die Einfügung einer Schiedsgerichtsklausel erscheint unentbehrlich. Selbstverständlich muß auch Deutschland zur loyalen Innehaltung aller Abmachungen bereit sein. Fraglich ist allerdings, ob nach dem Beispiel des Frankfurter Friedens von 1871 eine „ewige" Dauer der Meistbegünstigung festzusetzen ist, die in der Praxis den Abschluß eines deutsch-französischen Tarifvertrages verhinderte, oder ob nicht eine zeitliche Begrenzung, die allerdings die Nachwirkungen des Krieges zu berücksichtigen hätte, entschieden vorzuziehen ist.

Schwierig würden sich Vereinbarungen über die künftigen Zollsätze erzielen lassen. - Gewiß bieten die Friedensverhandlungen auch für solche eine passende Gelegenheit, wenn man aber nicht den Mut zum Abbau des Hochschutzes besitzt, ist es voraussichtlich angebrachter, diese Frage späteren Verhandlungen vorzubehalten. Der deutsch-russische Handelsvertrag, der das Ergebnis des vorausgegangenen Zollkrieges war, hat in Rußland dauernd verstimmt, weil er wie eine Niederlage erschien. Erzwungene Zollvorteile als Ergebnis des Völkerkrieges würden demnach schwerlich einer wirtschaftlichen Wiederannäherung der Völker dienen.

Es ist auch in einem anderen Sinne fraglich, ob langfristige Zollverträge jetzt schon vereinbart werden können, solange die künftigen Produktionsverhältnisse noch unübersichtlich sind. Auch das wirtschaftliche Leben wird nicht einfach da wieder fortfahren können, wo es 1914 aufgehört hat. Denn ganz außerordentlich sind die Verschiebungen, die der Krieg in den produktiven Anlagen und damit in der Fähigkeit zur Gütererzeugung erzwungen hat; ungeheure neue Anlagen mußten entstehen, und die alten mußten sich ausdehnen, damit die Ansprüche des Materialienkrieges ihrem stets steigenden Umfang nach befriedigt werden konnten. Und alle diese zum Teil bereits abgeschriebenen Anlagen warten auf den Moment, sich in die Friedenstätigkeit umzustellen und an dem bevorstehenden Wettbewerb auf dem Weltmarkte teilzunehmen. Wie wird die Rohstoffrage gelöst werden? Sie gehört zweifelsohne in die Friedensverträge, da wir für unsere Bezüge die offene Tür brauchen. Wir werden dafür voraussichtlich Verständnis bei einzelnen

unserer Feinde finden, wie Stimmen aus den Vereinigten Staaten und selbst solche aus England erkennen lassen, während freilich Frankreich auf den Beschlüssen der Pariser Konferenz verharrt. Das offizielle England freilich scheint gerade die Rohstofffrage als wertvolle Konzession bei den Friedensverhandlungen ausnutzen zu wollen. Von einer Kontingentierung der Rohstoffe als Dauereinrichtung vermag man sich kaum ein anschauliches Bild zu gestalten, sie könnte die Kontrolle Englands über die Rohstoffverteilung zur Folge haben. Freier Verkehr und freie Gestaltung der Preise dürfte auch hier, durch die Erfahrungen der Kriegswirtschaft bestätigt, trotz mancher Unvollkommenheiten das beste sein. Eine ähnliche Stellung wie die Rohstoffe nehmen die Futter- und zum Teil auch die Nahrungsmittel ein. Auch hier bereitet man sich zweckmäßig auf starke Umstellungen schon jetzt vor. Die Zeiten tiefer Senkungen der Preise für Agrarprodukte, wie wir sie ausgangs des vorigen Jahrhunderts erlebten, scheinen endgültig vorüber und damit auch die Periode, in der die Agrarzölle den Tarif beherrschten. Wir stehen nicht mehr vor der Agrar-, sondern vor der Ernährungsfrage und damit nicht mehr vor dem Preis-, sondern vor dem Produktionsproblem: welche Mittel müssen wir anwenden, um dem heimischen Boden die höchstmöglichen Nährwerte abzugewinnen? Wir werden von der indirekten Produktionsförderung durch Preisanreize übergehen müssen zu einer planvollen und weitsichtigen technischen Förderung, die mühevoller ist als die Handhabung des Zolltarifs, aber den drohenden Schwierigkeiten angemessener. Daß eine derartige „Umstellung" auch politisch von Be-

deutung werden könnte, braucht hier nur gestreift zu werden.

Aber damit sind die wirtschaftlichen Fragen, die der Friedenschluß in Rücksicht zu ziehen hat, noch keineswegs erschöpft. Auch die mit der Meistbegünstigung innerlich zusammenhängende Niederlassungsfreiheit, die unsere Feinde mißachtet haben, bedarf der scharfen Neufassung unter der Erwägung, ob ihre fernere Verletzung nicht schon vertragsmäßig mit Bußen zu bedrohen ist. Weiter muß an die Verletzung der Patentrechte und auch des literarischen Eigentums erinnert werden. Von grundsätzlicher Bedeutung ist die Entschädigung für das planmäßige Zerstören von Privateigentum, das in der Wegrasierung unserer Handelsniederlassungen ohne ersichtlichen militärischen Zweck erfolgte. Das ist nicht nur eine materielle Frage, denn so hoch auch der deutschen Reichsangehörigen zugefügte Schaden ist, letzten Endes könnte das Reich auch diese Milliarden noch aufbringen. Es handelt sich darum, jenen Ländern das uns zugefügte Unrecht zum Bewußtsein zu bringen und die Wiederkehr ähnlicher vandalischer Handlungen für die Zukunft möglichst zu verhindern. Es handelt sich ferner um die moralische Stütze jener Außenhäuser durch das Eintreten des Reiches für sie, während eine Übernahme des Schadens durch das Reich ihre Selbständigkeit beeinflussen und den übelwollenden Konkurrenten leicht die Möglichkeiten bieten könnte, sie bei ihrer Kundschaft als „Agenten des Kaisers" zu verschreien. Wir haben hierin genügend Erfahrung und müssen deshalb in solchen grundsätzlichen Fragen starr sein.

Es sind hier nur einige Gesichtspunkte mehr berührt,

als erörtert werden, um daran zu mahnen, daß die eigentlichen Kernfragen des Friedens für das Deutschland des zwanzigsten Jahrhunderts, so wie es nach unseren Hoffnungen aus den riesenhaften Kämpfen hervorgehen wird, auf diesem Gebiete liegen. Weltwirtschaftspolitik — das eine Wort schließt alles hier Gesagte ein, es muß der Leitstern der Friedensunterhändler sein!

---

## H. Osel

Mitglied der Bayrischen Kammer der Abgeordneten.

Deutschlands Stärke liegt in seinem weitaus vorwiegenden Charakter als Nationalstaat, der daher unter allen Umständen zu erhalten ist.

Die Friedensaufgabe kann nur darin bestehen, daß wir auf wirtschaftlichem Gebiete noch leistungsfähiger werden, indem wir noch besser organisieren und intensivieren. Von unserer ganzen Stärke nur den Gebrauch zu machen, daß unsere Freunde nicht ständig das Gefühl haben, von uns abhängig und uns tributpflichtig zu sein, und daß die anderen uns wenigstens achten lernen, ist die Friedensaufgabe im weiteren Sinne.

Unser Charakter als Nationalstaat verträgt keine Häufung Fremdstämmiger. Wir vermögen nicht, sie zu assimilieren, da besonders die norddeutsche Art es nicht versteht, seelisch dem Fremdstämmigen näher zu kommen. Rußlands Methode geht bei seinen Halbasiaten an, bei kultivierten Völkern nicht.

Es gibt ein Wort, das viel gebraucht wird: „der demokratische Süden". Nicht bloß politisch hat es Sinn.

Auch für den Verkehr der Menschen unter sich hat es hohe Bedeutung, nicht zuletzt im Verkehr mit Fremdstämmigen. Es betrifft das Gemüt, bedeutet trivial „gemütlich." Sein Korrektiv in der norddeutschen „Gebundenheit" hat zweifellos seine Berechtigung für Deutschland erwiesen; dem Ausland gegenüber ist die süddeutsche Art die zusagendere. Dort wird deutsche Tüchtigkeit nur zu leicht als unreell, knebelnd und herrschsüchtig empfunden; Gefühle, die übrigens auch unter uns selbst uns nicht fremd sind. Aus den angegebenen Unterschieden.

Es sind schon Worte dahin gefallen, daß wir unsere Grenzen sichern, indem wir dafür sorgen, daß die Völker unserer Nachbarstaaten nicht als Sprungbrett für den Angriff unserer Feinde sich bereithalten. In dieser Richtung soll nach meiner Meinung die Sicherung unserer Grenzen als vorwiegender Nationalstaat liegen. Der Friedenspolitik kommt dann die Aufgabe zu, uns innen zu stärken und im Ausland uns Sympathien zu wecken. Heute kann männiglich wissen, wie schwerwiegend „Imponderabilien" sind und wie leicht die größte rein materiell gerichtete Tüchtigkeit wiegt, wenn es sich um unsere Wertung im Ausland handelt. Daß diese Wertung durch eine Schmutzflut von Lüge und Schlamm beeinflußt ist, die unsere Feinde über uns ausgossen, ändert nichts an der Tatsache, sondern ist nur Beweis dafür, wie sehr wir in zu realistisch gerichteter Korrektheit und Steifheit die Psyche des Auslandes schädlich vernachlässigt haben.

Dr. Maximilian Pfeiffer
Mitglied des Reichstags.

Bei der Betrachtung von Deutschlands Kriegs- und Friedenszielen ist es notwendig zu unterscheiden, welche Ziele das deutsche Volk sich mit dem Ergebnis dieses Krieges steckt und welche Ziele seine Gegner uns aufdringen. Es muß festgestellt werden, daß das deutsche Volk den Krieg nicht gewollt hat, und ebenso wenig der Kaiser, der in der Thronrede am 4. August 1914 den Satz ausgesprochen hat: „Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat für uns und alle kommenden Geschlechter". Deshalb kann eigentlich nicht von einem Kriegsziel gesprochen werden, sondern nur von Friedenszielen. Unsere Gegner haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß für sie der Eroberungskrieg die Hauptsache ist und genauer ausgedrückt, der Zweck dieses ganzen Krieges nur der sein könne, Deutschland und seine Verbündeten wirtschaftlich zu vernichten, finanziell zu zerrütten und politisch zur Bedeutungslosigkeit herunterzudrücken. Das ist die Melodie, die von sämtlichen Staatsmännern des Vierverbandes seit Kriegsausbruch bis heutzutage immer wieder, bald laut, bald leise, bald lockend, bald drohend, bald schmetternd, bald resigniert, gespielt wurde. Die grausame Ironie des Geschicks hat es gefügt, daß diese Pläne zu Schanden geworden sind. Der Aushungerungsplan Englands, gerichtet gegen ein ganzes Volk mit Weibern und Kindern, ist vereitelt. Was als böser Plan gedacht war, die finanzielle Zerschmetterung des Reiches, ist mißglückt, und in das Gegenteil umgeschlagen, denn dadurch, daß durch die

Blockade Englands das Deutsche Reich abgesperrt ist auch von den neutralen Staaten, ist es gezwungen worden, all seine Bedürfnisse im eignen Lande zu decken und somit den Strom des Geldes dem eigenen Gebiete zu erschließen. Der glänzende Erfolg der sieben Reichsanleihen, die bisher aufgenommen worden sind, beweist die unerschöpfte Kraft, die achte Reichsanleihe, an deren Schwelle wir stehen, wird die unerschöpfliche beweisen. Und was die politische Stellung Deutschlands in der Welt angeht, so müssen selbst seine Neider zugeben, daß die ungeheuren militärischen Erfolge mit niederschmetternder Wucht alle Zweifel an der politischen Höhe und an der politischen Bedeutung des Reiches niederdrücken müssen.

England hat den Krieg nur aus wirtschaftlich-politischen Gründen begonnen. Einsichtige Politiker aller Staaten — mögen sie nun in sogenannter Neutralität uns gegenüberstehen, oder mögen sie unsere Feinde sein — haben deshalb schon im Anfang des Weltkrieges in demselben nur ein Duell zwischen den größten Faktoren des Welthandels, Deutschland und England, erblickt; ein Duell, frivol provoziert von dem, der sich noch der Stärkere dünkte, aber schon bange sein mußte, den Bestand und die Fortdauer dieser Stärke in Frage gestellt zu sehen. Was hatte die Bundesgenossenschaft, die sich England warb, denn anders für einen Zweck, als nur den, in einen Stahlring die Zentralmächte einzuschließen, ihnen die Zufuhr zu unterbinden und ihre Ausfuhr abzuschneiden und sie dadurch wirtschaftlich von der ganzen übrigen Welt zu trennen! Damit wären dem deutschen Wirtschaftsleben, der Ausdehnung und Ausbreitung desselben,

seiner gesamten Entwicklung, für alle Zeiten Bleigewichte angehängt gewesen. Natürlich hat man in den Ländern der Entente das nicht mit diesen klaren, unzweideutigen Worten ausgesprochen, sondern man hat vor diesen Tatbestand eine Kulisse geschoben, auf welcher herrliche Bilder von idealen Beweggründen und nationalistischen Tendenzen aufgemalt waren, und dazu der größte Schwindel aller Jahrhunderte — der Kampf um die Kultur! Man hat von der Revanche-Idee gesprochen, was sich ja von Frankreich schließlich noch verstehen läßt, weil das seine historische Hysterie ist. Man kann es auch begreifen von Italien, welches den Krieg von 1866 wieder aufnehmen wollte, wie man ja von Seiten der Irridenta seit Jahrzehnten durch alle Gassen heult. Aber, wer in das eiskalte, stahlharte Auge der englischen Politiker blickt, weiß, daß für sie wirklich keine Gemütsbewegung in Frage kam oder ein patriotische Aufwallung des Gefühls, sondern, daß für sie nur nackte Geschäftsinteressen das Zünglein an der Wage bildeten. Die Wage stand mit fast gleichen Schalen. Auf der einen, der tieferen, lag Englands Gewicht auf dem Weltmarkt, auf der anderen das täglich zunehmende und wachsende Deutschland. Man mußte in England die Stunde fürchten, wo die Schalen gleich sein würden und die englische beginnen müßte sich zu heben. Darum warf man mit einem Akte der Verzweiflung das aus vierfachem Stahl geschmiedete Schwert des Weltkrieges in diese Schale, um so mit einem Schlage die deutsche in die Höhe zu schnellen. Es kam anders.

Als im Sommer 1914 die deutschen Heere nach dem Westen vorstießen, gelang es ihnen, die Kohlen-

bergwerke Belgiens und die Industriegebiete Nord- und Nordost-Frankreichs zu erwerben. Nicht umsonst hat man diese Gebiete Frankreichs immer das Herz Frankreichs genannt. Von der Zeit an ist England die ungeheure Last auferlegt, die Kohlenversorgung seiner sämtlichen Verbündeten übernehmen zu müssen. Dabei ist noch in Betracht zu ziehen, daß seit der Besetzung dieser Gebiete auch andere ganz unschätzbare wirtschaftliche Hilfsquellen, aus denen Belgien, Frankreich und England früher gespeist wurden, dem Deutschen Reiche in die Hand gegeben sind.

Dann kam der Vorstoß nach dem Osten, der im Mai 1915 so gewaltig einsetzte und die liebevoll geplante russische Dampfwalze zu einer eiligen Rückwärtsbewegung veranlaßte. Er brachte die Zentralmächte bis an die Dünalinie und weit hinein in das Innere Rußlands. In Belgien war das Kohlenproblem gelöst, im Osten die Getreidefrage, denn wo das deutsche Schwert die Reihen der Feinde mäht, da folgt der deutsche Pflug, um denen draußen und daheim die Erde urbar zu machen für das Brotkorn. Der dritte Stoß, der mit dem neuen Bundesgenossen, den Bulgaren, zusammen in Serbien und Montenegro im Herbst 1915 begonnen wurde, hat freie Bahn nach dem Orient eröffnet und damit Produktionsgebiete aufgeschlossen, die bisher nicht zu Gebote standen. Das Jahr 1916 endlich brachte den vierten Stoß, der den neuen Feind Rumänien zu Boden warf.

Der Unterseebootskrieg wird den Beweis erbringen, in der Zukunft in noch höherem Grade als bisher, daß die wirtschaftliche Schädigung für England und Frank-

reich ungeheuerlich werden wird, indem die Zufuhr des Inselreiches allenthalben unterdrückt werden wird.

Neue Tatsachen haben uns die vergangenen Monate gebracht: Rußland und Rumänien sind aus der Zahl unserer Feinde ausgeschieden und haben mit uns einen Frieden geschlossen, der Deutschlands Interessen sichert.

Alle so geschaffenen Ergebnisse lassen mit wenigen Worten das Friedensziel dahin formulieren:

Der Frieden muß auch mit den noch übrigen Feinden nach außen hin dem Deutschen Reiche die Möglichkeit bieten, die wirtschaftliche Entwicklung im Innern ungehemmt zu betätigen und nach außen so zu betreiben, wie es dem Werte und dem Wachstum des Volkes entspricht. Es müssen deshalb Garantien geboten werden, daß die Grenzen des Landes vor jedem Überfall und vor einer konzentrischen Einschnürung gesichert sein müssen; weiter muß die Bürgschaft dafür geleistet werden, daß das freie Meer auch für das Deutsche Reich frei bleibt und ungehindert der Wettbewerb mit anderen Nationen betätigt werden kann.

Dieses größere Deutschland muß auch nach innen größer werden. Wir waren in den Jahren vor Ausbruch des Krieges zu einer ungesunden Temperatur unseres öffentlichen Lebens gekommen, die leider allzuoft auch aus ganz nichtigen und unzulänglichen Gründen sich bis zur Siedehitze steigerte. Bei dem Turmbau deutscher Weltmacht und deutscher Größe ist es bedauerlicherweise auch zu einer gewissen babylonischen Sprachenverwirrung gekommen. Wir verstanden uns nicht mehr. Wenn man schließlich auch gegenwärtig die Erfahrung macht, daß die Wirkung dieses Krieges

manchenortes bedeutend überschätzt wird, insonderheit, wenn man von seiner sittlich erhebenden Gewalt, von seiner durchgreifenden Wirkung, dem inneren Erleben und ähnlichen hohen Werten spricht, so steht doch zu begreifen, daß wenigstens eine teilweise Erneuerung der Gemüter durch dieses reinigende Gewitter im Leben der Menschheit herbeigeführt werden wird. Das wundervolle Erlebnis, daß alle Stände des Reiches, alle Alter in gleicher Weise sich an der Mobilmachung der Nation beteiligt haben, ist doch letzten Endes ein Sieg des Idealismus gewesen, den man aus der deutschen Welt schon oft verbannt glauben mochte. Diese Verschmelzung aller Individuen — die Persönlichkeitskultur war ja das verlockendste Schlagwort der letzten Jahre — zu einem großen Ganzen, das Untergehen der Persönlichkeit im gewaltigen Strome des Volkes, das Einfügen des Einzelnen in eine ungeheure und unmeßbare Vielheit, ist der kostbare Militarismus im idealen Verstande, der der Schrecken unserer Gegner ist, gegen den sie wüten und den sie anklagen, den sie beschimpfen und höhnen — im letzten Grunde doch nur, weil sie uns grimmig darum beneiden und wissen, daß sie ihn uns nie nachmachen können!

Diesen Idealismus hinüber zu retten in die Zeiten des Aufbaues nach dem Kriege, ist die heiligste Aufgabe der Volkheit. Alle Deutschen haben in diesem Kriege sich körperlich oder geistig gewaffnet zur Verteidigung des Landes. Sie sind gleich gewesen in der Auffassung ihrer Pflicht. Nach dem Frieden müssen sie auch gleich sein in der Zuteilung der staatsbürgerlichen Rechte. Eine Dankesschuld hat die Nation abzutragen an die, die mit heiligen Wunden vom Schlacht-

selbe zurückgekommen sind, an die Familien, die schmerzliche Tränen vergießen mußten um den Verlust ihrer Ernährer, eine Dankesschuld, die nicht karg bemessen und ausgezinst werden darf, sondern der großen Opfer würdig ist. Das gegenseitige Verstehen muß gefördert werden. Man muß endlich von sich die unverständliche Anschauung abtun, als ob das Glaubensbekenntnis des Menschen seine Liebe zum Vaterland zu mildern im Stande wäre, als ob die Formel, in der er zu seinem Gott betet, ausschlaggebend sein könnte für die Stärke seiner Intelligenz und seiner geistigen Fähigkeiten. Die großen Fragen, die das deutsche Volk in seinem Bestand für die Zukunft lösen muß, die ich die Weltfragen nennen möchte, müssen auf Grundlagen aufgebaut werden, die nur im Vaterland selbst gefestigt werden können. Diese Grundlagen sind die Bestärkung der Schwachen im Kampf ums Dasein und die Bejahung des Rechtes auf die Existenz. Der Gang der Entwicklung wird mancherlei Gebäude der Vergangenheit stürzen sehen, die Umwandlung des Wirtschaftslebens zum Welt-Wirtschaftsleben wird neue Gruppierungen und soziale Bildungen schaffen, aber eine Frucht des Krieges wird doch bleiben: daß neben dem Arbeiter, der die deutsche Industrie wettbewerbfähig macht, als Gleichberechtigter der deutsche Bauer stehen wird, der die Scholle des Vaterlandes gebefähig und gebefreudig macht für die Gesamtheit der Nation; daß neben dem deutschen Kaufmann der deutsche Geistesarbeiter steht. Nicht nur ein materieller Aufschwung muß in tausendfältiger Verästelung und Veräderung glänzend emporschwellen, auch das rein Geistige des Volkes in Verstand und Gemüt muß so gepflegt werden, daß die

Kultur im umfassendsten Sinne in Deutschland ihr Sammelbecken hat.

So wird im größeren Lande das Volk sich erheben und erhöhen. So wird die blutige Aussaat dieses Krieges sich zu goldenen Halmen wandeln, so wird der Schrecken, die Trauer und der Schmerz sich zur Ruhe, zur Verklärung und zur Freude erheben, damit aus Tod und Trümmern Leben und Ganzes erstehe.

---

Dr. h. c. **A. von Rieppel**

Mitglied der Bayrischen Kammer der Reichsräte.

Zu Beginn des Krieges haben sicherlich die meisten geglaubt, jeder unserer Feinde werde dereinst als Kriegsentschädigung eine mehr oder weniger große Summe Geldes zu bezahlen haben; an Erwerb von Land haben die wenigsten gedacht. Heute verhält es sich etwas anders. Der Krieg dauert nunmehr schon fast 4 Jahre. Rußland ist ja nun ausgeschieden, weil es innerlich zusammenbrach, aber auch unsere übrigen Gegner sind wirtschaftlich so geschwächt worden, daß man nicht annehmen kann, sie würden in der Lage sein, die außerordentlich hohen Kriegskosten, die uns erwachsen sind, wenigstens in absehbarer Zeit aufzubringen. Somit bleibt garnichts anderes übrig, als sich durch Landerwerb möglichst schadlos zu halten. Ich denke an die an Deutsch-Lothringen angrenzenden französischen Kohlen- und Erzgebiete, Erwerb von Kolonien, z. B. des Kongostaates und geeigneter Flottenstützpunkte. Abgesehen davon zwingt die geographische Lage Deutschlands, zwischen uns und unseren derzeitigen Feinden eine Zone zu schaffen, die in Zukunft nicht feindlichem, sondern unserem Einfluß unterliegt.

Im Osten ist das ja geschehen, aber auch Belgien muß, wenn auch nach außen als selbständiger Staat, von Deutschland abhängig bleiben. Die Mehrzahl des Volkes verlangt für die ungeheuren Opfer, die gebracht worden sind, Entschädigung, soweit die Opfer in Bezug auf Menschenleben überhaupt zu ersetzen sind. Wenn derzeit namentlich Angehörige der sozialdemokratischen Partei von Landerwerb, den sie meiner Ansicht nach fälschlich als „Eroberungen" bezeichnen, nichts wissen wollen, so erklärt sich dies aus dem Wunsch nach Frieden. Ist dieser einmal da und er brächte uns nichts oder nicht genügend, so würden die „Antiannexionisten" alles eher als zufrieden sein. Mit Schließung von Verträgen, Aufstellen von Formeln und Klauseln ist nichts gedient. Erst in jüngster Zeit hat es sich mehr als deutlich gezeigt, welcher Wert von Staat zu Staat geschlossenen Verträgen inne wohnt. Wir müssen und werden im gegebenen Zeitpunkt die Macht in den Händen haben, um obige Forderungen aufstellen zu können und sie erfüllt zu sehen. Groll gegen uns bleibt in jedem Fall zurück. Er wird sich legen. Die Achtung und nicht zuletzt die Furcht vor uns wird einen erneuten Versuch, uns zu überfallen, hinanhalten und unsere jetzigen Gegner veranlassen, das ihrige zu tun, um mit uns in Frieden auszukommen, während wir selbst trachten müssen, durch kluges Vorgehen unseren Einfluß auf die fremden Völker zu festigen und zu mehren.

Der Krieg ist noch nicht zu Ende. Wann er es sein wird, läßt sich nicht angeben. Aber nachdem Rußland vom Schauplatz abgetreten, werden ihm wahrscheinlich die anderen Mächte bald folgen. Möglich,

daß England am hartnäckigsten und schließlich allein bleibt. Von seinen Bundesgenossen verlassen, kann es uns nicht sehr lange widerstehen.

Ist es also schon schwer, so lange sich noch alles im Fluß befindet, Forderungen aufzustellen, in denen sich das unmittelbare Kriegsergebnis ausdrückt, so ist es noch schwieriger, sich ein Bild zu machen über die Gestaltung des innerpolitischen Lebens nach dem Krieg. Beim Lesen der Zeitungen möchte man oft meinen, als gipfle alles in der Reform des preußischen Wahlrechts. Selbstverständlich wird das deutsche Volk, das durch diesen Krieg erheblich reifer geworden ist, mehr Anteil am Staatsleben nehmen und darum auch mehr als bisher mit seiner Meinung gehört werden wollen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß bisher davon nicht gerade das Vorhandensein von Einrichtungen oder das Fehlen solcher das Volk zurückgehalten hat, sondern es war in ihm selbst das nötige Verständnis für inner- und außerpolitische Fragen nicht da gewesen. Dies zu erreichen, ist wieder bis zu einem gewissen Grade Sache der Erziehung. Der Schule obliegt es künftig, in besonderem Maße darauf bedacht zu sein, tüchtige, charakterfeste Menschen heranzubilden, sie für das *Leben* zu erziehen und bei aller Wertschätzung der Wissenschaft, die nicht vernachlässigt werden darf, den *praktischen* Blick zu schärfen. Der Deutsche, dessen Wissensdrang und Unternehmungslust, mit einem Wort: dessen Bildung ihn so rasch und weit emporsteigen ließ, hat doch noch ein Stück Weg bis zum *Weltbürger* zurückzulegen. Worunter ich aber nicht etwa einen Menschen mit vaterlandsloser Gesinnung verstanden wissen möchte. Im übrigen lasse

man die Zeit nach dem Krieg an sich herankommen. Schlagworte, wie „Beseitigung der Klassengegensätze" und ähnliches sind nur geeignet, die Köpfe unnötig und vorzeitig zu erhitzen. Wenn diese Gegensätze überhaupt zu beseitigen sind, — ganz werden sie es niemals sein — so sicher nicht auf einmal, sondern ihre Milderung wird Ergebnis einer langsamen Entwicklung sein.

---

**Otto Fürst zu Salm-Horstmar**
Mitglied des Preußischen Herrenhauses.

Es ist nicht leicht, seine Ansicht darüber zu äußern, was der Friedensschluß dem deutschen Volke bringen müßte; man kann nur soviel andeuten, als bereits gewissermaßen publici juris ist.

In der äußeren Politik zunächst interessieren uns besonders die Machtfragen, von deren richtiger Beantwortung die Zukunft Deutschlands abhängt. Um im Westen gegen englische und französische Angriffe in Zukunft gesichert zu sein, muß Deutschland in erster Linie Herr der flandrischen Küste bleiben, resp. werden. Erwünscht wäre eine Verbesserung der deutsch-französischen Grenze.

Gegen Angriffe von russischer Seite werden so viel bisher russische Territorien unter deutscher Militärhoheit bleiben müssen, daß eine für uns leicht zu verteidigende Grenze Rußland gegenüber geschaffen wird. Es darf aber nicht vergessen werden, daß unser gefährlichster Feind England ist und daher die Sicherung unserer Westfront unter allen Umständen erreicht werden muß, selbst auf die Gefahr hin, im Osten manche Wünsche zurückstellen zu müssen.

Zu den Machtfragen gehören auch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Hier sind in erster Linie die Bodenschätze in deutschen Besitz zu bringen, ohne die ein trotz aller Sicherungen noch möglicher Zukunftskrieg nicht geführt werden kann. Ferner müssen wir die Herrschaft über alle Verkehrswege so weit verlangen, wie unsere Militärhoheit reicht, und wie es unsere wirtschaftlichen Interessen gebieten.

Den an unseren Grenzen entstandenen autonomen Staaten sollte jede Möglichkeit der Beeinflussung außerpolitischer Fragen genommen werden, damit sie nicht in die Versuchung kommen, deutsche Interessen zu schädigen.

Was den Kolonialbesitz anbetrifft, so würde es sehr erwünscht sein, nach dem Kriege ausreichendes Kolonialland zu bekommen, das uns die für unsere Industrie erforderlichen Rohstoffe zu liefern in der Lage wäre. Hierzu müßten die nötigen Kohlenstationen treten, die uns von England unabhängig machten. Wie ich aber schon vorhin von Rußland sagte, daß unter Umständen im Osten manche Wünsche zurückgestellt werden müßten, um wenigstens England-Frankreich gegenüber die Sicherung unserer Westfront zu erreichen, so müssen alle kolonialen Wünsche so lange zurückgestellt bleiben, als nicht in Europa die Basis geschaffen ist, von der aus die Verteidigung unserer Kolonien und der auch in Kriegszeiten freie Verkehr mit ihnen sichergestellt ist. Haben wir erst diese Basis gewonnen, dann wird es später nicht schwer fallen, das erforderliche Kolonialland zu erwerben und wirklich zu besitzen.

Zu den Fragen der inneren Politik übergehend, möchte ich darauf hinweisen, daß man so oft die

Forderung vertreten hört, das deutsche Volk müsse nach dem Kriege von seiner Regierung dafür belohnt werden, daß es widerspruchslos dem Rufe des Kaisers gefolgt wäre und Unvergleichliches in den Schützengräben geleistet hätte. Unter „deutschem Volk" aber wird hier gemeinhin nur ein Teil der Wähler verstanden. Ich bin nicht der Ansicht, daß Teile des deutschen Volkes vor Anderen auf dem Gebiete der inneren Politik eine Belohnung verdienen. Wenn das deutsche Volk einmütig dem Rufe seines Kaisers gefolgt ist, so hat es nur seine Pflicht getan und jeder hat freudig sein Blut fürs Vaterland vergossen, ob Fürstensohn oder Arbeiter.

Was unter dieser Belohnung verstanden wird, ist nicht schwer zu sagen: man will das allgemeine gleiche Wahlrecht für Preußen, eine weitere Demokratisierung des Reichstagswahlrechtes und die Aufnahme jüdischer Mitbürger in die Offizierkorps.

Hierzu wäre folgendes zu sagen: der letzte Wunsch ist während des Krieges in reichem Maße erfüllt. Daß dem deutschen Volke mit einer weiteren Demokratisierung des Wahlrechts gedient ist und daß sie in seinem wohlverstandenen Interesse liegt, möchte ich bezweifeln. Denn einmal besitzen wir in Deutschland schon ein viel freieres Wahlrecht, als es das früher wegen seiner Freiheit so viel gepriesene England hat, und dann hat der Krieg, wenn überhaupt etwas, doch sicherlich das bewiesen, daß es eine Gleichheit vor dem Feinde nur insoweit gibt, als jeder in gleicher Weise dem Tode ins Angesicht schauen muß, daß aber im Übrigen große Ungleichheit besteht, indem der eine infolge seines Alters, seiner Bildung, seiner Charaktereigenschaften und sonstigen Fähigkeiten zum Führer berufen ist, während

der andere der Führung bedarf, nach solcher in schwierigen Lagen sogar verlangt und sich willig unterordnet. Wenn das Wahlrecht sich den Erfahrungen im Kriege anpassen soll, dann darf von einer schematischen Gleichmacherei nimmermehr die Rede sein, vielmehr müßte es so beschaffen sein, daß wie im Kriege, so auch im Frieden diejenigen Männer zu Führern des Volkes berufen würden, die sich durch Erfahrung, Bildung, Charaktereigenschaften und sonstige Fähigkeiten vor anderen auszeichnen.

Wenn gewissen Kreisen unseres Volkes Belohnungen zugedacht werden, weil sie ihre Pflicht getan haben, — was manche kluge Leute nicht erwartet hatten, — so glaube ich, daß sich die meisten unserer tapferen Streiter unter diesen Umständen eine Belohnung verbitten würden. Einmal hat der deutsche Arbeiter mindestens das gleiche Interesse wie der Arbeitgeber daran, daß Deutschland siegt und sich kraftvoll weiter entwickeln kann, und dann glaube ich kaum, daß ihn in den Schützengräben jetzt Wahlrechtsfragen beschäftigen. Was unser Arbeiter braucht, ist die Erringung und Ausnutzung des Sieges, damit eine lange Friedensära ihm und seinen Kindern Arbeit, Verdienst, allmähliches Vorwärtskommen und Erwerb einer eigenen Scholle bringen kann. Außerdem verlangt das deutsche Volk eine kraftvolle und gerechte Regierung, Förderung aller Volkskreise und Berufe, eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der Steuern und die durch innere Kolonisation und den Erwerb ausreichenden Siedelungslandes in den eroberten Gebieten geschaffene Möglichkeit, ein eigenes Heim auf eigener Scholle begründen zu können.

---

**Schlee**

Mitglied des Reichstags.

Wenn wir von Deutschlands Kriegs- und Friedenszielen sprechen, so kann von einer Erörterung in der Richtung einer Verteilung des Vermögens und der Länder unserer Feinde während des Krieges nicht die Rede sein; eine Erörterung in diesem Sinne wäre eine Torheit, die wir ruhig unseren Feinden überlassen können, die davon reichlich Gebrauch machen. Nicht einzusehen ist aber, warum auch eine grundsätzliche allgemein gehaltene Betrachtung untunlich und unzulässig sein sollte, weil anderenfalls jede Erörterung über den Krieg selbst ausgeschlossen wäre und auch schon deshalb, weil der Krieg letzten Endes stets das Ziel hat, einen möglichst langen, wenn nicht immer dauernden, günstigen und den Sieger möglichst schützenden Frieden zu erreichen.

Darüber, daß wir den Sieg über unsere Feinde erlangen und zu einem möglichst vorteilhaften Frieden für uns kommen müssen, ist das deutsche Volk einig. Keine Einigkeit herrscht über die Vorteile, die der Krieg uns bringen soll. Ein Teil des deutschen Volkes steht auf dem Standpunkt, daß dieser furchtbare Krieg, der Leben und Gesundheit von Millionen deutscher Volksgenossen und Hunderte von Milliarden deutschen Vermögens gekostet hat und noch kosten wird, dem deutschen Volke für diese grauenhaften Opfer keine Entschädigung bringen dürfe, weder an Geld noch an Land, und daß eine Erörterung über solch eine Entschädigung schon deshalb nicht zulässig sei, weil das Verlangen nach einer solchen Entschädigung unsere Feinde erst recht zum Kampf bis aufs Messer ver-

anlassen müsse. Dieser Teil unseres Volkes will unsere Feinde möglichst durch Freundschaft und liebevolles Entgegenkommen entwaffnen. Dieser Standpunkt ist zwar, wie nicht zu bezweifeln ist, ein außerordentlich idealer, und zudem durch unsere Verhandlungen mit Rußland ad absurdum geführt; er ist aber ganz unfruchtbar und verkennt vollständig die Gesinnung unserer Feinde. Er verkennt vollständig die Entschlossenheit unserer Feinde, uns endgültig niederzuwerfen und den Kampf schonungslos bis zu diesem Ziele fortzusetzen. Der jahrelang aufgespeicherte Neid Englands, die geradezu zum Glaubenssatz gewordene Ansicht dieses Staates, daß England allein und ausschließlich für alle Zukunft das Meer beherrschen und über allen Staaten stehen müsse, Jahrhunderte alter Haß und alte Raubsucht Frankreichs, das sich jedem Feinde gegen uns verbindet, sowie endlich die klare Erkenntnis der Japaner, daß hauptsächlich Deutschland ihren Welteroberungsplänen hindernd im Wege stehe, diese Tatsachen allein genügten für diese Staaten vollkommen, mit vereinten Kräften über uns herzufallen. Sie genügen für sie auch, den Kampf bis zu dem von ihnen erstrebten Ziel der endgültigen Niederwerfung und Aufteilung Deutschlands fortzuführen, ebenso wie für unsere übrigen Feinde ganz gewöhnliche Raub- und Bereicherungssucht genügen, uns bis aufs Messer zu bekriegen.

Eine Erörterung der deutschen Kriegs- und Friedensziele durch Angehörige des deutschen Volkes wirkt auf den Entschluß unserer Feinde, den Krieg zu einem für sie siegreichen Ende fortzuführen, ebensowenig ein, wie die Erörterung der Kriegs- und Friedensziele unserer Feinde, die die Niederwerfung und Aufteilung

Deutschlands zum Inhalt haben und die uns reichlich zur Kenntnis kommen, auf uns einwirkt. Darüber, daß unsere Feinde diesen größten Krieg aller Zeiten veranlaßt haben, ist das deutsche Volk einig. Warum wir die ungeheuren Kosten dieses Krieges tragen sollen, der uns aufgezwungen ist, vermag ich nicht einzusehen. Ich halte es mit Exzellenz Helfferich für selbstverständlich, daß unsere Feinde, die diesen Krieg verursacht haben, auch seine Kosten zu tragen haben, soweit sie von ihnen irgendwie zu erlangen sind. Die Tatsache, daß sie zur Zeit nicht das nötige Geld haben, um diese Kosten zu zahlen, ist gleichgültig. Sie können uns die Kriegskosten ganz oder zum größten Teil schuldig bleiben, verzinsen und nach und nach abzahlen, genau so, wie unsere Feinde in ihren vielfachen Erörterungen das von uns verlangen.

Das oben aufgestellte Ziel eines jeden Krieges, den Feind zu besiegen, wird vornehmlich durch Schwächung des Feindes erreicht. Jeder Sieger wird vernünftigerweise seinen Feind möglichst zu schwächen und sich gegen Angriffe dieses Feindes in der Zukunft möglichst zu sichern suchen. Wer das nicht tut, handelt töricht und schädigt sich selbst. Das hat schon Friedrich der Große mit klaren Worten erklärt. Zweck des Krieges muß es daher sein, unsere Feinde möglichst zu schwächen. Gegenüber Rußland haben wir das erreicht, indem wir die eroberten Gebiete, das Königreich Polen und Kurland, zum Teil auch Estland und Livland dem Feinde abnahmen. Diese Ländergebiete sind von fremdstämmigen, nicht zum russischen Volk gehörigen, von den Russen unterjochten und schwer bedrückten Völkern, zum großen Teil von Deutschen,

bewohnt. Ihre Wegnahme schwächt jedenfalls Rußland und nützt schon dadurch uns.

Aber auch Belgien muß politisch, wirtschaftlich und militärisch in unsere Hand gelangen. Nach meiner Auffassung kann davon, daß der Zustand vor dem Kriege wieder hergestellt wird, nicht gut die Rede sein. Es wäre eine arge Zumutung für uns, diesen Staat in seinem alten Zustande zu erhalten.

Unser Wohl verlangt es gebieterisch, die germanischen Flandern, den Hauptteil der Bevölkerung Belgiens, in Sprache, Sitte und Bestand zu schützen und zu erhalten und näher an uns heranzuziehen. Alle unsere Feinde stellen als Kriegsziel hin, die Einverleibung auch der kleinsten, sprachlich zu ihnen, staatlich zu uns oder unsern Bundesgenossen gehörigen Volksteile herbeizuführen. Warum sollten wir nicht, wo das angängig ist, das gleiche Ziel verfolgen?

Unser Wohl verlangt es ferner gebieterisch, daß wir aus dem nassen Dreieck heraus und an das offene Meer kommen, um in Zukunft sicher und unabhängig von England auf das freie Meer zu gelangen. Das umsomehr, als England voraussichtlich die von ihm besetzten Gebiete Frankreichs, namentlich Calais, nicht herausgeben wird.

Auch gegen Frankreich bedürfen wir einer Mehrung unserer Macht. Auch von ihm müssen tatsächliche Sicherheiten dafür gegeben werden, daß sein untilgbarer Haß in Zukunft uns nicht wieder zu einem verlustreichen Ansturm gegen seine Befestigungen zwingt.

England muß uns tatsächliche Sicherungen für die Freiheit der Meere und Stützpunkte für unsere Flotte auf dem Meere geben sowie unsere Kolonien zurück-

geben, die durch Angliederung von wertvollen Kolonien unserer Feinde zu vergrößern sind.

Über die Höhe der zu zahlenden Kriegsentschädigung, über den Umfang und die Art der uns zu gewährenden Sicherheiten schon jetzt zu reden, halte ich für untunlich; darüber zu reden wird nach dem Kriege noch Zeit genug sein. Dann wird auch Vorsorge dagegen zu treffen sein, daß die den Feinden abgenommenen Länder uns in Zukunft nicht schaden können. Daß der Krieg einen Frieden zum Ziele haben muß, der das deutsche Volk nach dem Kriege besser stellt, als es vor dem Kriege gestellt war, halte ich für selbstverständlich, schon aus rechtlichen und sittlichen Gründen.

Das deutsche Volk hat während der ganzen Zeit seines Bestehens die ganze Welt mit seinen Ideen befruchtet und seit Jahrhunderten friedlich neben seinen Nachbarn gelebt. Seine Lebensbedingungen müssen von unsern Feinden ebenso geachtet werden, wie wir die ihrigen achten. Wir verlangen daher, daß wir nach dem Kriege überall in der ganzen Welt die Tür für unsern Handel, unser Gewerbe und unsere Industrie offen finden. Eine Beschränkung unseres Verkehrs auf die mitteleuropäischen Staaten und den nahen Osten verstößt gegen diese Grundsätze und gegen unser Wohl. Diese Beschränkung würde uns außerordentlich schädigen. Wir wären, wenn sie durchgeführt werden könnte, nicht in der Lage, die geradezu ungeheuerlichen Kosten, die die Erhaltung unseres Staates nach dem Kriege erfordern wird, zu tragen.

Daß dieser gewaltige Krieg, der die größten Opfer an Gut und Blut von jedem Deutschen verlangt — von dem einfachen und armen Arbeiter

vielleicht noch mehr wie von den Angehörigen aller andern Stände — spurlos im inneren Leben unseres Volkes vorübergehen sollte, halte ich für ausgeschlossen. Selbstredend ist nach meiner Auffassung, daß jede vaterländisch gerichtete Partei von vornherein jeder andern Partei gleichwertig ist, daß ihr der gute Glaube ihrer Meinung von vornherein zugebilligt und daß sie ebenso wie jede andere Partei behandelt werden muß. Unsere zum großen Teil sozialdemokratisch gesinnte Arbeiterschaft hat, das können wir mit Stolz sagen, durchweg in diesem Kriege genau dieselbe hohe vaterländische Gesinnung gezeigt, wie jede andere Partei. Ihre Mitglieder haben dieselben Opfer an Gut und Blut gebracht, wie alle andern Volksgenossen. Die selbstverständliche Folge davon ist, daß sie in Zukunft ebenso bewertet werden müssen wie die Mitglieder aller andern Parteien; bewertet werden müssen nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich. Das ist wohl die allgemeine Auffassung des ganzen deutschen Volkes. Jedem Deutschen muß jedes Amt im ganzen deutschen Reich, im Einzelstaat wie in jedem Gemeindeverband, in gleicher Weise zugänglich sein, sofern er dazu geeignet ist. Die Ausbildung jedes Deutschen muß im Wesentlichen auf gleicher Grundlage erfolgen. Sache des Staates wird es sein, besonders gut beanlagte Kinder armer Volksgenossen auf seine Kosten so ausbilden zu lassen, daß ihnen der Zugang zu allen Ämtern offen steht, zu denen sie sich eignen. Das ganze deutsche Volk wird mehr und mehr zu der Bestimmung über seine Angelegenheiten hinzuzuziehen sein.

Eine Erörterung über diese Friedensziele im einzelnen ist jetzt im Kriege nicht angängig. Sie kann

erst im Frieden erfolgen. Aufgabe der Regierung wird es sein, alle Kräfte und Mitglieder des deutschen Volkes zusammenzufassen zu dem einen Ziel, das deutsche Volk zum ersten Volk der Welt in jeder Beziehung zu erheben.

---

## A. Graf von Spee

Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses.

Kriegs- und Friedensziel nach außen gibt es nur eines: so durchhalten, so durchkämpfen, daß der dann folgende Frieden nach menschlicher Berechnung — ewig dauert; ein Frieden, durch den die Wiedergenesung und Weiterentwicklung unserer deutschen Kultur, unseres Wirtschaftslebens gesichert ist.

Denn an deutschem Wesen
Soll die ganze Welt genesen.

Was nützt alles Kopfzerbrechen über das „Wie", über Einzelheiten in Ost und West; gleichgültig erscheint, ob ein Stück Land, eine Provinz, ein Reich mehr oder weniger dem alten Vaterlande zugeschlagen wird, wenn nur vorgenannte Bedingung erfüllt ist. Über das „Wie" mögen sich die leitenden und dazu berufenen Kreise schnellstens klar werden, wenn sie es noch nicht sind.

Freuen wollen wir uns, daß unsere Leitenden nicht nötig haben, wie Lloyd George und Clémenceau unter gröblichsten Schmähungen der Gegner Kriegsziele öffentlich bekannt zu geben, die nur die Wahl lassen, an dem Verstande der Herrn zu zweifeln oder laut zu lachen. Ruhe und Zuversicht sind die empfehlenswertesten Eigenschaften für Alle.

Kriegs- und Friedensziele nach innen: Kriegsziel nach innen wie nach außen kann und darf nur sein, durchhalten, und sollte es Hunger kosten. Was sollte uns auch ein Frieden helfen, der Sicherheit oder Gefahr neuen Krieges in sich schlösse!

Friedensziele nach innen: möglichste Förderung der privatwirtschaftlichen Tätigkeit auf allen Gebieten. Kampf gegen sozialistische, staatssozialistische, kommunistische, sowie alle die privatwirtschaftliche Tätigkeit hemmenden Bestrebungen. Möglichste Erleichterung der schweren Lasten, die der Krieg nach sich ziehen wird. Erträgliche Gestaltung der Besteuerung. Keine Gefühlspolitik, sondern energische Maßnahmen in vorstehendem Sinne, sie werden sich in jeder Beziehung in kürzester Zeit lohnen. Ob die Regierungen dazu die Kraft haben werden? Wir wollen es hoffen.

---

## Dr. Gustav Stresemann

Mitglied des Reichstags.

Der Friedenswille des deutschen Volkes bedingt zugleich seinen Siegeswillen. Wären wir nicht Sieger, ständen die Feinde in deutschen Landen, müßten wir zweifeln daran, daß die Freiheit von Volk und Vaterland in die Zukunft hineingerettet werden könnte, dann würde das Wort Frieden wohl nicht von unseren Lippen kommen, wir würden kämpfen, um das wieder zu retten, was uns verloren schiene. Heute dürfen wir zuerst vom Frieden sprechen, weil die Kriegslage es uns gestattet, dies zu tun, ohne daß man von Schwächegefühlen dabei sprechen kann.

Gewiß ist es nur ein Kinderglaube, anzunehmen, daß etwa die Schützengräben, die heute die feindlichen

Heere voneinander trennen, die künftige Grenzlinie, den künftigen Grenzwall der Völker darstellen sollen. Das deutsche Volk aber hat keine Quadratkilometerwut, ihm ist es schließlich gleichgültig, wie groß sein Land ist, weil es weiß, daß es innerhalb seiner jetzigen Grenze groß genug gewesen ist, um einem Ansturm der halben Welt und dem Haß beinahe der ganzen Welt so zu trotzen, wie ein Fels den Wogen trotzt, die ihn wohl zu benagen, hier und da ein Steinchen auszuscharren und Geröll von ihm zu lösen, aber seine Fundamente und seine Größe nicht zu erschüttern vermögen. Wenn trotzdem gerade im deutschen Volke der Gedanke durchbricht, daß Deutschland den Frieden herbeisehnt, aber nur einen ehrenvollen Frieden, der der gesamten Opfer wert sei, der uns die Freiheit und Unabhängigkeit zurückgibt und die Größe des Deutschen Reiches verbürgt, so muß wohl etwas anderes dahinterstecken als etwa kindische Freude am Landerwerb.

Das, was wir als Siegeswillen des deutschen Volkes ansprechen in der Gegenwart, das ist zunächst der Wunsch nach einem d a u e r n d e n Frieden. In diesem Wunsche ist das deutsche Volk vollkommen einig. Nur über die Wege, die zu ihm führen, gehen die Meinungen auseinander. Das deutsche Volk müßte nicht das Volk der Träumer und Idealisten sein, wenn es nicht in ihm weite Schichten gäbe, die auch heute noch glauben, daß der dauernde Frieden durch eine Völkerverbrüderung gewährleistet werden könnte.

Aber an den W e l t f r i e d e n s b u n d unter dem Vorsitz neutraler Mächte glaube ich nicht und möchte Deutschlands Zukunft von ihm nicht abhängig machen. Hier schrecken die Spuren. Nein, die Zukunft von

Völkern und Ländern läßt sich in Paragraphen nicht einzwängen, sie sprengt die Bande, wenn der Augenblick der Not da ist, und ich meine, daß wir diese Zukunft aufbauen auf unserer eigenen Kraft, auf unserer eigenen militärischen Stärke, nicht auf einer durch Division gefundenen europäischen oder Weltabrüstung unter dem Protektorat von Weltfriedensbünden.

Wer so grausam aus einem Traum erwacht wie Deutschland, sollte daraus mindestens die eine Lehre ziehen, daß mit Verzicht auf weltpolitische Ausdehnung, mit dem Wunsch der Völkerverbrüderung allein nichts erreicht werden kann, daß Deutschland letzten Endes mit seinen Verbündeten allein in der Welt steht, und daß es sich den dauernden Frieden allein schaffen muß nach errungenem Sieg.

Der dauernde Frieden kann nur ein Frieden sein, der uns so stark macht, daß die ganze weltpolitische Konstellation, die jetzt gegen uns anstürmt, in Zukunft den Waffengang gegen uns nicht noch einmal wagt. In diesem Sinne erstrebt das deutsche Volk eine Sicherung der deutschen Grenzen und ihre Ausdehnung. Wie diese Ausdehnung strategisch aussehen muß, das mag unsere Heeresleitung entscheiden, dafür mag Hindenburg sorgen. Wenn er aber der Auffassung ist, daß Teile des besetzten Gebietes in Zukunft Deutschland gehören müssen, um nicht wieder unsere Grenzen zum Einfallstor für fremde Heere zu machen, dann wird er die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes in dieser Forderung hinter sich haben.

Zu einem dauernden Frieden bedürfen wir aber auch einer Kriegsentschädigung. Denn nach dem Kriege harrt unser eine gewaltige finanzielle Last, die wir

tragen müssen. Und da halte ich mich an das Wort, das der einstige Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich gesprochen hat, daß die ehernen Ketten dieses Weltkrieges nicht an uns haften bleiben, nicht uns in unserm Weiterschreiten in die Zukunft belasten sollen. Wir würden anderenfalls nicht aufstehen können vor Bürde und Arbeit, würden finanziell verbluten, als ein Bettlervolk, als die Sklaven der Welt dahinsiechen müssen. Darum sollte man sich auch nicht über die Sorgen anderer Völker den Kopf zerbrechen, sondern daran denken, was aus unserem Deutschland wird, wenn wir finanziell in die Kniee sinken sollten.

Außerdem kommt in dem Wunsche nach einem dauernden Frieden aber auch der Gedanke zum Ausdruck, blutsverwandte Völker nicht länger unter fremder Willkür zu lassen. Das gilt für die Deutschbalten in den Ostseeprovinzen und gilt ebenso für die Anhänger der jungflandrischen Bewegung, die ihrer Zugehörigkeit zu dem Germanentum sich bewußt geworden sind. Nicht um die staatsrechtliche Form, in der diese Gebiete in dieser oder jener Beziehung zu Deutschland kommen sollen, kümmert oder erregt sich das deutsche Volk; aber in der Verneinung der Zulassung der Verwelschung Flanderns, in der Verneinung der Zulassung der Unterdrückung Kurlands, da sind sich wohl alle einig, die jemals nicht nur mit dem Herzen, sondern mit dem Verstand die Frage der Sicherung eines dauernden Friedens erwogen haben. Sie sind das auch insbesondere um der Besiegung Englands willen, das ja nun durch unsere U-Boote ins Herz getroffen wird.

Was unsere Hindenburger in Kurland erstritten haben, was dort vor uns liegt, das ist doch nach

Recht und Geschichte Land deutschen Wesens und deutscher Kultur und Land des deutschen Schwertes, das der Kultur den Weg ebnete. Wenn in diesem Kurland und in diesen Ostseeprovinzen die Zahl der Analphabeten die geringste im heiligen Rußland ist, wenn wie Tag und Nacht diese Provinzen sich scheiden von diesem, so deshalb, weil hier einstmals der deutsche Schwert- und Ritterorden seinen Weg zog, weil hier einstmals die Hanseaten ihre Hafenstädte bauten, weil hier aus den Türmen von Riga und Mitau, aus der Feste von Libau, aus der Universitätsstadt Dorpat Quellen deutschen geistigen und Quellen deutschen Wirtschaftslebens gesprudelt haben, allen Russifizierungsversuchen zum Trotz, bis in die Gegenwart hinein. Wenn wir als eine Pflicht Deutschlands die Befreiung der Fremdvölker vom russischen Joch und die Befreiung Polens ansehen, dann liegt mir das Deutsch-Baltentum hundertmal näher. Wer die Unabhängigkeit Polens proklamiert hat, hat als Mensch und Deutscher die Verpflichtung vor seinem Volke, dieses Kurland deutsch zu machen. Nichts Schöneres könnte, denke ich mir, aus diesem Krieg erblühen, als wenn wir dort eine neue Ostprovinz unseres Landes, einen Wall von deutschen Leibern schüfen für Gegenwart und Zukunft, um einstmals deutsches Land, zurückgewonnen in großer deutscher Zeit, als deutsches Land zu verteidigen für alle Ewigkeit. Das ist das politische und kulturelle Kurland.

Aber ich denke auch an ein anderes. Wer so einer Aushungerungsblockade ausgesetzt war, wie wir, der hat dafür vorzusorgen, daß sie uns nicht ein zweites Mal treffe. Dazu brauchen wir aber landwirtschaft-

liches Neuland, das uns die Möglichkeit gibt, nicht mehr von der Gutmütigkeit anderer beim Export von Futtermitteln oder dem Umtauschverfahren mit Neutralen abhängig zu sein, sondern uns auf eigenem Grund und Boden so unabhängig zu machen, wie möglich. Ein solches Agrarland ist Kurland.

Ähnliches wie für Kurland gilt für Belgien. Denn glaubt man beispielsweise, daß die Großfürsten des Handels und der Industrie, die Antwerpen wirtschaftlich beherrschten, als es belgische Stadt war, ein Betätigungsfeld in Antwerpen wiederfinden, wenn Antwerpen Stadt eines unabhängigen Belgiens nach diesem Kriege ist? Unser ganzer Einfluß dort sinkt nieder, wenn angesichts des aufgepeitschten Hasses der Bevölkerung hier gestattet wird, daß dieses Belgien sich direkt oder indirekt einer Pariser Wirtschaftskonferenz anschließt und die großen Einfallstore des deutschen Handels und der deutschen Wirtschaft zu wirtschaftlichen Stützpunkten, die großen maritimen Werte an der Küste zu Seestützpunkten unserer Feinde werden.

Darüber hinaus verbindet sich ein letztes großes Ziel mit dem Siegeswillen des deutschen Volkes. Das ist die Freiheit der Meere, ist die Freiheit des Entwickelns für das neue junge Deutschland, das seine Flügel weit ausgespannt hat, das an zweiter Stelle in der Weltwirtschaft stand, als dieser Krieg ausbrach, das seine gewaltigen Häfen an der Nordsee und Ostsee zu Welthäfen machte, das in Rheinland-Westfalen das große Fundament seiner inneren Kraft hat, das in Mitteldeutschland seine Exportindustrie, die Wurzeln seiner großen überseeischen Weltgeltung, sich geschaffen hat, das seine 70 Millionen Bewohner nur nähren

kann, wenn ihm die Möglichkeit bleibt, im friedlichen Wettbewerb mit England die Schwingen seiner wirtschaftlichen Kraft zu regen. Bitter hat es der deutsche Kaufmann empfinden müssen, daß aus Hamburg und Bremen kein Schiff herauskommt, seit dieser Krieg begann. Was die deutsche Flotte zu leisten vermag, das hat sie in der Seeschlacht vor dem Skagerrak bewiesen, die den Seeruhm Englands seit Trafalgar zerbrach. Was hätte unsere deutsche Flotte leisten können, wenn den deutschen Auslandskreuzern Flotten- und Kohlenstationen im Weltmeere zur Verfügung gestanden hätten, wenn sie Gelegenheit gehabt hätte, an der flandrischen Küste in der Nähe des Kanals sich eine deutsche Flottenbasis zu schaffen. Die Losung für diese Sicherung aber heißt nicht „Vertrag", sondern Machtgeltung in Flandern und anderswo.

Nur eines kann das deutsche Volk nicht ertragen: daß es Gut und Blut hingegeben hat, ohne mindestens die Grundlage zu schaffen für eine Sicherung der Grenzen, für die Freiheit seiner Betätigung in der Welt. Darum will es den Sieg ausnutzen zur Sicherung eines dauernden Friedens. In diesem Sinne hofft es sich mit seinen Fürsten und seiner Regierung eins. In diesem Sinne vertraut es auf Deutschlands Zukunft.

Der Friedensschluß mit Rußland bedeutet die Niederringung unsers gefährlichsten Gegners im Kriege. Die Ereignisse der letzten Wochen werden auch in ihren moralischen Nachwirkungen uns dem Weltfrieden näherbringen. Damit beginnt die Liquidierung des Krieges auch auf dem Balkan und die Neuordnung der dortigen Verhältnisse. Die Frie-

densbedingungen stellen für unsre wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland bessere Möglichkeiten dar, als die ersten Bedingungen, die zu Brest-Litowsk vereinbart waren. In diesen Bedingungen ist aber eine verschiedene Behandlung von Estland und Livland auf der einen und Kurland und Litauen auf der andern Seite vorgesehen. Dem steht nicht nur die Auffassung deutscher, sondern auch lettischer Kreise entgegen, daß das Baltikum eine Einheit bildet, das jedenfalls nicht so zerrissen werden kann, wie das gegenwärtig der Fall zu sein scheint. Man kann Kurland nicht derartig von Estland und Livland trennen. Die Länder gehören vollkommen zusammen. Völlig unabhängige Staatsgebilde sind hier unmöglich. Sie müssen Anlehnung suchen, sie können nicht zwischen Westen und Osten ein Einzelleben führen. Sie würden schon finanziell und wirtschaftlich nicht dazu in der Lage sein. Wir hoffen, daß sie diese Anlehnung bei uns gefunden haben und finden werden. Angesichts unsrer Gesamtlage würde ich ein neues Friedensangebot als verfehlt ansehen. Dem Reichskanzler hat ein solches Friedensangebot sicherlich ferngelegen. Trotzdem erfüllt mich seine Einladung an die belgische Regierung mit einigen Bedenken, nicht wegen der Formulierung; ich bin der Meinung, daß innerhalb dieser Formulierung die Wahrung der deutschen Interessen möglich ist. Danach soll Belgien unabhängig wiederhergestellt werden. Eine derartige Formulierung in dem Sinne der völligen Unabhängigkeit gegen wen auch immer, das wäre weniger als der Status quo vor dem Kriege, denn dieser untersagte Belgien ein Offensiv- und Devensivbündnis gegen

Deutschland. Wenn wir aber Belgien wiederherstellen, muß festgestellt werden, daß das niemals bedeuten kann irgendeine Freiheit, sich an irgendwelchen militärischen oder wirtschaftlichen Aktionen gegen Deutschland irgendwie zu beteiligen. Mein Augenmerk richtet sich gegen die Herausnahme der belgischen Frage aus dem Gesamtkomplex der Friedensfragen. Gerade wenn eine Annexion Belgiens nicht erfolgt, dann ist Belgien unser wichtigstes Faustpfand, namentlich gegenüber England. Die Wiederherstellung Belgiens vor dem Friedensschluß mit England erscheint mir als eine Unmöglichkeit. Das würde England für die allgemeine Friedenskonferenz instand setzen, den alleinigen großen Trumpf, den es gegen Deutschland noch hat, auszuspielen. Die Spuren schrecken einigermaßen. Die Herausnahme der polnischen Frage aus dem Gesamtkomplex der Friedensfragen reizt doch nicht zur Nachahmung. Auch die Flamenfrage in Belgien ist keine Frage, die uns nichts angeht, die lediglich auszumachen ist zwischen Flamen und Wallonen. Ich will darauf hinweisen, daß den Führern der flämischen Bewegung seitens der Reichskanzler Bethmann Hollweg und Michaelis ganz bestimmte Zusagen gegeben worden sind, und solange diese Zusagen nicht zurückgenommen worden sind — und der Reichskanzler Graf Hertling hat niemals Veranlassung gehabt, sie zurückzunehmen —, bestehen sie auch für die gegenwärtige Regierung. Gerade wer wie wir Wert darauf legt, daß wir nicht vom Haß der Welt nach dem Kriege umbrandet werden, darf solche Zusagen nicht als nichtexistierend hinstellen. Ich wende mich der rumänischen Frage zu. Ich muß sagen, daß Rumänien eine Rücksichtnahme

unserseits nicht verdient. Hier hat eine verruchte Gesellschaft ihr Land ins Verderben gestürzt, dafür muß es jetzt büßen. Wir haben dem König Carol dafür zu danken, daß er uns die Treue gehalten hat, bis sein Auge gebrochen ist. Wir haben aber auch gegenüber demjenigen, der die Treue gebrochen hat, keine Rücksicht zu nehmen. Er hat sein Erbe vertan und wird selber mit seinem Volke sich darüber auseinanderzusetzen haben, ob ihm noch die Autorität zukommt, auf dem Thron Rumäniens bleiben zu können. Wir gedenken dankbar derjenigen rumänischen Politiker, die, wie Peter Carp, Marghiloman und der frühere rumänische Gesandte in Berlin Dr. Beldiman, die Neutralität Rumäniens bis zuletzt verlangt haben. Wir kommen aber an der Tatsache nicht vorbei, daß sich ihre Politik nicht durchzusetzen vermochte, daß nur eine Minderheit des Volkes ihnen gefolgt ist. Unsere Kolonien müssen wir wiedererhalten, damit wir unser altes Leben als Kolonialmacht wieder führen können. Der englische General Smuts hat behauptet, England habe niemals die Eingeborenen militarisiert. Man steht staunend vor dieser Behauptung, nachdem England ein ganzes Heer von Schwarzen nach Europa geführt hat. Die Engländer haben den alten Plan der Beherrschung der Bahn von Kairo bis Kapstadt nicht aufgegeben. Sie schätzen die Bedeutung Deutsch-Ostafrikas hoch ein. Die Engländer behaupten, Deutschland habe Deutsch-Ostafrika so hartnäckig verteidigt, weil es sich der hervorragenden Bedeutung dieser Kolonie bewußt sei. Wären wir großzügiger vor dem Kriege gewesen, dann hätten wir nicht unsre ganzen Kolonien verloren. Es wäre gut, wenn uns die Beruhigung gegeben würde,

daß an eine Aufgabe unsrer Stellung als Kolonialmacht *nicht gedacht* wird. In den Beschlüssen der *alliierten Sozialisten in London* finden wir die Forderung eines selbständigen Polens bis zur See, der Loslösung Arabiens, Mesopotamiens und Palästinas vom türkischen Reiche, eines selbständigen südslawischen Staates und eines Referendums über die zukünftige Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens. Wenn die Sozialisten unsrer Gegner noch bei diesen Zielen stehen, wo stehen da die Imperialisten? Wie kann man da glauben, durch *Resignation* auf unsrer Seite einen Frieden zu erzielen? Der Friedensschluß mit Rußland wird für unsre Feinde ein Beispiel dafür sein, daß ihnen keine Ewigkeit je zurückbringen wird, was sie in der Minute ausgeschlagen haben. Ein großer Unterschied besteht zwischen unsern ersten Friedensbedingungen und dem jetzt Erreichten. Die Schuld tragen jene, die es ablehnten, sich mit Deutschland zu verständigen und die dann unsre Macht haben fühlen müssen. Wir haben die gleiche Möglichkeit auch im Westen. Vielleicht werden die Ereignisse auch dort erzieherisch wirken.

Wir haben uns jedenfalls zunächst durch unsern Sieg im Osten den Rücken so gedeckt, daß wir *nach Westen die Arme frei* haben. Ob wir für alle Zukunft derselben Lage sicher sind, das ist eben die Streitfrage, die zu grundsätzlichen Einwendungen gegen unsre Politik im Osten geführt hat. Diese Einwendungen sind keine Parteisache, sondern kommen von den verschiedensten Seiten. Sie laufen darauf hinaus, daß wir die *Möglichkeit eines großen Kontinentalbündnisses* gegen die anglo-

amerikanische Vormacht durch unsre Ostpolitik versäumt hätten. Eine solche Einwendung ist unzutreffend. Wir hätten sicher früher, als der Zar noch am Regiment war, den Augenblick begrüßt, in dem wir durch ein Bündnis mit Rußland die Hand freibekommen konnten. Heute aber geht man mit der obenerwähnten Forderung *an den Tatsachen vorbei*. Man hat ein Rußland vor Augen, das gar nicht mehr ist. Es ist kein Kontrahent in Rußland vorhanden, mit dem wir ein Bündnis eingehen könnten. Weder die jetzigen Machthaber in Petersburg, noch auch die Sozialrevolutionäre oder die bürgerlichen Parteien der Kadetten und Oktobristen würden geneigt sein, uns die Hand zu einem solchen Bündnis zu reichen. Auch das Zarenhaus hat sich infolge der allslawischen Bestrebungen und durch den Einfluß der Großfürstenpartei seit Bismarcks Zeiten so geändert, daß man heute auf die damals traditionelle russenfreundschaftliche Politik selbst bei Wiederherstellung des Zarentums nicht mehr rechnen könnte. Es ist also sehr die Frage, ob sich Rußland, wenn wir es geschont hätten, auf unsre Seite stellen würde, oder ob es nicht vielmehr, durch unsre Schonung erstarkt, sich genau wieder mit unsern Feinden verbündet hätte, wie vorher. Es ist auch sehr die Frage, ob das französische Revanchegefühl sich jemals zu einem Kontinentalbündnis mit uns bewegen lassen würde. Wir haben *zunächst eine kurzfristige Politik* getrieben, wenn wir mit der Ukraine Frieden schlossen. Aber wir haben *doch dadurch den Ring gesprengt*, und deshalb war es ein sehr glücklicher Schachzug, daß wir die Ukraine gegen Herrn Trotzki ausspielten.

In der Ukraine haben sich Vorräte in weit größerm Umfang vorgefunden, als man vordem annahm. Erfreulich ist, daß unser alter Handelsvertrag mit Rußland durch den Friedensschluß wieder in Kraft getreten ist. Die Autonomieerklärung Polens hat verhängnisvoll nachgewirkt. Die letzten polnischen Äußerungen im Abgeordnetenhaus und im Reichstag zeigen, daß die Haltung der Polen unversöhnlicher geworden ist, als sie jemals war. Für die künftige Regelung der polnischen Frage sind die deutschen Interessen in allererster Linie maßgebend. Das gilt auch für die strategischen Grenzsicherungen, die die Oberste Heeresleitung etwa zur Sicherung unsrer Ostmark und der Provinz Schlesien für notwendig hält. Ein Interesse Deutschlands an dem Erwerb polnischen Bodens besteht im übrigen nicht. Je weniger Polen, desto besser. Was Litauen anlangt, so ist mit diesem Staate eine Militärkonvention erforderlich, die uns strategische Sicherheit gewährleistet, außerdem Münz- und Postunion, sowie eine Eisenbahngemeinschaft, durch die wir wirtschaftliche Sicherung erlangen. Bezüglich der baltischen Lande kommt in Frage ein enger Anschluß an Deutschland oder an seine Vormacht Preußen. Nur durch die Verbindung mit einem mächtigen und leistungsfähigen Staat kann den baltischen Provinzen gedient sein.

Nach dem ersten Schritt, den wir mit unsrer östlichen Politik getan haben, besteht nunmehr die notwendige Folge darin, auf derselben Bahn weiterzuschreiten und dafür zu sorgen, daß Rußland nicht wieder gefährlich werden kann. Daß in diesem Krieg die ungeheure Ge-

fahr im Osten verschwunden ist, das ist wie durch ein Wunder geschehen. Auf den zwei Augen des Oberbefehlshabers Hindenburg hat damals Deutschlands Zukunft gestanden, und wir können nicht damit rechnen, daß Gott uns auch in Zukunft wieder einen Hindenburg schenkt. Gegen die Wiederkehr der Gefahr müssen wir uns mit allen Mitteln sichern. Wenn man sagt, für Rußland sei es unerträglich, ohne Reval und Riga zu existieren, so möge man doch daran denken, daß die Mündung des größten deutschen Stromes nicht in deutscher Hand ist. Deshalb ist es niemals in Deutschland einem eingefallen, den Krieg zu predigen, um die Mündung in unsre Hand zu bringen. Wenn man Riga und Reval zum Freihafen macht, so kann sich Rußland wohl mit ihrem Verlust abfinden. Unsre militärische Expedition nach Finnland ist zu begrüßen. Sie liegt ganz im Rahmen unsrer Kriegspolitik im Osten.

Die Folge unsrer Friedensschlüsse im Osten ist zunächst wirtschaftlicher Natur. Jede Hoffnung unsrer Feinde, uns wirtschaftlich niederzuringen, ist zur Ergebnislosigkeit verurteilt. Was wir an moralischer Wirkung erzielt haben, läßt sich noch nicht übersehen. In militärischer Hinsicht sind wir so gesichert, daß wir mit fester Zuversicht der Entscheidung im Westen entgegensehen können. Es ist gar nicht zweifelhaft, daß England infolge der Wirkung des U-Bootkrieges jetzt um seine Existenz kämpft, und sich dessen auch bewußt ist.

Wir standen in unsrer Politik niemals günstiger als gegenwärtig. Wir holen aus zum letzten großen Schlag, und

wenn wir bedenken, in welcher Ruhe und Sicherheit unsre Oberste Heeresleitung stets ihre Vorbereitungen getroffen hat, und wie sie niemals zu einem Fehlschlag geworden sind, so können wir auch jetzt mit der allergrößten Zuversicht den kommenden Kampfhandlungen entgegensehen. Unsre Pflicht ist es, die Politik des Schwertes dadurch zu unterstützen, daß wir das Siegesbewußtsein in der Heimat aufrechterhalten, damit die Heimat hinter dem Heere steht und ihm die Arbeit nicht erschwert. Es ist bedauerlich, daß die Regierung so wenig erkannt hat, was die politische Offensive des Wortes bedeutet, und daß sie es nur bis zu einer schwachen Defensive gebracht hat. Das Volk muß wissen, um was es geht. Unsre Hauptaufgabe wird bleiben, das Siegesbewußtsein in der Heimat zu stärken. Was sodann die Frage des Wahlrechts in Preußen angeht, so ist sie eine deutsche Frage. Man hat lebhaft darüber gestritten. Man hat es so dargestellt, als läge in der Erörterung einer derartigen Frage etwas für Preußen Herabsetzendes. Dieser Auffassung kann ich mich in keiner Weise anschließen. Im Gegenteil! Dadurch wird gerade die führende Stellung Preußens im Reiche, die wir alle unbedingt erhalten wissen wollen, unterstrichen. Das politische Leben Preußens wirkt zurück auf das Reich; über diese Tatsache kann man garnicht streiten. Deutsche und preußische Politik sind in ihren großen Zügen gar nicht voneinander zu trennen. Darum ist auch der Vergleich mit süddeutschen Bundesstaaten ein Irrtum. Unstimmigkeiten mit kleinern Bundesstaaten sind erträglich und rühren nicht an dem Lebensnerv des Deutschen Reiches, aber ein klaffender

Widerspruch zwischen Reichspolitik und preußischer Politik ist auf die Dauer nicht zu ertragen. Unsre ganze Reichsverfassung ist auf die Führung und Vertretung des Reiches durch Preußen zugeschnitten. Als der König von Preußen die deutsche Kaiserwürde annahm, mußte er die spezifische Eigenart Preußens opfern. Als sich 1866 nach der Auseinandersetzung mit Österreich zum ersten Male die Konturen des großen einigen Deutschlands zeigten, sagte Dingelstedt: König von Preußen, du mußt sterben, um als deutscher Kaiser wieder aufzustehen. Der alte König Wilhelm hat diesen Kampf in seiner Seele ausgekämpft, ihm war es klar, daß neben dem Deutschen Reich ein selbständiges Preußen wie früher nicht mehr möglich war. Das neue Deutsche Reich war bewußt liberal. Die Geschichte hat für ein Deutsches Reich unter Preußens Führung entschieden. Wir freuen uns dessen und hoffen, daß der Reichsgedanke gestärkt aus dem Kriege hervorgeht. Deshalb ist aber die Frage des Wahlrechts in Preußen eine deutsche Frage. Am 24. März 1917 habe ich dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg zugerufen, er möge sich die Initiative in der Wahlrechtsfrage nicht aus der Hand nehmen lassen. Man soll einen unberechtigten Machteinfluß nicht zu lange aufrechterhalten. Mit Recht hat Dr. Friedberg als Abgeordneter gesagt: je länger man notwendige Reformen verzögert, um so radikaler werden sie. Über die Gerechtigkeit des gleichen Wahlrechts will ich nicht streiten. Es ist die alte Pilatusfrage: Was ist Wahrheit? Wir empfinden das gleiche Wahlrecht als eine Staatsnotwendigkeit für das Deutsche Reich. Man wirft uns vor, daß wir einer Demokratisierung

den Weg ebnen. Ich fürchte allerdings eine sehr weitgehende Demokratisierung, weitergehend, als meinen eignen Freunden erwünscht ist, wenn das gleiche Wahlrecht jetzt scheitern sollte. Wird die Frage des Wahlrechts in Preußen jetzt negativ entschieden, so wird sie den Brennpunkt des künftigen Wahlkampfes für den Reichstag bilden. Wer wünscht, daß angesichts der großen Aufgaben dieses Reichstags die Parteien der Rechten vollkommen zerrieben werden gegenüber der Demokratisierung? Möge es nicht dahinkommen, daß die nächsten Reichstagswahlen lediglich unter diesem Gesichtspunkt stattfinden. Wird das gleiche Wahlrecht im Kriege nicht erreicht, so wird es im Frieden erzwungen werden, von den Millionen, die aus dem Felde zurückkehren. Dann werden die Hemmungen der Demokratisierung fallen, die jetzt noch in der Einteilung der Wahlkreise und in der Stellung des Herrenhauses bestehen. Das Wesentlichste ist die Einwirkung auf den Weltkrieg und seine Beendigung. Was außenpolitisch auf dem Spiele steht, darüber sind wir uns alle klar. Wenn wir außenpolitisch das erreichen wollen, was uns für die Sicherung unsers Volkes notwendig erscheint, müssen wir innerlich zusammenhalten. Daß eine Verweigerung des gleichen Wahlrechtes ohne die schwersten Krisen nicht möglich sein wird, steht fest. Die Verantwortung für solche Krisen inmitten des Weltkrieges wird nicht zu tragen sein.

Noch stehen wir einer Welt von Feinden und einer Welt von Haß gegenüber. Aber dieser Haß der Welt, sehr geschickt durch eine Propaganda unserer Feinde erzeugt, wird sich einst auflösen in Bewunderung für das, was dieses Deutschland in diesem Kriege geleistet

hat, an der Front und hinter der Front, in diesem Kriege, der nicht in Deutschland entstanden ist, sondern uns durch die Urheber der großen Koalition gegen uns aufgezwungen ist. Die ersten Friedensschlüsse liegen hinter uns, und wir hoffen, daß die anderen ihnen bald folgen werden. Die Verantwortung für die ungeheuren Blutopfer, die noch kommen, entfällt auf unsere Feinde. Wenn weitergekämpft wird, werden die Herzen des deutschen Volkes da sein, wo die deutschen Fahnen wehen, und werden hoffen und beten für einen deutschen Frieden, den wir angeboten haben, den man uns aber verweigert hat.

---

**Graf von Zieten**-Schwerin

Mitglied des Preußischen Herrenhauses.

Über 3½ Jahre des furchtbarsten Krieges, den die Welt je gesehen, unter dem der ganze Erdkreis seufzt, liegen hinter uns. — Wunder auf Wunder haben sich gehäuft, und menschliche Gedanken und Voraussetzungen sind wie Spreu im Winde verweht.

Das Ausland hatte — auf eine Lügenpresse gestützt — Deutschland als von Parteien zerklüftet dargestellt und glaubte ein leichtes Spiel zu haben, als es mit der frivolen Kriegserklärung in großer Überzahl unter Frevelmut (siehe Dampfwalze) uns überfiel.

Wie „ein Mann“ stand das deutsche Volk auf und folgte freudig und zuversichtlich dem Rufe seines obersten Kriegsherrn, um an der Seite des treuen Bundesgenossen in Wien den Riesenkampf aufzunehmen.

Damit war die Hoffnung der Feinde auf Zwietracht zerschellt; nun sollte die Aushungerung ihr Bundesgenosse werden. Alle Bosheit der Welt wurde

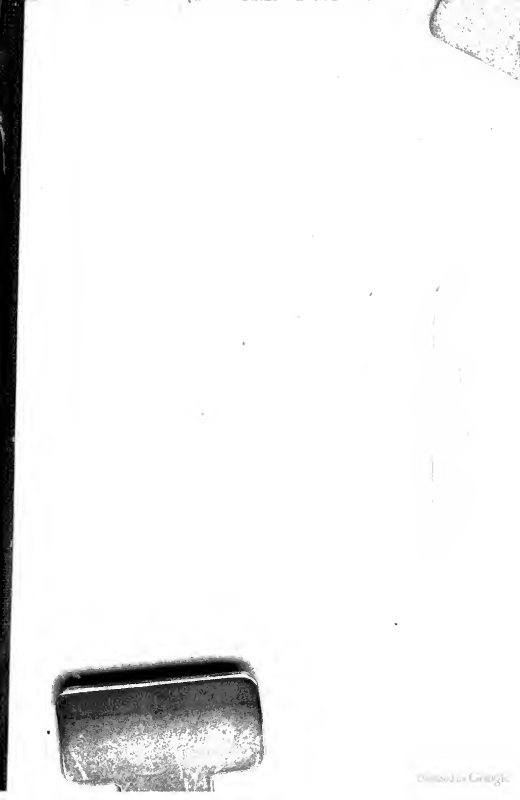
in Bewegung gesetzt, um dieses Ziel zu erreichen, und als auch dieser Versuch fehlschlug und in ehrlichem Waffengange den Feinden große Landstrecken abgegenommen wurden, suchten und fanden sie Verbündete an Italien und Rumänien, die treulos ihre Freunde verrieten, denen sie doch ihre ganze Macht zu verdanken hatten. Freilich haben sie nun beide schon ihren Lohn dahin.

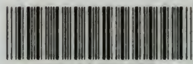
Aber auch ein anderer Frevelmut ist unsern Feinden zum Strick geworden, sie hatten — noch ehe sie die Jagd begonnen — das Fell des Bären bereits verteilt und keinen Zweifel darüber gelassen, daß Deutschland völlig vernichtet und unter die Nachbarn aufgeteilt werden sollte. Es geht ums Ganze! Und wir Deutschen?

Das Wunder der Einigkeit hat seine Früchte getragen. Durch Gottes gnädigen Beistand sind die Feinde nicht allein längst im wesentlichen von unseren Grenzen vertrieben, sondern die Wunder der Tapferkeit und Ausdauer der Heere und die Überlegenheit seiner Führer, mit unserem teuren Kaiser an der Spitze, haben die ganze Welt in Erstaunen versetzt durch die Erfolge unserer und unserer Verbündeten Waffen. Der Treubruch Italiens ist in großartiger Weise wettgemacht durch den Beitritt der Türkei und Bulgariens zu den Mittelmächten, und Italiens Niederlage, das meuchelmörderische Serbien ist zertrümmert, Rußland und Rumänien haben Frieden schließen müssen, und der eiserne Ring, mit dem die Entente uns zu erdrosseln dachte, ist zersprengt. Und selbst unser grimmigster Feind, England, beginnt nun dank des uneingeschränkten U-Bootkrieges die deutsche Macht in seiner nächsten Nähe zu spüren.

Bei uns im Lande geht dagegen alles seinen geordneten Gang, der Burgfriede zwischen den Parteien wird gewahrt, die Wunden, welche der Krieg schlägt, werden — wenn auch unter heißen Tränen — mit Heldenmut getragen, in den Herzen aller Deutschen ist nur das eine Verlangen, der eine Wille, das Vaterland zu retten und durchzuhalten bis zum endlichen Siege und zu einem Frieden zu gelangen, der uns solche Grenzen und sonstige Bedingungen bringt, daß hinterlistige Überfälle der Nachbarn ein für allemal ausgeschlossen sind.

Druckerei-Gesellschaft Hartung & Co., Hamburg.




89100095959
b89100095959a